

Themenheft

RASSISMUS



| | |
|--------|----------------|
| Schule | ohne Rassismus |
| Schule | mit Courage |

Rassismus begegnet uns in allen Lebensbereichen und macht auch nicht vor den Schulen halt. Dort zeigt er sich in vielfältiger Form: im Verhalten von Lehrer*innen gegenüber Schüler*innen, zwischen Kolleg*innen, unter Kindern und Jugendlichen. Auch Schulbücher reproduzieren bis heute rassistische Stereotype.

Seit mehr als 25 Jahren unterstützt das Netzwerk *Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage* Schüler*innen und Pädagog*innen, die das nicht hinnehmen wollen und sich für eine rassismus- und diskriminierungssensible Schulkultur einsetzen. Der Titel des Projekts benennt die Zielvorstellung und macht deutlich, dass dafür couragiertes Handeln erforderlich ist. Der Weg dahin ist lang und mühsam – Rassismus ist tief in die Strukturen der Gesellschaft und in die Köpfe und Herzen vieler Menschen eingeschrieben. Doch wir sind davon überzeugt, dass Rassismus, Antisemitismus und Diskriminierung überwunden werden können, auch wenn Willensbekundungen, Sprachkritik und individuelle Verhaltensänderungen allein dafür nicht ausreichen. Es braucht vielerlei politische und gesetzliche Maßnahmen, um die strukturellen Dimensionen des Rassismus zu beseitigen.

Dieses Themenheft richtet den Blick auf Rassismus in Deutschland mit seiner Geschichte und seinen Ausformungen. Von rassistischen Zuschreibungen mit weitreichenden Folgen waren und sind hierzulande so unterschiedliche Gruppen betroffen wie Jüdinnen und Juden, Sinti*zze und Rom*nja, Menschen mit einer Einwanderungsgeschichte aus der Türkei, dem Mittelmeerraum und dem globalen Süden; Afrodeutsche, Muslim*innen und Menschen mit einem slawischen Hintergrund.

Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage wurde und wird von Menschen mit Rassismuserfahrung gegründet, entwickelt und geleitet. Der Trägerverein Aktion Courage e. V. vertritt das Prinzip: Antirassismus ist und bleibt die Aufgabe aller! Im Courage-Netzwerk wirken Menschen mit und ohne Migrationsgeschichte, mit und ohne Rassismus- und Diskriminierungserfahrung unter dem Motto „Lernziel: Gleichwertigkeit“. Denn der Kampf gegen Rassismus, Antisemitismus und den vielen Formen der Diskriminierung kann nur gemeinsam und in breiten gesellschaftlichen Bündnissen gelingen.

Dieses Themenheft kann nicht auf alle Aspekte eingehen, die verhandelt werden müssten. Doch es greift wesentliche Facetten des Rassismus in Deutschland auf, gibt Tipps für weiterführende Literatur und präsentiert spannende Kontroversen. Wir hoffen, dass es die Aktiven an Courage-Schulen bei ihrem Engagement unterstützt und ermuntert, sich weiterhin gemeinsam gegen Rassismus einzusetzen.

Sanem Kleff & Eberhard Seidel

Direktorin Geschäftsführer

Herausgegeben durch die Bundeskoordination
Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage
in der Trägerschaft von Aktion Courage e. V.

V. i. S. d. P. :

Eberhard Seidel, Geschäftsführer
Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage

Konzept:

Jeannette Goddar, Sanem Kleff, Eberhard Seidel

Redaktion:

Jeannette Goddar, Eberhard Seidel

Layout, Grafik und Bildredaktion:

Yunus Kleff

Titelillustration:

Diana Ejaita

Gendersensibel – aber wie? Wir überlassen es den Schreibenden, ob sie in ihren Artikeln von Lehrerinnen und Lehrern, Lehrern, Lehrer_innen, Lehrer*innen, LehrerInnen oder Lehrer:innen sprechen.

Jede Verwertung ist ohne Zustimmung von Aktion Courage e. V. unzulässig. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Mikroverfilmungen, Übersetzungen und die Einspeicherung in elektronische Systeme.

Kopien für Unterrichtszwecke dürfen erstellt werden.

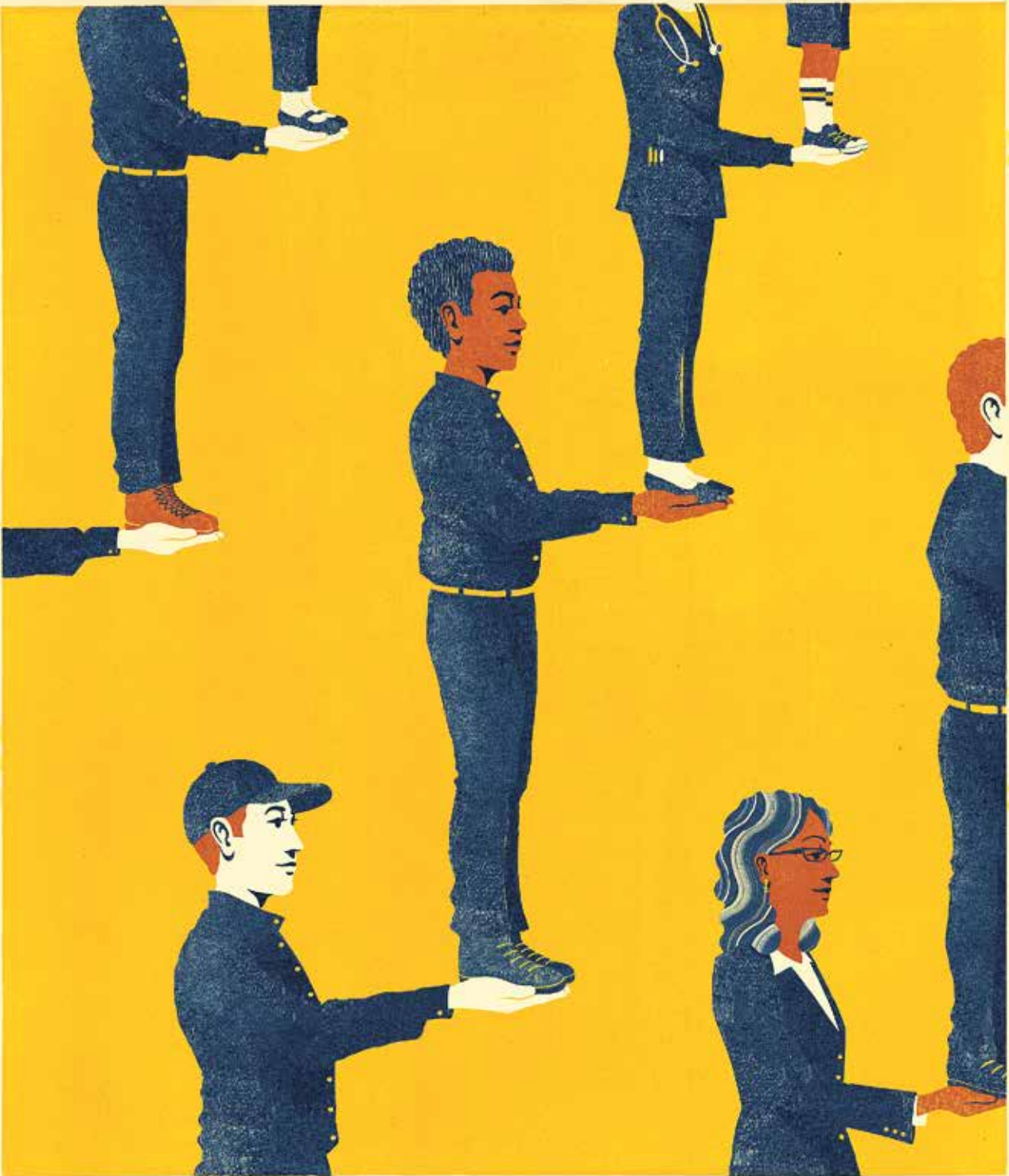


1. Auflage, Mai 2023

ISBN 978-3-933247-83-4

© 2023 Aktion Courage e. V., Berlin

- 07 **Rassismus geht alle an**
von Sanem Kleff
- 10 **Anti-Schwarzer Rassismus**
Von Katharina Oguntoye
- 14 **Dunkeldeutschland**
Von Katharina Warda
- 18 **Antitürkischer Rassismus**
Von Eberhard Seidel
- 24 **Blinde Flecken antirassistischer Diskurse**
Von Ronya Othmann
- 26 **Rassismus gegenüber Muslim*innen**
Von Isabell Diekmann
- 30 **Antislawischer Rassismus**
Von Anastasia Tikhomirova
- 34 **Antisemitismus**
Von Gideon Botsch
- 38 **Rassismus gegen Sinti und Roma**
Von Petra Rosenberg
- 42 **Antiasiatischer Rassismus**
Von Marina Mai
- 46 **"Nicht wie Menschen behandelt"**
Über die Asyl- und Flüchtlingspolitik. Von Christian Jakob
- 52 **"Deutschland ist kein rassismusfreies Land"**
Aminata Touré & Karamba Diaby im Gespräch
- 56 **Rassismus spaltet**
Canan Topçu & Cihan Sinanoğlu im Gespräch
- 60 **Lest Geschichten von People of Color!**
Von Lisa (18)
- 63 **Halle – Der Tag danach**
Von Lotte (17)
- 65 **So weiß und so schön wie Barbie sein ...**
Von Miriam (14)
- 66 **Es gibt keine Schule ohne Rassismus**
Von Sanem Kleff
- 68 **20 Empfehlungen, um weniger rassistisch zu sein**
Von Amna Franzke, Hasan Gökkaya und Vanessa Vu
- 72 **Was ist was? Einige Begriffe aus Rassismusdebatten**
- 79 **Die Autor*innen**



Rassismus geht alle an

Dieses Themenheft greift wichtige Fragen rund um Rassismus auf: Gegen welche unterschiedlichen Gruppen richtet sich Rassismus? Wo fängt rassistisches Denken und Handeln an? Welche Rolle spielt struktureller, welcher institutioneller Rassismus? Wie erkenne ich Rassismus, was kann ich dagegen tun? Doch zunächst stellt sich die Frage, was wir unter dem Begriff Rassismus verstehen.

„Die Würde des Menschen ist unantastbar“. Artikel 1 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland lässt keinen Zweifel: Es ist von der Würde des Menschen die Rede, nicht von der Würde des Deutschen. In Artikel 3, Absatz 3 formulierten die Gründermütter und -väter das Leitziel: „Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse [sic! Die Redaktion], seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.“

Der Alltag in Deutschland ist weit von diesem Anspruch entfernt. Viele Menschen erleben Diskriminierung und Ausgrenzung. Entsprechen ihre Namen oder ihr Äußeres nicht den vorherrschenden Normen der Mehrheitsgesellschaft, werden sie in vielen Lebensbereichen benachteiligt: auf dem Arbeitsmarkt, bei der Wohnungssuche, in Freizeiteinrichtungen – und als Kinder und Jugendliche in der Schule. Zahlreiche Untersuchungen weisen das nach. Hinter diesen Missständen steckt: Rassismus.

Rassismus ist eine Ideologie, die dazu dient, die Diskriminierung von Gruppen zu legitimieren und das demokratische Versprechen auf Chancengleichheit für alle Mitglieder der Gesellschaft zu verneinen. Ob Rassismus entschlossen bekämpft oder angenommen wird, es gäbe Menschen erster und zweiter Klasse, ist von zentraler Bedeutung. Entscheidet sich doch am alltäglichen Umgang der Mehrheit mit seinen Minderheiten, wie demokratisch eine Gesellschaft ist.

Der Begriff Rassismus steht für eine Lehre, die an die Existenz menschlicher Rassen glaubt. Die Herkunft des Wortstamms ist unklar. Er könnte auf den lateinischen

Begriff „radix“ zurückzuführen sein, der so viel wie „Wurzel“ im Sinne von Herkunft bedeutet. Oder auf „generatio“ im Sinne des „Wesens eines Dinges“ bzw. „ratio“, die „Art und Weise“. Manche führen ihn auf den aus dem Arabischen stammenden Begriff „raza“, also „Kopf oder Ursprung“, zurück.

Fest steht: „Rasse“ ist eine Kategorie, ein Ordnungsprinzip, das sich ähnelnde Elemente zusammenfasst und ein überschaubares Gesamtbild aus einer im Grunde unüberschaubaren Menge erstellt. Historisch wurde der Begriff „Rasse“ in den Naturwissenschaften, insbesondere der Biologie, genutzt und diente der Kategorisierung von Tieren. Nutz- und Haustiere wie Pferde, Rinder, Hunde und Katzen wurden und werden gezüchtet, um bestimmte Eigenschaften bezüglich Ausdauer, Zugkraft, Größe, Schnelligkeit, Fleischqualität oder Aussehen zu erzielen. Daher gibt es Hunde- und Pferderassen, nicht aber Schlangen- oder Pinguinrassen.

Die Übertragung dieser Ordnungsvorstellungen auf den Menschen erfolgte bereits vor mehr als 2.000 Jahren. In Platons berühmter Schrift „Politeia“ findet sich die Idee, durch staatliche Geburtenkontrolle einen überlegenen Menschentyp zu formen. Nur die „trefflichsten“ Griech*innen mit den besten, meist körperlichen, Eigenschaften sollten, per Gesetz geregelt, untereinander Kinder zeugen. Die „barbarischen“ Völker hatten in diesen Zuchtutopien keinen Platz.

Im Jahr 1449 fand der Begriff „Rasse“ mit den „Estatutos limpieza de sangre“ – den „Statuten von der Reinheit des Blutes“ – erstmals Eingang in die Rechtsprechung. Der Erzbischof von Toledo führte sie ein, um Christinnen und Christen von den „Rassen der Juden, Mauren oder Häretikern“ abzugrenzen (s. S. 35 ff.).

Ihre Differenz wurde somit durch einen unterschiedlichen Glauben, nicht durch körperliche Merkmale begründet.

Im Zeitalter der Aufklärung wuchs in Europa im 18. Jahrhundert der Wunsch, immer mehr Phänomene rational erfassen und erklären zu wollen. Mit einem immer größer werdenden Weltwissen stieg das Bedürfnis, auch die Menschheit in eine eindeutige Ordnung einfügen zu können. Der französische Philosoph Voltaire schrieb 1755: „Die Rasse der N* [von der Redaktion geändert] ist eine der unsrigen völlig verschiedene Menschenart, wie die der Spaniels sich von der der Windhunde unterscheidet. [...] Man kann sagen, dass ihre Intelligenz nicht einfach anders geartet ist als die unsrige, sie ist ihr weit unterlegen.“ In die deutsche Sprache führte Immanuel Kant den Begriff 1775 unter dem Titel „Von den verschiedenen Rassen der Menschen“ ein.

Die Annahme, es gäbe unter Menschen verschiedene Rassen wie in der Tierwelt, widerspricht allen wissenschaftlichen Erkenntnissen. Alle Menschen gehören derselben Gruppe von Säugetieren an, der des Homo Sapiens. Die Genforschung weist eine genetische Übereinstimmung von mehr als 99,9 Prozent nach. Auch können Genomunterschiede unter Mitgliedern sich äußerlich ähnelnder Gruppen – etwa Menschen aus Unter- und Oberfranken – größer sein als zum Beispiel zwischen solchen aus Unterfranken und Japan. Und: Alle über acht Milliarden Weltbürger*innen sind individuell einzigartig, sie sehen weder gleich aus noch sind sie gleich begabt.

Manche Eigenschaften, etwa verschiedene Hautfarben, entstanden, um die Überlebenschancen in unterschiedlichen Lebensräumen zu erhöhen. So entwickelte die Haut von Menschen, die einst aus Afrika – der Wiege der Menschheit – in Regionen mit weniger Sonne zogen, eine geringere Pigmentierung, um die wenige Sonne optimal nutzen zu können. In sonnenintensiveren Regionen entwickelten Menschen eine stärkere Pigmentierung der Haut, um sich besser gegen die UV-Strahlen schützen zu können. Die Folge: Je näher die Siedlungsregionen am Äquator liegen, umso dunkler die Hautfarbe der dortigen Menschen.

Kolonialisierung, Migration, wachsende Mobilität und Globalisierung haben in den zurückliegenden 500

Jahren stark auf diese evolutionären Prozesse aus der Frühzeit der Menschen gewirkt – Menschen in allen Regionen der Welt sind sich ähnlicher als je zuvor. Allein die konkreten Lebensbedingungen befördern individuelle Unterschiede. Nichts erlaubt uns zu sagen, dass manche Gruppen per se intelligentere, musikalischere oder mathematisch begabtere Individuen hervorbringen als andere.

Warum hält sich die Vorstellung so hartnäckig, es gäbe verschiedene Menschenrassen, die sich so grundlegend voneinander unterscheiden? Die Antwort ist recht einfach: Rassismus ist populär, weil die Anhänger rassistischer Ideen von der Vorstellung profitieren, es gäbe höher- und minderwertigere Menschenrassen. Aus rassistischen Ideologien werden Herrschaftsverhältnisse der Über- und Unterordnung abgeleitet und so die Unterdrückung und Ausbeutung von Gruppen legitimiert. Bei Rassismus geht es immer um Machtverhältnisse.

Der französisch-tunesische Soziologe Albert Memmi formuliert es so: „Der Rassismus ist die verallgemeinerte und verabsolutierte Wertung tatsächlicher oder fiktiver biologischer Unterschiede zum Nutzen des Anklägers und zum Schaden seines Opfers, mit der eine Aggression gerechtfertigt werden soll.“ Rassismus, so Memmi weiter, sei ein „Vergnügen, das sich jeder leisten kann. Jeder sucht sich Menschen einer niedrigeren gesellschaftlichen Rangstufe, denen er als strahlender Herrscher entgegentritt. Der Rassismus bietet für jeden eine passende Lösung. Es genügt jemanden zu finden, der noch kleiner, noch ein wenig mehr unterdrückt ist, ein geeignetes Opfer, auf das man seine Verachtung und seine Anklage richten kann.“

Die Vorstellung von höher- und minderwertigen Rassen hat viel Leid über Menschen gebracht. Sie rechtfertigte den Sklavenhandel, den Kolonialismus, Ausbeutung, Völkermorde. Und: Auch heute noch wird behauptet, für schlechte und schwierige Situationen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft seien „die Anderen“ verantwortlich – Türk*innen, Sinti und Roma, Muslim*innen, Jüdinnen und Juden oder dunkelhäutige Menschen. All das ist Rassismus, der sich gegen ganz unterschiedliche Gruppen richten kann. Die nachfolgenden Kapitel werden das sehr deutlich machen.

Sanem Kleff





Anti-Schwarzer Rassismus

Schwarze Menschen in Deutschland sind auf besondere Weise von rassistischen Zuschreibungen betroffen. Zugleich blickt die afrodeutsche Community auf eine jahrzehntelange Bewegung zurück. Die Aktivistin und Historikerin Katharina Oguntoye erinnert sich.

Ich bin 64 Jahre alt und schaue auf ein ereignisreiches Leben zurück. Ich wurde in Ostdeutschland geboren und wuchs in Leipzig und in Heidelberg auf. Zwei Jahre meiner Kindheit verbrachte ich in Nigeria, wo ich meine afrikanische Familie kennenlernte. 25 Jahre habe ich den von mir mitgegründeten Verein JOLIBA e.V. geleitet.

Ein Blick zurück: Im Sommer 1980 bin ich zu einem Sprachaufenthalt in Florenz. Wir Schüler*innen kommen aus allen Ecken Deutschlands, Österreichs und der Schweiz. Wir haben eine tolle Zeit und machen viel gemeinsam. Bei einem Café-Besuch fragt mich der italienische Wirt, aus welchem Land ich denn käme. „Aus Deutschland“. „Nein, ursprünglich.“ „Ich bin Deutsche“, sage ich. Auch die anderen bestätigen, ja, sie ist Deutsche. Aber der Italiener ist nicht zufrieden und fragt weiter.

Eigentlich ist gute Stimmung und ich will ihn nicht vor den Kopf stoßen – obwohl eine heftige Reaktion in mir hochbrodelt. Da habe ich eine Idee, wie ich ausdrücken kann, dass ich Deutsche bin. „Sono afro-tedesca“ – „Ich bin afro-deutsch“ sage ich. Ich will noch erklären, was ich meine und woher mein Vater stammt. Doch der Wirt reibt seine Gläser trocken und ist zufrieden. Er hat, was er wissen wollte: Afrikanische Wurzeln, braune Haut und aus Deutschland. Ich bin erstaunt, dass es für mein Gegenüber so einfach und so klar ist – und habe zum ersten Mal einen Begriff benutzt, den es noch nicht gab. Sechs Jahre später prägten wir während des Entstehungsprozesses des Buches „Farbe bekennen“ in der Schwarzen Community in Deutschland diesen Begriff für uns.

Fast forward, 1986, ich bin 27 Jahre alt und lebe in Berlin. Im Oktober ist unser Buch „Farbe bekennen. Afro-deutsche Frauen auf den Spuren ihrer Geschichte“ in einem kleinen feministischen Verlag erschienen. Es

ist das erste Buch zur Lebenssituation von Afro-Deutschen. Auf dem Cover ist ein Gruppenfoto mit 6 der 14 Frauen, die im Alter zwischen 16 und 65 Jahren in Interviews, Gedichten und Texten über ihre Erfahrungen als Schwarze Menschen in Deutschland berichten. Wie ich waren alle Autorinnen in Deutschland geboren und aufgewachsen. Unsere Mütter waren weiße Deutsche; die Väter kamen aus Afrika oder waren Afro-Amerikaner.

Der Vater der 60 und 64 Jahre alten Schwestern Erika und Doris Diek zum Beispiel war noch während der deutschen Kolonialzeit aus Kamerun gekommen; 1897 hatte er die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten. Bis heute ist seine Einbürgerungsurkunde eine der wenigen, die wir kennen. Auch Erikas Tochter und ihre Enkelin, Beryl und Abena Adomako berichten in „Farbe bekennen“ von ihrem Leben. Kennengelernt haben wir sie über Astrid Berger, die mit ihnen in Berlin aufgewachsen war. Der Vater von Astrid hieß Kala Kinger und war in den 1920er-Jahren nach Deutschland gekommen; mit seiner deutschen Frau trat er in Varietéshows auf. Astrids Tochter Julia war mit 16 Jahren die jüngste Autorin des Buches.

Etwa die Hälfte der Autorinnen hatte väterliche Wurzeln in Afrika, die andere Hälfte afro-amerikanische. Zuvor hatte man zumeist angenommen, Schwarze Deutsche seien nach dem Zweiten Weltkrieg als Kinder US-amerikanischer Soldaten geboren worden. Wir stellten fest: Etwa ebenso viele waren als Studenten aus Afrika gekommen und hatten hier eine Familie gegründet. May Ayim, die später mehrere Gedichtbände veröffentlichte, verfasste in ihrer Diplomarbeit ein historisches Kapitel zur afro-deutschen Geschichte, dass wir als Hintergrundtext für „Farbe bekennen“ nutzen konnten.

Die weiteren Autorinnen waren zwischen 25 und 40 Jahre alt. Es war die Zeit der Frauenbewegung, der

Orlanda Verlag ein kleiner Frauenbuchverlag. Daher entschieden wir uns, das Projekt als Frauenprojekt umzusetzen. Wir waren uns sicher, dass andere Projekte folgen, etwa ein Buch über die Erfahrung von Schwarzen Männern. Dieses Buch kam nie, jedoch haben sich viele männliche Künstler durch Rap-Musik ausgedrückt: Von Afrob über Advanced Chemistry, D-Flame bis Tourné und Samy Deluxe sowie Brothers Keepers fassten afro-deutsche Rapper ihre Gefühle und Haltungen mit Erfolg in Songtexte. Auch als sich Anfang der 1990er-Jahre rassistische Anschläge von Rostock-Lichtenhagen (1992) bis Solingen (1993) sowie Todesfälle durch rechte Gewalt – Amadeu Antonio (Eberswalde, 1990) und Alberto Adriano (Dessau, 2000) – häuften, positionierten sich Rap-Künstler. Kunst als Mittel, etwas Unausprechliches, Traumatisches und Schmerzhaftes zu vermitteln und sichtbar zu machen – das haben wir auch in dem Buch „Farbe bekennen“ eingesetzt.

Vereinzelung war neben rassistischer Ausgrenzung das wichtigste uns verbindende Element. Jede/r von uns lebte als einzige Schwarze Person in einem fast ausschließlich weißen Umfeld. Familie, Schule, Arbeit, Freundeskreis – alle waren weiß und verstanden in der Regel nicht, was es bedeutet, immer wieder auf die Hautfarbe angesprochen zu werden. Und nie zu wissen: „Werde ich angenommen, oder greift mich gleich wieder jemand an, bringt mir vehemente Ablehnung oder Hass entgegen?“ Unser Alltag bestand aus Nadelstichen: „Du sprichst aber gut Deutsch.“; „Willst Du nicht einmal in das Land deines Vaters zurück?“; „Du kannst bestimmt gut ... singen-tanzen-laufen ...“; „Wo kommst du her?“ Auch direkte Beleidigungen wie das N-Wort und Aussagen wie „Schwarze sind ...“; „Schwarze können nicht ...“; „Afrika ist ohne Kultur und ohne Geschichte“, hörten wir immer wieder.

All diese Aussagen haben dasselbe Ziel: Sie sollen Menschen ausgrenzen, als das Andere markieren. Den Menschen mit afrikanischen Wurzeln wird eine Rolle als Nicht-Mensch, Versklavter und dienende Person zugewiesen. Das kann so weit gehen, dass Gewalt gegen Schwarze Menschen ausgeübt wird. Dies geschieht auch hier in Deutschland, selbst wenn die Polizeigewalt in den USA und die durch sie ausgelöste „Black Lives Matter“-Bewegung zurzeit präsenter sind. Und: Auch in Deutschland gibt es „racial profiling“ – was bedeutet, dass vor allem Schwarze Männer regelmäßig

von der Polizei kontrolliert werden; ausgewählt wegen ihrer Hautfarbe und weil der Polizist denkt, er habe objektiv einen Grund für die Kontrolle. Doch stellen Sie sich vor, Sie würden kontrolliert, weil Sie Schuhe tragen und Dealer ja auch Schuhe tragen, und also davon auszugehen ist, dass alle Schuhträger potenzielle Drogendealer sind. So ist es bei Menschen mit afrikanischen Wurzeln. Das setzt Menschen unter Stress und manchmal zerbrechen sie an dem dauernden Druck. Sie werden wütend und machen selbstzerstörende Fehler. Oder sie werden krank, ob psychisch oder physisch. Es war auffällig, wie viele Selbsttötungen, tödliche Erkrankungen und psychische Zusammenbrüche es in unserer jungen Bewegung gab.

Das Buch „Farbe bekennen“ inspirierte die ersten Treffen für die neu entstehende Schwarze Bewegung in Deutschland. Die Initiative Schwarze Menschen in Deutschland (ISD-Bund) organisiert seit über 30 Jahren jährliche Bundestreffen mit zwei- bis dreihundert Teilnehmenden aus Deutschland, Österreich und der Schweiz. In vielen deutschen Städten gibt es Gruppen, die sich eigenständig nach den jeweiligen Bedarfen organisieren, doch alle den Titel ISD plus Städtenamen haben. Parallel entwickelte sich die ADEFRA (Afro-deutsche Frauengruppe, jetzt: Schwarze Frauen in Deutschland), auch sie organisierte viele große Konferenzen und gab die vierteljährliche Zeitschrift Afrekete heraus. Die ISD veröffentlichte zehn Jahre lang die Monatszeitschrift afro look.

Ein wichtiger Beitrag der Schwarzen Bewegung in Deutschland war, die alten, überwiegend herabwürdigenden Bezeichnungen für Schwarze Menschen durch selbstbestimmte zu ersetzen: „Besatzungskinder“, „Mischling“, „Mulatten“ und das N-Wort; die bis dahin gebräuchlichen Begriffe waren nicht zu retten, wie wir in unseren Diskussionen feststellten. Zu stark waren die negativen Konnotationen und die damit verbundenen Machtstrukturen, die in ihnen mitschwangen. Die selbstgewählten Begriffe „afro-deutsch“ und „Schwarze Deutsche“ beziehen sich darauf, dass jemand kulturelle Wurzeln in Afrika oder einer afrikanischen Diaspora-Kultur hat und in Deutschland geboren und aufgewachsen oder eingewandert ist und seinen/ihren Lebensmittelpunkt hier hat.

Sprache ist in stetem Fluss, Begriffe ändern sich, so hat sich in der afro-amerikanischen Bürgerrechts-

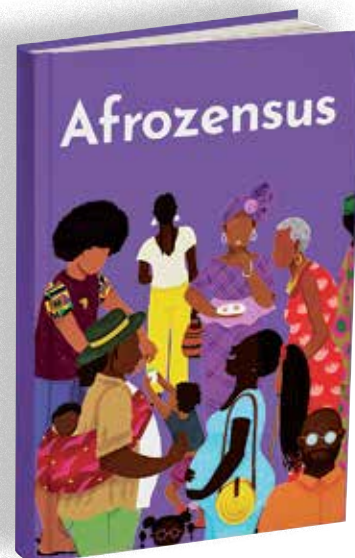
bewegung der Begriff von *Negro* über *Colored* zu *Black* und *afro-american* zu *african-american* weiterentwickelt. In Anlehnung an letzteres entwarfen wir „afro-deutsch“ und bezogen uns damit auf das Konzept der „Bindestrich-Identitäten“ („hyphenated identities“). In unseren ersten Diskussionen dazu meinten manche, afro-deutsch zeige ihnen einen zu starken Bezug auf Afrika, da sie ihre Väter-Kultur in Nordamerika oder der Karibik hätten. So entwickelten wir den zweiten Begriff „Schwarze Deutsche“, der sich auf den politischen Begriff „Schwarz“ bezog, also wie in „Black is Beautiful!“ der 1960er-Jahre. Das ist auch der Grund, warum Schwarz häufig mit großem S geschrieben wird. Mittlerweile gibt es die Schreibweise afrodeutsch entsprechend der deutschen Grammatik, was die Zugehörigkeit ohne Widerspruch ausdrücken soll. Für mein Gefühl gibt es aber immer noch viele Dinge, die verarbeitet werden müssen. Daher verwende ich oft noch den Bindestrich.

Um mich in Bezug zu setzen und mit anderen kommunizieren zu können, brauche ich einen Namen, mit dem ich übereinstimmen kann. Wie sonst sollte ich mich vorstellen oder von anderen begrüßt werden? Das macht die selbstbestimmten Begriffe „Schwarze Deutsche“ und „Afro-Deutsche“ so wertvoll – und obwohl sie vor 30 Jahren in einer Konsensabstimmung in einem Raum mit 30 bis 40 Personen geprägt wurden, tragen sie heute noch und haben Bestand.

In den zurückliegenden 30 Jahren hat sich viel entwickelt. Der Black History Month zum Beispiel, der aus den USA nach Deutschland gebracht und im Februar, in manchen anderen Ländern auch im Oktober, begangen wird. Langjährige Projekte in Berlin – aber es gibt an weit mehr Orten tolle Projekte – sind außer dem von mir gegründeten Netzwerk Joliba das Afrika Haus, das Afrika Medien Zentrum, das Bildungs- und Empowerment-Projekt EOTO e.V., die Galerie Listros und das Oromo Horn von Afrika Zentrum. Auch die in Berlin produzierten Zeitschriften *The African Courier* und *LoNam – Das Afrika-Magazin* lohnen sich.

Katharina Oguntoye

Zum Weiterlesen: May Ayim, Katharina Oguntoye, Dagmar Schultz (Hrsg.): „Farbe bekennen. Afro-deutsche Frauen auf den Spuren ihrer Geschichte“, Orlanda, Berlin 2020 (4.Aufl.), 308 Seiten

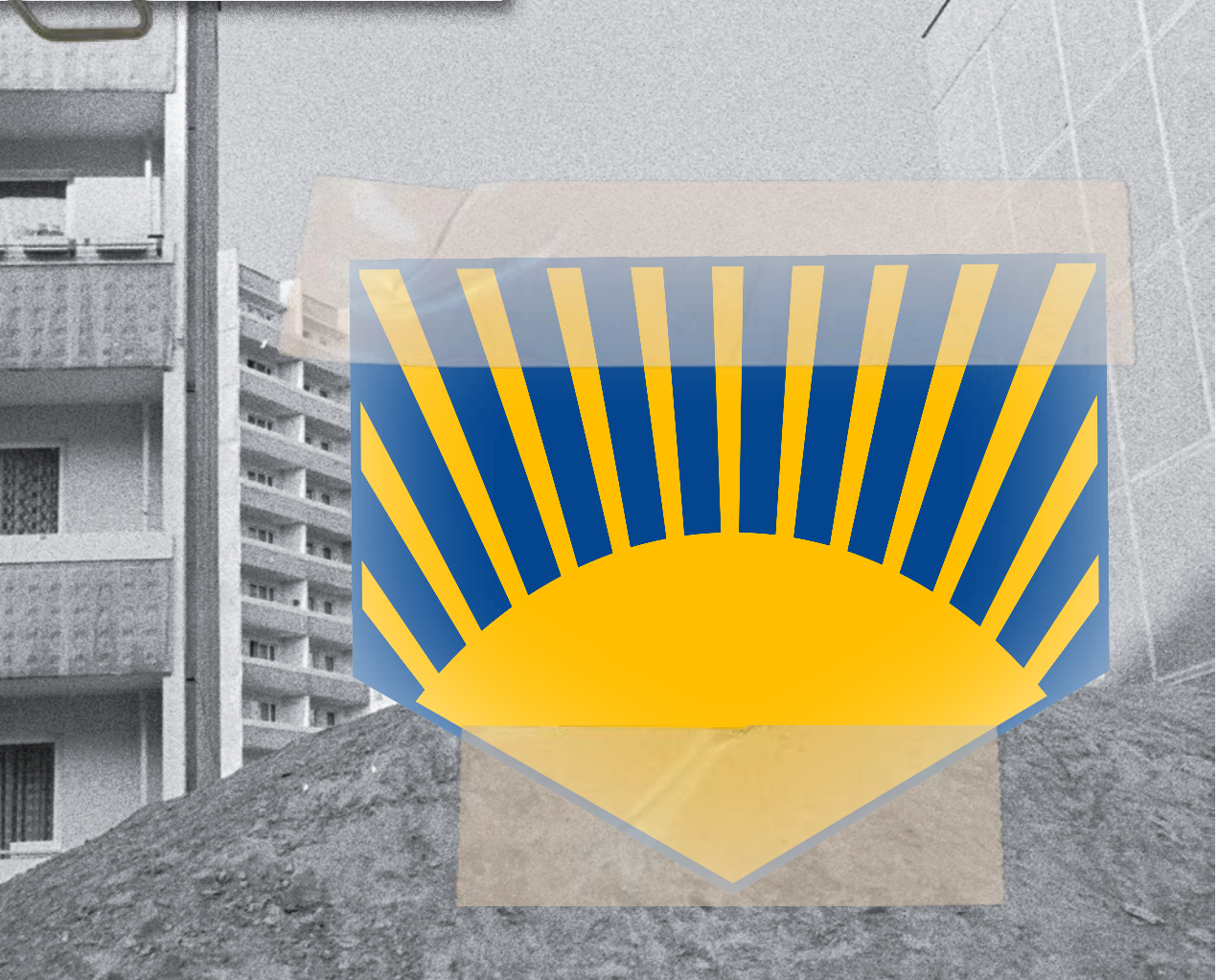


Afrozensus

Each One Teach One @ Citizens for Europe

Mehr als eine Million Schwarze, afrikanische und afrodiasporische Menschen leben in Deutschland. Der Afrozensus, für den rund 6.000 Menschen befragt wurden, macht Lebensrealitäten wie Diskriminierungserfahrungen deutlich. Und er zeigt, wie verbreitet struktureller Rassismus ist. Das deutlichste Beispiel: 97,3 Prozent gaben an, in den vergangenen zwei Jahren anti-Schwarzen Rassismus im Alltag erlebt zu haben, am häufigsten in Öffentlichkeit und Freizeit.

Berlin 2022, 309 Seiten. Download: afrozensus.de



Dunkeldeutschland

Immer wieder gelten Rassismus und rechte Gewalt in (west)deutschen Debatten als Problem der Ostdeutschen. Dabei kommen die, die davon betroffen waren und sind, kaum zu Wort.

Ich bin das Kind einer deutschen Mutter und eines südafrikanischen Vaters, und bis vor wenigen Jahren gab es mich nicht. Denn spricht man in Deutschland von nicht-weißen Deutschen oder „Menschen mit Migrationsgeschichte“, sind fast immer westdeutsche Biografien gemeint. Spricht man von Ostdeutschen, sind die automatisch weiß. Beides zusammen existierte lange im kollektiven Gedächtnis so gut wie nicht. Dabei haben Perspektiven wie meine viel zu sagen, wenn es um Diskriminierungen wie Rassismus und Klassismus angeht, aber auch um Abwertungen von Ostdeutschen.

Eine meiner Erinnerungen lautet so:

1990, Wernigerode. Ich bin fünf Jahre alt. Der Griff meiner Mutter um meine Hand wird fester. Vor uns der historische Marktplatz mit dem mittelalterlichen Rathaus, täglicher Schauplatz für Hochzeiten. Als Kinder in der DDR sammeln wir hier noch fliegende Pfennige ein. Zu meiner Linken strömen Menschen herbei, die sich zusammenschließen. Zu meiner Rechten, in der Kulisse der Fachwerkhäuser eine Versammlung in Reih und Glied, ein Aufmarsch von Neonazis. Der Griff meiner Mutter wird noch fester, tut fast schon weh. Sie nimmt die Beine in Hand und verschwindet mit mir in der nächsten Gasse.

Noch bevor der „Wind of Change“ die Treuhand nach Wernigerode brachte und mit ihr die Massenarbeitslosigkeit, kamen die Nazis aus den alten Bundesländern. Gut ausgestattet mit Geld, einem Gefühl von Perspektiven und festen ideologischen Strukturen. Eine Wahlverwandtschaft mit den so lange getrennten ostdeutschen Brüdern und Schwestern. Eine Wahlverwandtschaft, die mir meine Heimat zur Hölle machte. Eine Hölle, die fortan in den Medien als Dunkeldeutschland bezeichnet wird.

Schon in der BRD kam der Begriff als abwertende Bezeichnung der DDR auf. Er zielte auf die spärliche Straßenbeleuchtung der Städte, ihre reklamefreien, dunklen Nächte. Zur Wendezeit wird Dunkeldeutsch-

land zum Schlagwort und taucht immer da auf, wo es um die „Zone“, „drüben“ oder die Tristesse der ehemaligen DDR geht. 2015 sagte der damalige Bundespräsident Joachim Gauck nach einem rechtsextremen Anschlag auf ein Asylheim im sächsischen Heidenau: Das dunkle Deutschland, das diese Anschläge hervorgebracht habe, stehe einem „hellen, lichten Deutschland des bürger-schaftlichen Engagements“ gegenüber.

Damit brachte er einen wesentlichen Erzählstrang auf den Punkt. Ostdeutschland wird nun auf Rechtsextremismus statt Tristesse reduziert und auf moralische statt ökonomische Rückständigkeit. Es bleibt bei einer generalisierenden Abwertung zugunsten einer gleichzeitig nötigen Anklage von Rassismus. Auf diese Weise wird Rassismus aber nicht gelöst, sondern als reines Ostproblem verkannt; ein Problem einzelner, fehlgeleiteter Osis anstelle eines strukturellen, gesamt-deutschen Problems.

Tatsächlich ist rechte Gewalt seit der Wiedervereinigung in den neuen Bundesländern ein gravierendes Problem, das viele Menschen das Leben gekostet hat. Die Ausschreitungen in Hoyerswerda (1991), Rostock-Lichtenhagen (1992), die Magdeburger Himmelfahrtskrawalle (1994) und die Hetzjagd in Guben (1999) sind nur die prominentesten unter den Gewalttaten. Sie lassen sich fortführen bis zu den rechten Gewaltausbrüchen in Heidenau (2015), Chemnitz (2018), Halle (2019). Hinzu kommen Morde und Übergriffe, die es nie ins kollektive Gedächtnis geschafft haben. Nie erzählte Geschichten von Angst und Gewalt. Auch fehlen häufig die Stimmen derer, die direkt von rechter Gewalt betroffen sind.

1992, ich bin sieben Jahre alt und besuche die zweite Klasse einer Plattenbaugrundschule. Auf dem Weg nach Hause beginnt mein eigentlicher Unterricht: wegrennen, verstecken, keine Angst zeigen. Ich lerne zu flitzen, wenn die Mädchengruppe aus der Berufsschule mich mit dem N-Wort beschimpfend mit Steinen bewirft. Lerne mich zu

verstecken, wenn Männergruppen in Bomberjacken auf mich zukommen, und langsam abzustumpfen, weil es aus dieser Hölle Heimat keinen Ausweg gibt.

Schon die Erinnerung an meinen Schulweg steht für das alltägliche Gefühl von Bedrohung. Mir wird sehr früh klar, dass ich als anders angesehen werde. Und dass das nichts Gutes ist. Ich verstehe nicht, warum, aber ich verstehe, dass mein Leben potenziell in Gefahr ist. Die Normalität von Diskriminierung ist schmerzhaft, vor allem, weil sie geprägt ist von Schweigen und Unverständnis. Ich fühle mich allein. In den Medien wird über rassistische Übergriffe berichtet. Hier werden die Vorfälle ähnlich wie in Gaucks Rede häufig genutzt, um ein Bild des Ostens zu zeichnen, von dem sich das westdeutsche Selbstbild abgrenzt. Rassismus als Ostproblem, das sich in der Geschichte der DDR begründet, nichts mit der BRD zu tun hat und nicht tiefer besprochen werden muss.

Zu Hause sprechen wir auch nicht darüber. Meine Mutter und mein Stiefvater sind weiß und verstehen nicht wirklich, was ich durchmache. Und ihre eigenen Erfahrungen der Abwertung und Existenzangst vereinnahmen sie. Ihre Freude über die Wiedervereinigung mischt sich schnell mit Prekarisierung und Perspektivlosigkeit. Als beide ihre Arbeit in einer Metallfabrik verlieren, folgt unser sozialer Abstieg. Mein Stiefvater findet eine Anstellung als Müllfahrer und meine Mutter vorerst als Reinigungskraft. Statusverlust und Ungewissheit schlagen in Frustration, Apathie und Vernachlässigung von mir und meinen Geschwistern um.

1995 bin ich zehn Jahre alt. Der kleine Farbfernseher in meinem Zimmer, einst Erziehungsmittel meiner Eltern, um mich ruhigzustellen, wird mein Tor zur Welt. Stundenlang studiere ich die Welt da draußen in Trickfilmen, Nachrichten und Talkshows von „Arabella“ bis „Vera am Mittag“. Ich lerne richtig und falsch, gut und böse und die scheinbar wichtigste Unterscheidung dieser Tage: normal und asozial. „Kinderreich, arbeitslos und ohne Perspektive, Tage aus Fernsehprogramm, Schnaps und ein ostdeutscher Dialekt“, das sind die Asozialen. „Die Asozialen“, das sind auch wir, meine Familie, mein Umkreis, meine Heimat und somit auch ich. Ich bin „asozial“.

Die Bezeichnung ist demütigend. Stellvertretende Anfeindung von Ibiza-Ingo, Lacher über Cindy aus Marzahn tun weh. Ossi-Stereotype sind Dauergäste

im Witzfiguren-Kabinett der Talkshows. „Der Osten“ wird zum Unort, über den es Geschichten gibt, aus dem aber keine eigenen Narrationen kommen. Er wird zum Projektionsort aller unliebsamen Eigenschaften und Subjekte. Ein Ort, von dem man sich maximal abgrenzen kann. Eine Art böser Zwilling des Westens.

Das färbt auf mein Selbstbild ab. Es ist bestimmt von Fremdbildern: Als Opfer von Rassismus bin ich „Ausländerin“, obwohl ich es nicht bin. Ich bin Ossi, und was das bedeutet, erfahre ich vom Westen. Ich bin „asozial“, als sei unser prekäres Leben nicht schon schwierig genug. Meine mangelnde Selbstbestimmung hole ich durch das Abtauchen in die Subkultur nach.

Es ist 1998. Ich bin 13 Jahre alt und gehöre zu einer Punk-Clique, die sich in den Innenhöfen der Platten trifft. Wie bei vielen meiner Freunde ist meine Mutter depressiv, arbeitslos und manchmal auf ABM. Mein Vater ist Alkoholiker und wie meine Mutter von den historischen Umständen völlig überfordert. Meine Jugend besteht aus Rumhängen, Punkrock hören und Bier trinken; aus Plattenbau, der Abwesenheit von Autoritäten und Perspektivlosigkeit.

Punkrock, in seinem Lebensgefühl, seiner Musik, seinen Texten fühle ich mich erstmals verstanden. Er gibt mir eine Sprache, um über Prekarisierung, Abwertung, Klassismus, Rassismus und Gewalt zu sprechen. Hier werden Stigmata wie „fremd“ und „asozial“ selbstbestimmt aufgeladen. „No Future“, das heißt für mich und meine Freunde Arbeitslosigkeit, Armut, Gewalt. Je unerträglicher die Situation um mich herum wird, desto tiefer flüchte ich mich in meine bunte Welt aus Musik, fröhlicher Verwahrlosung und Exzess.

Es ist 2003. Ich bin 18 Jahre alt und besuche als erste in meiner Familie das Gymnasium. Hier lernen wir neben Mathe, Physik und Fremdsprachen vor allem eins: „Passing“, also im Alltag nicht als Ossi aufzufallen zugunsten einer besseren Zukunft. Wir lernen uns zu präsentieren, „dick aufzutragen“, denn darauf kommt es laut meinen Lehrerinnen jetzt an. Wer Dialekt spricht, bekommt Notenabzug. Fast täglich mahnt uns meine Deutschlehrerin, alles, was uns ostdeutsch macht, abzulegen. Aus ihr, wie aus vielen anderen, spricht eine Erfahrung der Abwertung. Anstatt in Apathie oder Exzess zu verfallen, geht man hier den Weg der Anpassung, des Sich-unsichtbar-Machens, und damit den Weg nach vorn. 2005 schließe ich die Schule mit dem Abitur ab und bin gewappnet: Ich habe viel ge-

lernt, vor allem aber, darüber zu schweigen, wer ich bin und was ich erlebt habe.

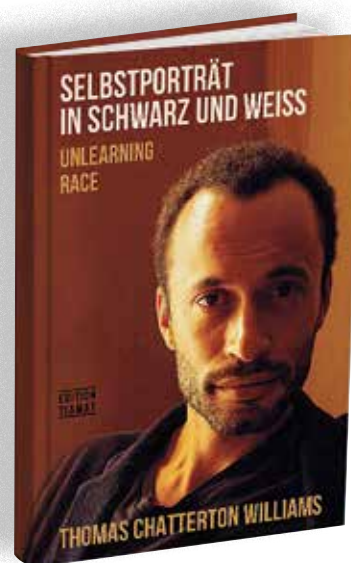
Tatsächlich hilft mir das. Mit dem Studium verkürze ich meine Ost-Identität auf die Angabe meines Geburtsorts und lächle Alltagsrassismen müde weg. Ich spreche nun hochdeutsch und kann aufgrund meines Aussehens doch „unmöglich aus dem Osten kommen“. Stereotypisierungen wie diese lassen mich meine Erfahrungen nochmal neu durchleben. Einerseits triggern sie das Gefühl, zum „Anderen“ gemacht zu werden, nicht ostdeutsch sein zu dürfen. Andererseits wertet es mich als Ostdeutsche ab, die ich dennoch bin. Gefühle, denen ich lange mit Schweigen begegne. Schweigen, weil ich es so gelernt habe. Schweigen, weil das immer noch besser ist als der Vorwurf, ostaligisch zu sein. Dabei sehne ich mich nicht in die DDR zurück. Ich kannte die DDR kaum. Ich sehne mich danach, mich zu erinnern und diese Erinnerungen zu teilen.

2019. Im Rahmen der Feierlichkeiten zu „30 Jahre Mauerfall“ besuche ich in Berlin eine Ausstellung. Nach Schautafeln mit Überschriften wie „Wer kommt denn da?“, die ganz selbstverständlich aus westdeutscher Sicht vom Eintreffen der ersten Osis auf dem Ku'damm erzählen, bleibe ich an einer Tafel zum Rechtsextremismus hängen. Hier geht es um die Generation der „Dagebliebenen“. „Immobilie“ Ostler wie meine Eltern, die nun auf „mobile Ausländer“ treffen und aufgrund ihrer SED-Erziehung überfordert sind. Sprachlos und müde drehe ich mich um und verlasse die Ausstellung. Auf dem Nachhauseweg merke ich, dass ich gar nicht aus Ostdeutschland komme. Dieses Ostdeutschland kenne ich eigentlich nur aus Erzählungen darüber. Der Ort, aus dem ich komme, heißt Dunkeldeutschland.

Heute steht Dunkeldeutschland für mich für all diese unerzählten Geschichten, die aus den typisierten Vorstellungen eines homogenen (weißen) Ostens ausbrechen. Zwar ist in den letzten Jahren einiges passiert: Mehr Stimmen kommen aus dem Osten, wollen DDR und Wende neu erzählen. Das ist aber lange noch nicht genug. Es ist an der Zeit, „den Osten“ in seiner Diversität und Komplexität neu zu erzählen – frei von Stigma und Nostalgie, durch die Geschichten seiner Subjekte.

Katharina Warda

Dies ist ein aktualisierter Auszug aus einem im Onlineportal Krautreporter erschienenen Essay.



Selbstporträt in Schwarz und Weiß

Thomas Chatterton Williams

Der in den USA geborene und in Paris lebende Kulturkritiker Thomas Chatterton Williams fühlte sich bis in sein Erwachsenenleben als Schwarzer, wurde auch so erzogen. Als sich an seinem ersten Kind nichts Schwarzes erkennen ließ, setzte das einen Identitäts- und Reflexionsprozess in Gang, der interessante Blicke auf race als wirkmächtiges soziales Konstrukt freigibt. Sein Plädoyer: „Fortschritte werden wir nur erzielen, wenn wir die alten Häute abstreifen, in die man uns gezwungen hat.“

Edition Tiamat, Berlin 2021, 220 Seiten

Das Buch ist auch in der Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung erschienen und dort bestellbar.

Antitürkischer Rassismus

*Von 1961 bis 1973 wurden Türk*innen als Arbeitskräfte in die alte Bundesrepublik angeworben. Nach dem Anwerbestopp ließen sich viele Familien auf Dauer in Deutschland nieder und wurden zur größten Minderheit im Land. Von dem Rassismus, der ihnen entgegenschlug, bis zur Mordserie des NSU und den Terroranschlägen in Hanau lässt sich eine Linie ziehen. Sie führt von der bürgerlichen Mitte der Gesellschaft bis zu rechtsextremer Gewalt.*

Gibt man „antitürkischer Rassismus“ in eine Suchmaschine ein, werden vor allem Treffer angezeigt, die auf antimuslimischen Rassismus verweisen. Das scheint plausibel. Menschen mit einer Migrationsgeschichte aus der Türkei werden heute schnell mit dem Islam in Verbindung gebracht.

Doch die Gleichsetzung des antitürkischen Rassismus mit antimuslimischem Rassismus verkennt die Geschichte und die besondere Rolle antitürkischer Ressentiments für das Selbstbild vieler Deutscher. Über Jahrzehnte versicherten sie sich ihrer fragilen Identität durch die radikale Abgrenzung gegenüber Zugewanderten aus der Türkei und ihrer vermeintlichen kulturellen Andersartigkeit. Und zwar laut, exzessiv, anhaltend und unverhohlen rassistisch.

Ab den 1970er-Jahren gab es große Schnittmengen zwischen der völkischen Ideologie rechtsextremer Parteien und der Politik von Parteien wie CDU und SPD sowie der Berichterstattung bürgerlicher Medien. In ähnlicher Form gibt es einen solchen Schulterchluss gegen Geflüchtete aus dem globalen Süden und seit Mitte der 2000er-Jahre gegenüber Muslim*innen.

Der Rassismus nach Beginn der Anwerbung sogenannter „Gastarbeiter“ in den 1950er-Jahren richtete sich auch gegen Italiener*innen, Griech*innen, Spanier*innen und Jugoslaw*innen. Sie alle waren Formen des institutionellen, strukturellen und des Alltagsrassismus ausgesetzt. 1964 anworteten auf die Frage „Wenn die Arbeitszeit in der Woche eine Stunde länger sein würde und dadurch keine Gastarbeiter mehr in Westdeutschland notwendig wären – würden Sie das begrüßen oder nicht?“ 70 Prozent der Männer und 64 Prozent der Frauen, lieber länger arbeiten zu wollen.

Arbeitgeber, Staat, Sozialsysteme – sie alle setzten darauf, dass die Arbeitsmigrant*innen Menschen zweiter Klasse ohne die vollen Bürgerrechte blieben: „In der Regel wird der Ausländer nicht an der betrieblichen Altersversorgung teilnehmen, nicht in Betracht kommen für Heilverfahren, Frühheilverfahren und Erholungskuren. Der bei uns arbeitende Ausländer stellt in der Regel die Arbeitskraft seiner besten Jahre zur Verfügung: Für die Betriebe ergibt sich daraus der Vorteil, dass nur in selteneren Fällen ein älterer oder nicht mehr voll arbeitsfähiger ausländischer Mitarbeiter aus sozialen Gründen mit durchgezogen werden muss“, heißt es in einem 1964 von dem Arbeitswissenschaftler Hans Stirn veröffentlichten Bericht „Ausländische Arbeiter im Betrieb. Ergebnisse der Betriebserfahrung“.

Vor allem die Einwanderung aus der Türkei nahm einen anderen Verlauf, als Politik und Wirtschaft sich vorgestellt hatten. Nachdem 1973 ein Anwerbestopp verhängt wurde, holten zahlreiche „Gastarbeiter*innen“ ihre Familien nach Deutschland und ließen sich auf Dauer nieder. Das war der Beginn der Einwanderung – die von der Mehrheitsgesellschaft abgelehnt und als Kontrollverlust erlebt wurde, und sie in Panik versetzte. All das löste ein in Deutschland seit dem frühen 19. Jahrhundert tief verwurzelt völkisches Denken aus. Die Folge: Keine andere Einwander*innengruppe war nach 1973 so anhaltend das Ziel bürgerlich-rassistischer Diskurse, rassistischer Berichterstattung, polarisierender Kampagnen der demokratischen Parteien und einer auf Migrant*innen zugeschnittenen ausgrenzenden Gesetzgebung wie die Eingewanderten aus der Türkei. In Verbindung mit der Agitation neonazistischer Parteien und rechtsextremen Anschlägen entstand ein brandgefährliches Gemisch.



Das Zusammenspiel zwischen bürgerlicher Mitte und radikalen rechten Milieus macht den antitürkischen Rassismus zu einem besonders düsteren und besonders gewalttätigen Kapitel in der Nachkriegsgeschichte Deutschlands. Das Besondere an ihm: Nicht Rechts-extreme waren die Scharfmacher. Zunächst machten bürgerliche Zeitungen Stimmung gegen Türk*innen. Alt- und Neonazis konzentrierten sich in den 1950er- und 1960er-Jahren noch vor allem auf die Leugnung des Holocaust, revanchistische Forderungen bezüglich der deutschen Ostgebiete und antisemitische Aktionen wie Friedhofschändungen. Der „Ausländerfrage“ nahmen sie sich erst an, als sie merkten, dass mit dieser für sie mehr zu gewinnen war als mit der Relativierung des Holocaust. 1977 gründete der Neonaziführer Michael Kühnen die „Aktion Ausländerrückführung – Volksbewegung gegen Überfremdung und Umweltzerstörung“. 1980 zog die NPD mit der Parole „Ausländerstop – Deutschland den Deutschen“ in den Bundestagswahlkampf. Doch der Reihe nach.

1973 titelte der Spiegel: „Die Türken kommen – rette sich wer kann. Berlin, München oder Frankfurt können die Invasion kaum noch bewältigen: Es entstehen Ghettos, Kriminalität und soziale Verelendung wie in Harlem.“ Der Bericht setzte Standards. 1975 meinte der Beauftragte für Ausländerfragen der Schmidt-Regierung, Heinz Kühn (SPD): „Wenn der Ausländeranteil in einem Wohnviertel die Zehnprozentmarke übersteigt, wird jedes Volk rebellisch.“ Und am 16. November 1980 schreibt der Berliner Tagesspiegel unter der Überschrift „Mehr Wohnungen, weniger Türken“: „Berlin muss, wenn es als solches für deutsche Zuwanderer und seine deutschen Einwohner attraktiv bleiben will, vor einer mathematischen Überfremdung durch Familienzusammenführung bei hoher Fruchtbarkeit bewahrt werden.“ 1981 veröffentlichten elf Professoren das sogenannte „Heidelberger Manifest“, in dem es heißt: „Mit großer Sorge beobachten wir die Unterwanderung des deutschen Volkes durch Zuzug von vielen Millionen von Ausländern und ihren Familien, die Überfremdung

unserer Sprache, unserer Kultur und unseres Volkstums (...). Bereits jetzt sind viele Deutsche in ihren Wohnbezirken und ihren Arbeitsstätten Fremdlinge in der eigenen Welt.“

Derlei Beispiele einer bürgerlichen Weltsicht ließen sich beliebig verlängern. Sie mündeten in Gesetze und Bestimmungen, die Migrant*innen elementare Bürgerrechte verwehrten: 1975 wurde ihnen – unter anderem in Bezirken in Köln, Frankfurt a. M., West-Berlin und München – der Zuzug in Gemeinden oder Stadtteile mit einem Ausländeranteil über zwölf Prozent verboten. 1981 sah der nach dem damaligen Innensenator benannte „Lummer-Erlass“ in Berlin vor: Ausländische Jugendliche über 18 Jahren, die noch keine fünf Jahre in der Bundesrepublik leben und ohne Arbeit sind, werden abgeschoben. Am 14. Juli 1982 beschloss die Bundesregierung aus SPD und FDP unter Bundeskanzler Helmut Schmidt, die Rückkehr der Türk*innen durch finanzielle Anreize zu fördern. So sollte „der schleichenden Landnahme durch eine fremde Bevölkerung“ entgegengewirkt werden, wie es der Berliner Landesschulrat Herbert Bath (SPD) im November 1982 formulierte.

Im Mai 1983 verkündete Innenminister Friedrich Zimmermann (CSU) in der Zeitschrift *Das Parlament*: „Ein konfliktfreies Zusammenleben wird nur möglich sein, wenn die Zahl der Ausländer bei uns begrenzt und langfristig vermindert wird, was vor allem die großen Volksgruppen (Türken) betrifft.“

Die antitürkische Rhetorik der Medien und der Politik fand auch in der westdeutschen Jugend Widerhall. Neonazistische Gruppen, rechtsextreme Fußballfans und Nazi-Skinheads wurden Kult. Und es kam zu einer Serie gewalttätiger rassistischer Übergriffe: Im August 1984 wurde in Duisburg in einem Wohnhaus Feuer gelegt, in dem überwiegend türkische Familien lebten. Sieben Menschen starben, 23 wurden verletzt. Im Juni 1985 wurde Mehmet Kaymakçı in Hamburg von Nazi-Skinheads erschlagen. Ebenfalls in Hamburg starb wenige Monate später Ramazan Avcı an den Folgen eines Überfalls. Im Dezember 1988 steckte der 19-jährige Auszubildende Josef Saller, Mitglied der Neonazi-Organisation Nationalistische Front, im bayerischen Schwandorf ein Haus in Brand, in dem vorwiegend Türk*innen wohnen. Vier Menschen verloren ihr Leben. Im Januar 1989 zog die Partei „Die Republikaner“ in West-Berlin

nach einem klar antitürkischen Wahlkampf mit 7,5 Prozent der Stimmen erstmals in das Abgeordnetenhaus ein. Kurz darauf kündigten Neonazis zu Adolf Hitlers hundertstem Geburtstag am 20. April 1989 in vielen Städten Übergriffe auf türkische Schüler*innen an – in Berlin blieb daraufhin mehr als jede*r zweite von ihnen dem Unterricht fern.

Das alles war vor der Wende, bevor mit dem Fall der Mauer die rassistische Gewalt im Osten der Republik eskalierte – ohne indes im Westen zu enden. 1992 und 1993 starben bei Brandanschlägen auf überwiegend von Türk*innen bewohnte Häuser in Mölln (Schleswig-Holstein) und Solingen (Nordrhein-Westfalen) insgesamt acht Menschen. Auch der Nationalsozialistische Untergrund (NSU) agierte zwischen 1998 und 2006 von Thüringen aus, mordete und bombte aber in westdeutschen Städten.

Heute, mehr als 60 Jahre nach Beginn der Einwanderung aus der Türkei scheint vieles besser. Viele ehemals Eingewanderte und ihre Kinder sind längst eingebürgert, also Deutsche. Allzu offenem Rassismus wird widersprochen. Im Bundestag wie in Landtagen wirken Abgeordnete mit einer Einwanderungsgeschichte aus der Türkei an der Gesetzgebung und der Verteilung der Steuermittel mit. Den Biontech-Gründer*innen Özlem Türeci und Uğur Şahin haben wir den Corona-Impfstoff zu verdanken. Und, nicht zu vergessen: Der Döner Kebab ist zum Nationalgericht der Deutschen geworden.

Allerdings dürfen diese erfreulichen Entwicklungen nicht darüber hinwegtäuschen: Jeder Schritt auf dem Weg zu Emanzipation und rechtlicher Gleichstellung wurde mühsam erkämpft – der gleiche Lohn für gleiche Arbeit, das Recht auf Bildung, auf freie Wahl des Wohnorts, das Recht auf Geschäftsgründungen, auf Einbürgerung, auf Ehegattennachzug, auf doppelte Staatsbürgerschaft ... Meist gegen langen und erbitterten Widerstand jener, die ihre Privilegien wahren wollen. Dieser Kampf dauert an. Wie der Rassismus in seiner institutionellen, strukturellen und auch alltäglichen Form.

Eberhard Seidel

Zum Weiterlesen: Eberhard Seidel: „Döner: Eine türkisch-deutsche Kulturgeschichte“, März Verlag, Berlin 2022, 257 Seiten

V e r b a l n o t e

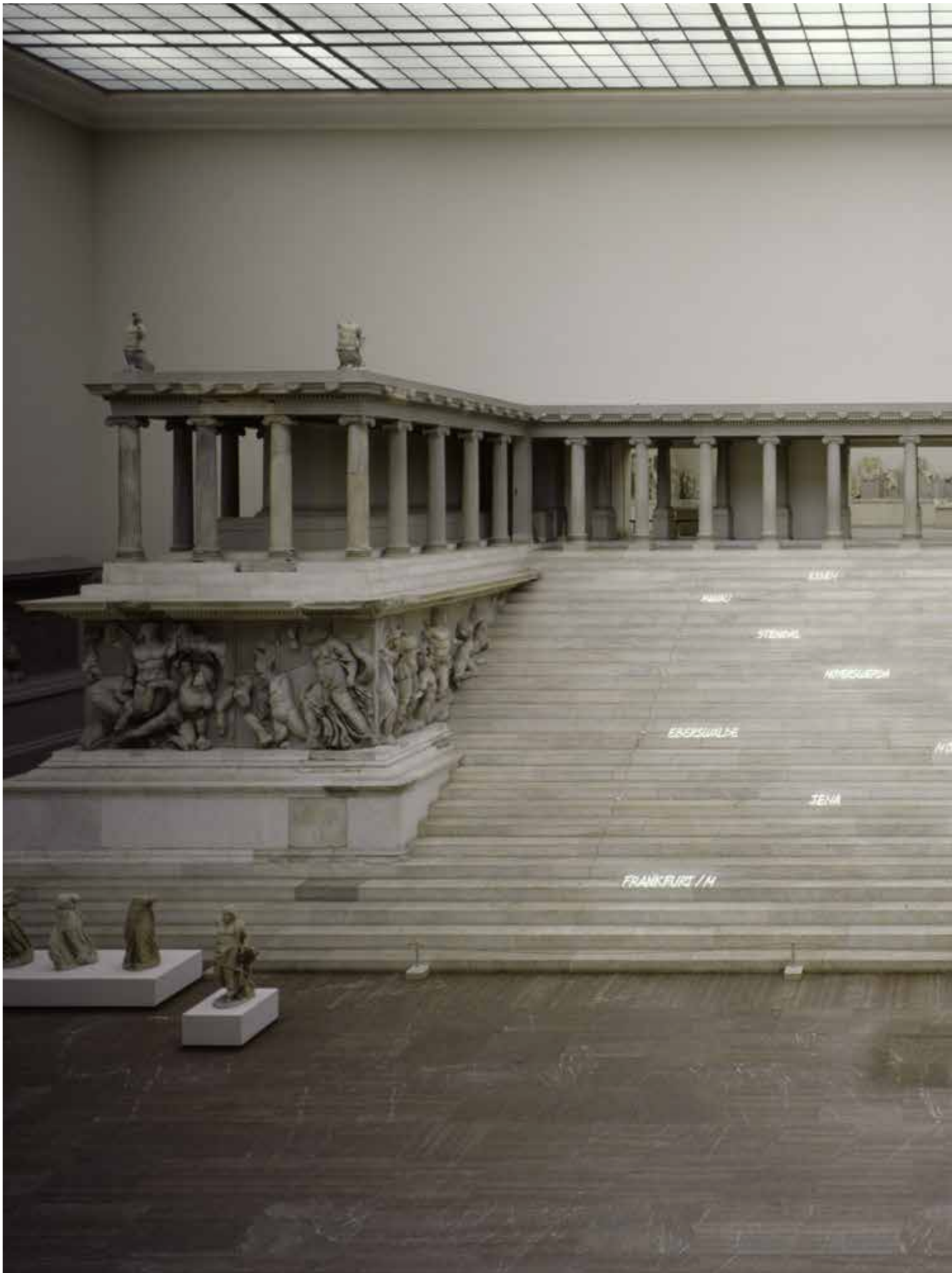
Das Auswärtige Amt beehrt sich, der Türkischen Botschaft unter Bezugnahme auf ihre Verbalnote Nr. 1045/155 vom 14. August 1961 über den Abschluss einer Vereinbarung über die Vermittlung von türkischen Arbeitnehmern nach der Bundesrepublik Deutschland folgendes mitzuteilen.



enden
1 Ar-
Grund-
tissun-
epublik
schlag,

Im Interesse einer geregelten Vermittlung türkischer Arbeitnehmer nach der Bundesrepublik Deutschland werden auf deutscher Seite die Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung (im folgenden Bundesanstalt genannt) und auf türkischer Seite die Türkische Anstalt für Arbeits- und Arbeitervermittlung (im folgenden Türkische Anstalt genannt) zusammenarbeiten und für die praktische Durchführung der Vermittlung ihre regionalen Dienststellen einsetzen. Sie werden sich bemühen, den Ablauf des Vermittlungsverfahrens im Rahmen dieser Vereinbarung zu verbessern und zu vereinfachen.

An die
Türkische Botschaft



„Eine Ästhetik zum Widerstand“. Installation des Künstlers Alfredo Jaar im Pergamon Museum, Berlin 1992.



Blinde Flecken antirassistischer Diskurse

Antirassistische Diskurse laufen Gefahr, in Schubladen zu denken und so Dichotomien fortzuschreiben. Welche Fallstricke sind damit verbunden und wie könnten diese überwunden werden?

Es gibt so einen Hang zum Einsortieren: „Die Migrant*innen“, „die Flüchtlinge“, „die Schwarzen“, „die Frauen“ – all das sind Kollektividentitäten, im Guten wie im Schlechten. Als Fremdzuschreibung, mit Vorurteilen versehen, führen sie zu den berühmten -ismen und -feindlichkeiten. Als Selbstzuschreibung sind sie im Sinne einer progressiven Identitätspolitik ein Mittel, um bestehende Machtverhältnisse zu beschreiben, politische Handlungsmacht zu erlangen und sich gegen Diskriminierung zur Wehr zu setzen. So weit, so gut.

Allerdings verharren die antirassistischen Diskurse der zurückliegenden Jahre allzu oft in Dichotomien: „Weiße Mehrheitsgesellschaft“ und „People of Color“, „Dominanzkultur“ und „Marginalisierte“, „Biodeutsche“ und „von Rassismus Betroffene“. Viele Begriffe wurden außerdem eins zu eins aus dem US-amerikanischen Kontext übernommen – etwa BIPOC, also Black Indigenous People of Color –, ohne die Besonderheiten der US-amerikanischen Geschichte des Rassismus von der deutschen Geschichte abzugrenzen. Das führt nicht

selten zu blinden Flecken und Kurzschlüssen wie „Es gibt keinen Rassismus gegen Weiße“, was zum Beispiel den antislawischen Rassismus einfach unter den Tisch fallen lässt und geschichtsblind ist.

Ein weiteres Problem des antirassistischen Diskurses ist, dass er Antisemitismus häufig ausblendet, ihn zu einer bloßen Unterkategorie des Rassismus erklärt, was seiner spezifischen Funktionsweise und Geschichte nicht gerecht wird. Oder die ganze Sache sogar umdreht, die Juden zu „Weißen“ erklärt, zu Kolonialherren, zu „White Supremacists“ in Bezug auf Israel. Überdies nehmen antirassistische Diskurse häufig nur den Rassismus, der von einer weißen (deutschen) Mehrheitsgesellschaft ausgeht, in den Blick.

Rassismen und Feindlichkeiten unter Eingewanderten und ihren Nachkommen hingegen kommen kaum vor – weil es auch unter ihnen Mehrheitsverhältnisse gibt und auch dort Mehrheiten den Diskurs dominieren. Diese sehen sich in erster Linie als Opfer des Rassismus der weißen Mehrheitsgesellschaft. Sich auch mit eigenen internalisierten Feindlichkeiten und Rassismen zu beschäftigen, ist unangenehm und mühselig. Außerdem taucht schnell der Vorwurf der „Spaltung“ auf: „Für einen deutschen Nazi sind wir sowieso alle gleich“, heißt es oft. Die Angst geht um, Ressentiments gegenüber Menschen mit Migrationshintergründen nur zu bestätigen und zu verstärken, wenn Missstände in der Bevölkerung mit Migrationsgeschichte thematisiert würden. „Es gibt doch ohnehin so viel antimuslimischen Rassismus“, heißt es zum Beispiel, wenn von Islamismus die Rede ist. Zuweilen wird das Sprechen über Islamismus sogar zur Islamfeindlichkeit erklärt.

Dabei legt man Feindlichkeiten und Rassismen mit der Migration nicht einfach ab. Sie werden oft von Generation zu Generation weitergegeben. So kommt es auch auf deutschen Schulhöfen zu antikurdischen Ausfällen vonseiten türkischstämmiger Mitschüler*innen. Der deutschen Gesellschaft, den Pädagog*innen an Schulen fehlt oft das nötige Wissen über die Geschichte und Ausformungen dieses Rassismus. Sie können nicht damit umgehen, ihn manchmal nicht einmal als solchen erkennen.

Eine Einwanderungsgesellschaft besteht jedoch nicht aus einer „einheimischen“ sowie einer durch eigene oder vermittelte Migrationserfahrung geprägten Ge-

sellschaft, sondern aus vielfältigen Zugehörigkeiten und Verflechtungen. Es ist also kompliziert – auch, was eigene Identitätskonzeptionen und Bezüge zum Herkunftsland der Eltern oder Großeltern betrifft. Ein paar plakative Beispiele: Während Duygu jedes Jahr ihren Urlaub an der türkischen Mittelmeerküste verbringt, hat Deniz das Land seiner Großeltern noch nie gesehen, identifiziert sich als Deutscher und spricht nicht einmal die Sprache seiner Eltern. Während Dilan die Türkei aufgrund ihres eigenen politischen Engagements nicht mehr betreten kann, aus einer Familie von kurdischen Aktivisten stammt, die zum Teil in türkischen Gefängnissen saßen und gefoltert wurden, ist Serkan ein Anhänger der rechtsextremen Grauen Wölfe und schikanierte schon in der Schule seine kurdischen Mitschüler*innen. Während Ahmet im Vorstand einer DITIB-Moschee ist, Erdoğan wählt und aus einer sunnitischen Familie stammt, ist Seda Atheistin und türkische Nationalistin. Und es ist natürlich noch viel komplizierter als es dieser kurze Text hier fassen kann.

Was ist daraus zu schließen? Rassismus ist auch dann Rassismus, wenn er von einer nicht-weißen Person ausgeht. Und er ist nicht marginal. Die Grauen Wölfe zum Beispiel sind die anhängerstärkste rechtsextreme Gruppierung in Deutschland. Ein konsequenter Antirassismus ist nicht selektiv. Er nimmt globale Verstrickungen mit in den Blick, lässt den Eurozentrismus hinter sich. Er interessiert sich für die Feindlichkeiten und Rassismen sowie ihre Hintergründe auch in der Bevölkerung mit Migrationsgeschichte – und das weder im Sinne eines Kulturrelativismus, noch an Identität und Herkunft geknüpft.

Das heißt: Auch wenn ich weder türkisch noch kurdisch bin, geht mich antikurdischer Rassismus etwas an. Er ist nicht eine Art inner(post)migrantische Familienangelegenheit. Die Antwort in einer pluralistischen Gesellschaft könnte ein konsequenter Universalismus sein – der über Zugehörigkeiten nicht hinwegsieht, sondern sie miteinbezieht.

Ronya Othmann

Der Text ist eine gekürzte Fassung. Das Original ist in dem Internetdossier „Zugehörigkeit und Zusammenhalt in der Migrationsgesellschaft“ bei der Bundeszentrale für politische Bildung erschienen.

© picture-alliance, David Karp



الوقت طود السرف

وقانولم حتى لاكونه قسم

الجبهة الإسلامية

انتمو الله وكونوا مع الصادق

انتمو الله بصركم

رسمه ١٤١٤هـ

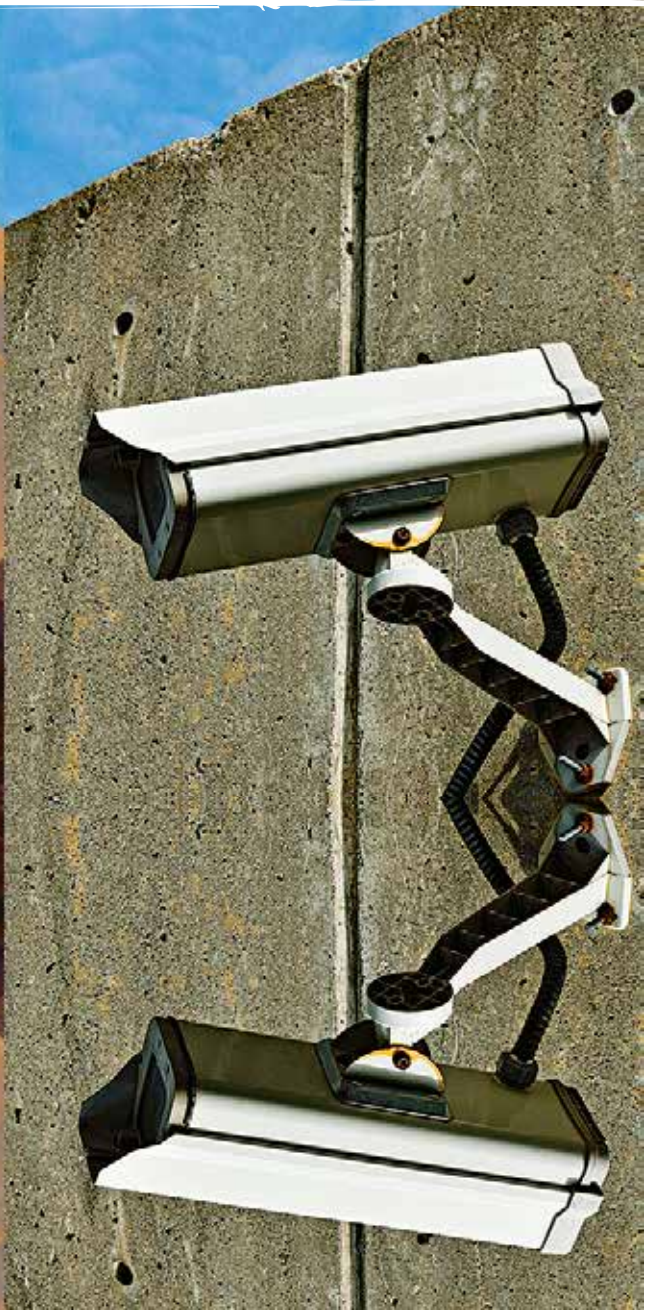
اطلعوا على الجبهة الإسلامية في كل صحيفة اسلامية
رواسي جلالكم انما جاري درسي برلمان كرامته انيس حرمين طودان
سما طرد خصوص

نور (٤٦)

Berlin
den 14 November 1916

EL DSCHIHAD
Zeitung für die muhammedanischen Kriegsgefangenen

Nr 46
Türkötanische Ausgabe



Rassismus gegenüber Muslim*innen

*Die Abwertung von Muslim*innen ist erst seit etwa 20 Jahren im Fokus. Für sie gibt es eine Reihe Begriffe, die nicht alle das gleiche meinen: Islamfeindlichkeit, Muslim*innenfeindlichkeit, antimuslimischer Rassismus. Unabhängig davon gilt: Rund jede*r Fünfte in Deutschland, in Ostdeutschland sogar jede*r Vierte, vertritt feindliche Einstellungen gegenüber Muslim*innen.*

Vorurteile gegenüber Muslim*innen sind in Deutschland weit verbreitet. Heute wissen wir das, weil wissenschaftliche Erhebungen auf muslim*innenfeindliche Einstellungen fokussieren und diese erforschen. Sozialwissenschaftliche Untersuchungen wie die regelmäßigen „Mitte“-Studien der Friedrich-Ebert-Stiftung messen Muslim*innenfeindlichkeit als eine Facette Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit – neben anderen wie zum Beispiel die Abwertung von Trans* Menschen, Menschen mit Behinderung oder Asylsuchenden.

Das war nicht immer so. Der Grund dafür, dass Muslim*innenfeindlichkeit erst seit etwa 20 Jahren erforscht wird, ist nicht, dass Muslim*innen zuvor nicht mit Vorurteilen und Abwertungen konfrontiert waren. Erst in jüngerer Zeit werden Muslim*innen explizit als solche kategorisiert – statt als „Gastarbeiter*innen“, Türk*innen, Ausländer*innen oder schlicht als „Fremde“. Lange Zeit lief Muslim*innenfeindlichkeit unter dem Begriff „Xenophobie“ mit – *xénos* bedeutet „fremd“ / „Fremder“ und *phobía* bedeutet „Furcht“ / „Schrecken“. Doch warum wurden Muslim*innen zuvor nicht als Muslim*innen adressiert? Dies liegt daran, dass andere Kategorisierungen – etwa entlang der Staatsangehörigkeit – im medialen und wissenschaftlichen Diskurs präsenter waren als die Religionszugehörigkeit.

Um dies zu verstehen, sollten wir zunächst auf die 1950er- und 1960er-Jahre schauen. In dieser Zeit schloss die Bundesrepublik Deutschland zahlreiche sogenannte Anwerbeabkommen mit Staaten wie Italien, Griechenland und Spanien, später auch mit muslimisch geprägten Ländern wie der Türkei (1961), Marokko (1963) und Tunesien (1965). Ihr Ziel war, dem Arbeits-

kräftemangel im Wirtschaftswunder der Nachkriegszeit zu begegnen. Da politisch nie geplant war, dass sie dauerhaft bleiben würden, wurden die so nach Deutschland migrierenden Menschen Gastarbeiter*innen genannt; der öffentliche Diskurs folgte der Bezeichnung. Außerdem waren die Herkunftsstaaten präsent, sodass zum Beispiel von Türk*innen oder Italiener*innen die Rede war. Da sie nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besaßen, wurden sie oft als Ausländer*innen bezeichnet, auch wenn natürlich nicht alle Ausländer*innen in Deutschland sogenannte Gastarbeiter*innen waren. Schon hier werden Unschärfen in den Begrifflichkeiten deutlich.

Als mehr Arbeitsmigrant*innen längerfristig in Deutschland blieben, später auch die deutsche Staatsangehörigkeit verliehen bekamen, und verschiedene Akteur*innen den Begriff „Gastarbeiter*innen“ ablehnten – Teile der Wirtschaft etwa mit Blick auf ein Interesse an beständigen Arbeitsverhältnissen –, waren die zuvor verwandten Begriffe nur noch begrenzt geeignet. In den 1990er-Jahren, spätestens jedoch mit den Terror-Anschlägen in den USA am 11. September 2001, wurden Ausländer*innen, „Gastarbeiter*innen“, Türk*innen, Marokkaner*innen und Tunesier*innen immer häufiger als homogen vorgestellte Gruppe der „Muslim*innen“ zusammengefasst. Die Grenzziehung der Dominanzgesellschaft zwischen „Wir“ und „die Anderen“ – auch Othering genannt –, wurde vermehrt entlang der Religionszugehörigkeit vorgenommen. Heute führt dies oft zu einer Vermischung von Muslim*innen und Migrant*innen – sozusagen einer „Migrantisierung von Muslim*innen“ und einer „Islamisierung von Migrant*innen“, wie es die Islamwissenschaftlerin Riem Spielhaus formuliert. Dass wir das Konzept

Muslim*innenfeindlichkeit – insbesondere in der Wissenschaft – also erst seit gut 20 Jahren kennen, liegt an der verschobenen Differenzlinie: von einem Fokus auf temporäre Arbeitsmigration und Staatsangehörigkeit hin zu einem Fokus auf Religionszugehörigkeit.

Seitdem wurden viele Begriffe rund um Vorurteile gegenüber und Diskriminierung von Muslim*innen in den Diskurs eingebracht. Einer ist Islamophobie – ein Terminus, den die meisten Menschen sicher schon einmal gehört haben, der aber mittlerweile im deutschsprachigen Raum aufgrund seines pathologisierenden Potenzials („Phobie“) eher abgelehnt wird. Auch finden wir Begriffe wie Islamfeindlichkeit, Antimuslimismus, Muslim*innenfeindschaft oder antimuslimischen Rassismus. Was wäre also nun aus wissenschaftlicher Sicht ein geeigneter Begriff beziehungsweise ein adäquates Konzept? Wir können dreierlei geeignete Ansätze unterscheiden:

1. Muslim*innenfeindlichkeit bezieht sich auf Vorurteile und feindliche Einstellungen gegenüber Muslim*innen und ist ein passendes Konzept sowie ein etablierter Begriff. Weniger etablierte Begriffe wie Antimuslimismus oder Muslim*innenfeindschaft meinen dasselbe und sind durch den Begriff Muslim*innenfeindlichkeit abgedeckt.

2. Islamfeindlichkeit stellt eine Alternative zu dem stark kritisierten Islamophobie-Begriff dar. Unglücklicherweise wird Islamfeindlichkeit oft synonym mit Muslim*innenfeindlichkeit verwendet. Das ist problematisch, denn Studien haben gezeigt, dass es empirisch einen Unterschied gibt zwischen Vorurteilen gegenüber Menschen – also Muslim*innen – und Vorurteilen gegenüber einer Religion, also dem Islam. Islamfeindlichkeit bezieht sich folglich explizit auf Vorurteile und feindliche Einstellungen gegenüber der Religion.

3. Antimuslimischer Rassismus geht auf die rassistuskritische Forschung und die postkoloniale Theorie zurück. Das ist ein Unterschied zu Islam- und Muslim*innenfeindlichkeit, die in der Tradition der Vorurteilsforschung stehen. Das Konzept des antimuslimischen Rassismus geht davon aus, dass Muslim*innen in Deutschland eine Gruppe sind, die von (Kultur-)Rassismus betroffen ist. Das zeigt, dass dem Begriff „Rassismus“ heute kein streng biologistisches Verständnis mehr zugrunde liegt. In Zusammenhang

mit antimuslimischem Rassismus sprechen wir von Neo- oder Kulturrassismus – oder auch einem „Rassismus ohne ‚Rassen‘“, wie es der britische Rassismus-Vordenker Stuart Hall 1989 nannte. Letztlich geht es in der Rassismusforschung darum, das Zusammenleben von Dominanzgesellschaft und marginalisierten Gruppen zu untersuchen: Welche Machtverteilungen gibt es? Wie werden hierarchische Verhältnisse legitimiert? Wer hat Zugang zu ökonomischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Ressourcen? Anders als Islam- und Muslim*innenfeindlichkeit, die sich lediglich auf Vorurteile und Einstellungen beziehen, bezieht sich das Konzept des antimuslimischen Rassismus auf gesellschaftliche Strukturen und schließt damit zum Beispiel auch Diskriminierung mit ein.

Es sollte deutlich geworden sein, dass es in den zurückliegenden Jahrzehnten zu einer Spezifizierung von Muslim*innenfeindlichkeit gekommen ist, und wie sich Konzepte im Kontext von muslim*innenbezogenen Vorurteilen, Diskriminierung und Rassismus voneinander unterscheiden.

Wie aber sieht es mit der Verbreitung von Vorurteilen, Diskriminierung, Rassismus und Gewalt gegenüber Muslim*innen in Deutschland aus? Laut der Mitte-Studie („Verlorene Mitte. Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19“, Friedrich-Ebert-Stiftung) vertritt ein Fünftel der Bevölkerung muslim*innenfeindliche Einstellungen. Diese Menschen sind zum Beispiel der Ansicht, dass Muslim*innen die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden sollte. In Ostdeutschland ist diese Haltung dabei deutlich öfter anzutreffen als in Westdeutschland: Dort stimmt mehr als jede*r Vierte muslim*innenfeindlichen Aussagen zu. Andere Forschungsergebnisse zeigen: Islamfeindliche Einstellungen fallen oft sogar noch stärker aus als muslim*innenfeindliche. Auch finden beide sich schon bei jungen Menschen, wie die Studie „Islamfeindlichkeit im Jugendalter“ von Lamya Kaddor und Kolleginnen zeigt – insbesondere, wenn es um Narrative im Zusammenhang mit Segregation, also sogenannte Parallelgesellschaften, Integrationsforderungen und Zugehörigkeiten und Unterdrückung, also patriarchale Männerbilder, Geschlecht und Gewalt geht.

Dass Stereotype und Vorurteile auf struktureller Ebene Wirkung zeigen, wird deutlich, wenn wir uns die

Diskriminierung von Muslim*innen auf dem Arbeitsmarkt anschauen. Hierzu wurden experimentelle Studien, sogenannte Korrespondenztests, durchgeführt, die das Antwortverhalten auf Bewerbungen messen. Muslimische Frauen mit Kopftuch werden – selbstverständlich bei gleicher Qualifikation – seltener zum Vorstellungsgespräch eingeladen als deutsch gelesene Frauen und auch als türkisch gelesene Frauen ohne Kopftuch. Sie müssen deutlich mehr Bewerbungen schreiben als Frauen ohne Kopftuch mit deutsch oder türkisch klingendem Namen, um zu einem Vorstellungsgespräch eingeladen zu werden. Ein Blick auf das Bildungssystem zeigt außerdem, dass Kinder und Jugendliche mit türkisch klingenden Namen bereits in der Schule schlechter bewertet werden – und das bei exakt gleicher Leistung! Neben Diskriminierungen auf dem Arbeitsmarkt und im Bildungssystem berichten Muslim*innen von Diskriminierungserfahrungen in der Öffentlichkeit beziehungsweise Freizeit, in Geschäften und im Rahmen von Dienstleistungen, in Ämtern, Behörden und der Politik sowie durch die Medien und im Internet.

Neben institutioneller Diskriminierung erleben Muslim*innen in Deutschland auch körperliche Gewalt. Immer wieder finden sich Zeitungsartikel über rassistische Angriffe auf Muslim*innen – etwa körperliche Gewalt gegenüber kopftuchtragenden Frauen, die besonders sichtbar als Muslim*innen markiert sind. Auch Angriffe auf Moscheen werden in trauriger Regelmäßigkeit verzeichnet. Laut Zahlen aus dem Bundesinnenministerium sind für das Jahr 2021 besorgniserregende 662 Straftaten gegen Muslim*innen und Moscheen dokumentiert.

Zusammengefasst gilt: Islam- und Muslim*innenfeindlichkeit und antimuslimischer Rassismus sind auf allen Ebenen gesellschaftlichen Zusammenlebens in Deutschland weit verbreitet. Umso wichtiger ist die Sensibilisierung für derartige Phänomene und eine klare Benennung und Bekämpfung von Vorurteilen, Diskriminierung und Rassismus.

Isabell Diekmann

*Zum Weiterlesen: Isabell Diekmann: „Muslim*innen- und Islamfeindlichkeit. Zur differenzierten Betrachtung von Vorurteilen gegenüber Menschen und Religion“, Springer VS, Wiesbaden 2022, 322 Seiten*



Exit Racism

Tupoka Ogette

Das Buch basiert auf Workshops, in denen Tupoka Ogette Menschen Schritt für Schritt an ihre oft unbewussten rassistischen Stereotype heranführt. „Happyland“ nennt sie die Welt, in der Weiße leben, bevor sie sich mit Rassismus befassen – denn solange sie das nicht tun, können sie glauben, dass dieser nur das Problem der Anderen ist. Anschaulich, teils ergänzt durch QR-Codes, die zu Filmen führen, bricht die Antirassismustrainerin diesen Irrtum auf. Wer glaubt, er sei allein mit seinen ambivalenten Reaktionen und Unsicherheiten, findet Aufzeichnungen früherer Workshop-Teilnehmenden.

Unrast Verlag, Münster 2020, 136 Seiten



Antislawischer Rassismus

Rassismus gibt es auch gegen Menschen mit osteuropäischer oder slawischer Herkunft. Frauen sowie Geflüchtete, aus der Ukraine zum Beispiel, werden dabei oft doppelt diskriminiert. Ein – nicht nur – persönlicher Bericht der Journalistin Anastasia Tikhomirova.

Als meine Familie aus meiner Geburtsstadt mit großer russischsprachiger Gemeinde in ein bayerisches Dorf zog, wurden wir als „Russenmafiafamilie“ und ich an meiner neuen Schule als billige und leicht zu habende „Russenschlampe“ bezeichnet. Machte ich mich zurecht, zog aus der dörflichen Masse herausstechende Kleidung an oder schminkte mich, wurde ich als russische Barbie abgetan. „Russentusse“ nannten mich manche Mitschüler.

Als ich als Kellnerin jobbte, biederten sich männliche Kollegen in einer ekelhaft anzüglichen Weise an und machten sexualisierte Bemerkungen über mein Aussehen, die fast immer mit meiner Herkunft verbunden waren. Einer sagte, er fände russische Frauen am geilsten, weil sie große Brüste und einladende Lippen hätten, und warf mir anzügliche Blicke zu. Ich war 16, er doppelt so alt. Am Wochenende sah ich ihn in der Dorfdisko wieder, wo er anfang, mich zu belästigen. Ein anderer verfolgte mich ins Getränkelager, um mir zu eröffnen, dass er schon immer ein Date mit einer Russin haben wollte. Meine Chefin nannte mich „russische Schlampe“, als ihr etwas an meiner Arbeit missfiel. Ich kündigte, ohne Gründe dafür zu nennen. Damals schämte ich mich noch, solche Geschichten öffentlich zu machen.

Obwohl ich blond bin und weiße Haut habe, wurde ich immer wieder von der Mehrheitsgesellschaft als „fremd“ ausgemacht und ausgeschlossen; wegen meines Namens, eines russischen Akzents, der längst nur noch herbeifantasiert ist; sogar wegen meiner „slawischen Gesichtsform“. Ich wurde sexualisiert und mir die Intelligenz aberkannt. Bis heute wollen manche Männer, dass ich beim Sex Russisch mit ihnen spreche, oder begrüßen mich auf Partys mit „Privet, Suka, Blyat“ – was auf deutsch in etwa „Hallo, Schlampe, Hure“ bedeutet. Was soll man einer russischen Frau zur Begrüßung auch sonst entgegenschleudern als zwei sexistische Beleidigungen?

Weiß Menschen können keinen Rassismus erfahren, heißt es. Das verkennt die Realität von Osteuropäer:innen und/oder Slaw:innen. Sie erfahren Rassismus, nicht weil, sondern obwohl sie weiß sind. Für diese Form des Rassismus gibt es den Namen „Antislawischer“ oder „Antiosteuropäischer Rassismus“ – denn nicht alle Osteuropäer:innen sind Slaw:innen, auch wenn oft alle unter „Ostblock“ subsumiert werden.

Antislawismus gibt es schon sehr lange. Im 19. Jahrhundert galt Osteuropa als „Europa, aber nicht Europa“, als eine Art Zwischenwelt zwischen Orient und Okzident. Der „Osten“ wurde als barbarisch und rückständig betrachtet – und Slaw:innen als eigene Rasse konstruiert, deren „Weißsein“ zwar nicht infrage stand, die aber dennoch in zahlreichen Texten als minderwertig imaginiert wurden. In der Frankfurter Paulskirche, wo 1849 die erste demokratische deutsche Verfassung verabschiedet wurde, war von einer „Germanisierung der östlichen Gebiete“ und einer „Ausdehnung des Deutschen Ostens bis zum Schwarzen Meer“ die Rede. Die Begründung: eine „zivilisatorische Mission“.

Etwa zeitgleich reproduzierte Gustav Freytag in seinem Erfolgsroman „Soll und Haben“ rassistische Bilder von chaotischen und zu effektivem, ökonomischem Handeln unfähigen Pol:innen: „Es gibt keine Rasse, die so wenig das Zeug hat vorwärts zu kommen und sich durch Kapitalien Menschlichkeit und Bildung zu erwerben, als die slawische.“ Friedrich Engels bezeichnete das Slawentum als „Völkerabfall“.

Russland wurde in dem Diskurs sowohl als kulturell und zivilisatorisch rückständig wie auch als bedrohlicher Koloss und Führungsmacht der slawischen Welt wahrgenommen. Der letzte deutsche Kaiser Wilhelm II. erwartete bereits 1912 den Krieg zwischen der germanischen Führungsmacht Deutschland und Russland als „Rassekampf der Germanen gegen die übermütig gewordenen Slawen“.

In der Zeit des Nationalsozialismus radikalisierte sich der antislawische Rassismus in zuvor ungeahnte Dimensionen. Der Überfall auf Polen war unter anderem kolonialrassistisch begründet. Der durch die Operation Barbarossa eingeleitete Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion hatte ab dem 22. Juni 1941 den kolonialistischen Generalplan Ost zum Ziel. Neben der Vernichtung der Juden:Jüdinnen sollte „Lebensraum“ erobert und „slawische Untermenschen“ vertrieben, versklavt oder ermordet werden. Außerdem kursierten antisemitische Feindbilder von „Jüdischen Bolschewisten“ und „Ostjuden“ sowie antiziganistische Ressentiments gegen Sinti und Roma aus dem östlichen Europa.

Für Adolf Hitler waren Slaw:innen nicht zu einem eigenen Leben bestimmt. „Die Slawen sollen für uns arbeiten. Soweit wir sie nicht brauchen, mögen sie sterben“,

erklärte er 1941 gegenüber seinem Reichsminister Martin Bormann, und: „Die slawische Fruchtbarkeit ist unerwünscht. Sie mögen Präservative benutzen oder abtreiben, je mehr, desto besser. Jeder Gebildete ist ein künftiger Feind.“

Der Backe-Plan, benannt nach dem Staatssekretär im Reichslandwirtschaftsministerium, sah vor, in den besetzten Gebieten produzierte Lebensmittel an die Wehrmachtstruppen und ins Deutsche Reich zu liefern. Millionen Hungertote wurden bewusst einkalkuliert. Etwa sieben Millionen Sowjetbürger:innen starben an Unterernährung. Bei der Blockade Leningrads sollten „überflüssige Esser“ für die deutsche Besiedlung Platz machen – über eine Million Menschen starben zwischen September 1941 und Januar 1944. Neben den Einwohner:innen abgeriegelter Großstädte wurden vor allem Menschen Opfer der Hungerplanungen, die aufgrund ihrer „rassischen Wertigkeit“ oder kriegswirtschaftlicher Nützlichkeitsabwägungen am unteren Ende der Ernährungshierarchie standen: Kriegsgefangene, Juden, Behinderte und Psychiatriepatient:innen.

Rund drei Millionen Ostarbeiter:innen wurden ins Deutsche Reich deportiert; viele mussten Zwangsarbeit verrichten. Von fünf Millionen sowjetischen Soldat:innen in deutscher Kriegsgefangenschaft starben 3,3 Millionen an Krankheiten, unmenschlichen Lebensbedingungen oder wurden ermordet. Unter anderen Nationalitäten lag die Todesrate im einstelligen Prozentbereich. Insgesamt starben 27 Millionen sowjetische Bürger:innen während des Zweiten Weltkriegs, mehr als die Hälfte davon Zivilist:innen.

Nach 1945 wurde der antislawische Rassismus so gut wie nicht aufgearbeitet. Noch heute sehen sich Menschen mit Migrationsgeschichte aus der ehemaligen Sowjetunion und anderen osteuropäischen Ländern mit Vorurteilen und Diskriminierungen konfrontiert. Die Bandbreite reicht von Witzen über „slawische Sugar Babes und Prostituierte“ und „klauende Polen“ bis zu Ausbeutung und Benachteiligung: als billige Arbeitskräfte auf dem Spargel- oder Erdbeerfeld, in der 24-Stunden-Pflege, im Altenheim, auf dem Bau oder in der Prostitution, bei der Wohnungs- oder Jobsuche.

Auch rassistische Gewalt richtet sich gegen Slaw:innen und Osteuropäer:innen: Viktor Filimonov, Waldemar Ickert, Aleksander Schleicher, Kajrat Batesov, Andrzej

Frątczak, Ireneusz Szyderski, Jan Wnenczak, Piotr Kania, Boris Morawek, Arthur Lampel, Oleg Valger, Konstantin M., Hamza Kurtović und Kaloyan Velkov – sie alle wurden seit 1990 Opfer rechtsextremer Morde mit rassistischem Motiv, die Aufzählung hat keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Bei einem rechtsextremen Sprengstoffanschlag auf einen von postsowjetischen, teils jüdischen Migrant:innen belegten Sprachkurs in Düsseldorf im Jahr 2000 wurden zehn von ihnen verletzt, eine Frau verlor ihr ungeborenes Kind.

Seit dem russischen Krieg sind Ukrainer:innen eine besonders vulnerable Gruppe. Gewalt gegen sie wird zusätzlich durch russische Propaganda gefördert. Auch einige deutsche Politiker hetzen gegen ukrainische Geflüchtete und bezeichnen sie als „Sozialtouristen“. Es häufen sich rassistische Vorfälle. In Thüringen versuchten mutmaßlich Rechtsextreme im Oktober 2022, ein Geflüchtetenheim in Brand zu stecken. In Leipzig und Dresden wurden Ukrainer:innen angepöbelt, als Nazis beleidigt und ihnen gar mit dem Tode gedroht. Auf mehreren pro-russischen und rechten Demonstrationen wurden ukrainische Gegendemonstrant:innen verbal attackiert und geschubst.

Frauen aus der Ukraine sind doppelt verwundbar. Sie werden nicht nur fetischisiert. Sie erleiden auch als Geflüchtete sexuelle Belästigung oder fallen sogar Menschenhändlern in die Hände. Vereinzelt gab es bestätigte Missbrauchsfälle. Hierbei zeigt sich deutlich die Verschränkung von antislawischem Rassismus und Sexismus.

So unterschiedlich die Sprachen und Kulturen der osteuropäischen Menschen, so ähnlich ist der Rassismus, der ihnen entgegenschlägt. Früher habe ich plumpe Stereotypisierungen und rassistische „Komplimente“ noch wegzulachen versucht – peinlich berührt und bemüht, nicht unhöflich zu sein, weil das auf meine Community zurückfallen könnte. Mittlerweile bleibt mir dieses Lachen im Halse stecken. Ich habe keine Lust mehr, deutsche Egos zu streicheln. Ich weise Menschen, die mir mit rassistischen Klischees über Slaw:innen – in meinem Fall Russ:innen – begegnen, darauf hin, dass ihr Verhalten deplatziert und diskriminierend ist.

Das fällt mir leichter, seit ich einen Namen dafür habe, was mir und so vielen anderen widerfährt: Antislawismus. Dieser differenziert nicht zwischen Ukrainer:in-

nen, Russ:innen und anderen slawischen Völkern, sondern homogenisiert sie zu einer einheitlichen Masse. Um als Gesellschaft Opfer unterstützen zu können, müssen wir diese Diskriminierungsform als das erkennen, was sie ist: Rassismus. Osteuropäer:innen sind keine privilegierten Models oder Wodka trinkende Mafiabosse. Sondern oft hart schuftende, prekarierte und herabgewürdigte Menschen, die in Deutschland um ihre Existenz kämpfen. Viele müssen aufgrund ihrer Herkunft, ihres sozialen Status oder auch ihres Geschlechts tagtäglich struktureller Benachteiligung und persönlichen Feindseligkeiten standhalten.

Während pauschalisierende Witze bei anderen Formen von Rassismus längst zu Recht verpönt sind, produzierte das Satireformat Browser Ballett 2022 gleich zwei vor Klischees über osteuropäische Menschen nur so strotzende Videos. Eins zeigt den Berliner Dieter Krawuttke, der deutschen Politiker:innen beibringen soll, wie man richtig mit Wladimir Putin redet: Im Adidas-Anzug und zu Hardbass-Musik, Wodka trinkend, in primitiver Sprache. Anders würden das die Russen nicht verstehen. Das zweite Video thematisiert die vermeintliche Besserbehandlung ukrainischer – also weißer – Geflüchteter. Gezeigt wird eine Ukrainerin im Pelzmantel, die ihre Flüchtlingsunterkunft jedes Mal verlassen kann, wenn sie keine Lust hat, dort zu bleiben. Was für ein Zynismus, angesichts des Leids, der Armut und der Hypersexualisierung dieser Frauen!

Migrant:innen und Menschen mit osteuropäischem Migrationshintergrund, die auf die rassistische Dimension dieser Witze und Klischees hinweisen, werden selten ernst genommen. Es gibt kaum Räume, in denen sie über ihre Diskriminierungserfahrungen sprechen können, ohne belächelt oder gar beschuldigt zu werden. Sogar in Antidiskriminierungsstellen finden sie kaum Gehör. Es braucht mehr Sensibilität, auch in Schulbüchern, mehr Forschung, mehr Meldestellen. Es braucht eine gesellschaftliche Auseinandersetzung mit einem Rassismus, der die größte Migrant:innengruppe in Deutschland trifft.

Anastasia Tikhomirova

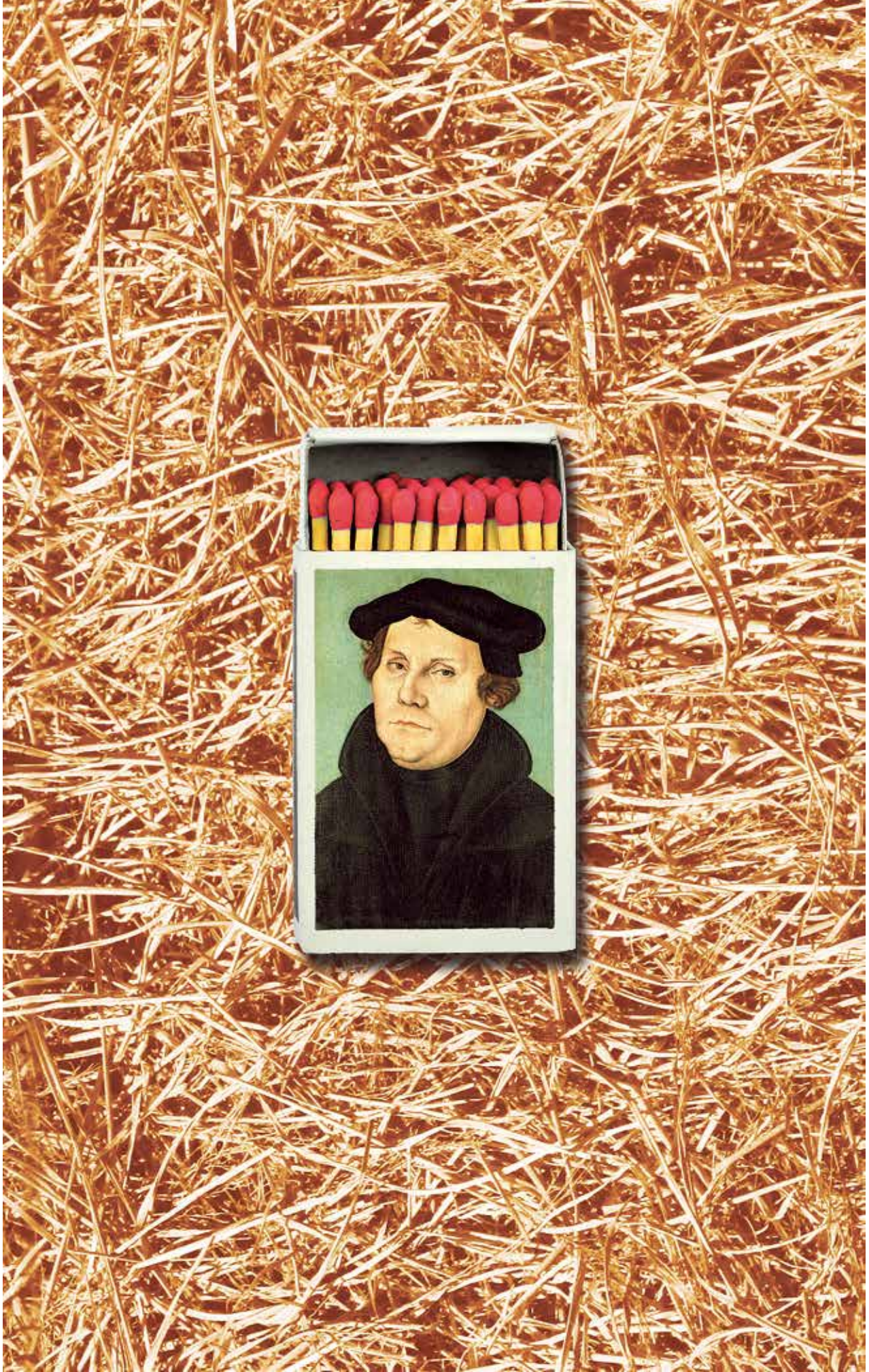


Klimarassismus

Matthias Quent, Christoph Richter, Axel Salheiser

Ohne fossile Brennstoffe wäre das Wirtschaftswunder ausgefallen. Und damit ein Wunder, das auf Kosten der Menschen im globalen Süden stattfand – die heute am meisten unter dem Klimawandel leiden. Das Buch beschreibt, wie sehr der Klimawandel auch eine Geschichte des Kapitalismus ist, und führt damit die Ungleichheitsdimension in eine aktuelle Debatte ein. Und es macht deutlich, wie, von Brasilien über die USA bis nach Deutschland, unter Rechten und Rechtsextremen menschenfeindliche Ideologien und die Leugnung des Klimawandels Hand in Hand gehen.

Piper Verlag, München 2022, 288 Seiten



Antisemitismus

Ist Antisemitismus ein Rassismus, der sich gegen Jüdinnen und Juden richtet? Nein, er ist ein eigenständiges Phänomen, zu dessen Besonderheiten gehört, dass er häufig mit einem System der Weltverschwörung verknüpft wird. Doch es gibt rassistischen Antisemitismus. Auch die Shoah basierte auf einer rassistischen Einteilung von Menschen.

Was haben Antisemitismus und Rassismus miteinander zu tun? Zunächst einmal sind beides „Containerbegriffe“, die nicht eindeutig definiert werden können und unterschiedliche Assoziationen auslösen. Zugleich beschreiben oder benennen beide Begriffe die Phänomene, auf die sie sich beziehen, eigentlich gar nicht.

Und wie steht es mit dem Rassismus? Die Ursprünge des Wortes liegen im Dunkeln. Es ist nicht einmal ganz sicher, aus welchem Sprachkreis es stammt. Zuerst tauchte der Begriff wohl gegen Ende des Mittelalters in Spanien auf. In den muslimisch beherrschten Gebieten der Iberischen Halbinsel hatten auch Jüdinnen und Juden sowie Christ*innen gelebt – zwar nicht ganz gleichberechtigt mit den Muslim*innen, aber doch als akzeptierte Bewohner*innen des Landes. Als sich die christlichen Herrscher an die „Rückeroberung“ – die „Reconquista“ – machten, endete dieses Zusammenleben. Zunehmend radikaler wurde von den Nichtchrist*innen verlangt, sie sollten konvertieren; zugleich misstraute man den „Neuchristen“ und ihren Nachkommen.

Im 15. Jahrhundert entstand so ein Rechtssystem, das eine systematische Ungleichheit auf Grundlage der ethnisch-religiösen Herkunft und Abstammung schuf: Die Gesetze über die „Reinheit des Blutes“ (span.: *Limpieza de sangre*). Im Kontext dieser Unterscheidung nach Herkunft entstand seit dem Mittelalter der seltsame Begriff „Rasse“. Es ist bezeichnend, dass dies nicht im Kontext des späteren europäischen Kolonialismus geschah, sondern in einem Moment, in dem Europa sich systematisch gegen (frühere) Juden und Muslime, Jüdinnen und Muslima wandte.

Rassismus, so kann man schon an diesen frühen Vorformen feststellen, bedeutet im Kern die Unterscheidung von Menschengruppen nach Abstammung. Das Ziel: Die Eigengruppe durch die Abwertung von

Fremdgruppen aufzuwerten, und so Diskriminierung, Entrechtung, Ausbeutung und auch Gewalt zu rechtfertigen.

Antisemitismus ist nicht einfach eine Spielart des Rassismus, sozusagen Rassismus, der sich gegen Jüdinnen und Juden richtet. In jüngerer Diskussion wird die Judenfeindschaft entschieden vom Rassismus abgegrenzt. Rassismus sei immer der Blick von oben nach unten, die mit Macht durchgesetzte Abwertung einer strukturell niedrigeren Sozialgruppe zugunsten einer höhergestellten. In der Fantasie der Antisemit*innen seien die „Juden“ aber gerade nicht eine minderwertige, niedrigere Gruppe, sondern mit geheimnisvoller und beängstigender Macht ausgestattet.

Es ist zweifellos richtig, dass Rassismus und Antisemitismus nicht ineinander aufgehen – schon weil die Judenfeindschaft sehr viel ältere und tiefere Wurzeln hat als der moderne Rassismus. Aber die Trennung, die neuerdings gezogen wird, ist meines Erachtens allzu schroff und bildet die Wirklichkeit nicht immer gut ab.

Denn auch Rassismus kann sich durchaus gegen Herkunftsgemeinschaften richten, die sozial einen höheren Status haben oder sich auf gleichem Niveau befinden; ein Beispiel ist der abwertende Blick, den Gruppen, die aus der Türkei stammen, teils aufeinander richten. Was den Antisemitismus betrifft, so gibt es neben der Horrorvision eines allmächtigen Weltjudentums auch den verächtlichen, sozial abwertenden Blick auf arme und schwache Jüdinnen und Juden. Dieser trat zum Beispiel in der deutschen „Ostjuden“-Debatte nach dem Ersten Weltkrieg auf. Beide Perspektiven schließen sich nicht aus; man kann „die Juden“ gleichzeitig als minderwertig betrachten und zur gefährlichen Machtelite überhöhen. Und beim „Rassen-Antisemitismus“, wie er sich vor allem in Deutschland vom letzten Drittel des 19. bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts breitmachte, geht

es genau darum, eine „jüdische Rasse“ zu konstruieren und abzuwerten. So war gerade die nationalsozialistische Judenverfolgung, die im millionenfachen Massenmord, der Shoah, mündete, rassistisch begründet.

Es gibt noch einen Grund, warum Rassismus und Antisemitismus nicht zu schroff voneinander getrennt werden sollten: In der Wirklichkeit treten beide Phänomene oft gemeinsam auf. Empirische Studien zeigen eine hohe statistische Wahrscheinlichkeit, dass Menschen, die judenfeindliche Einstellungen teilen, auch rassistischen Aussagen zustimmen (wie überhaupt die einzelnen Phänomene Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit stark miteinander korrelieren). Dieses Zusammentreffen von Rassismus und Antisemitismus begegnet uns in der Realität sehr oft. Das spektakulärste Beispiel dürfte der Rechtsterrorist Stephan Balliet sein, der ein geplantes Massaker an jüdischen Beter*innen der Synagoge in Halle 2019 nicht ausführen konnte und sich entschied, stattdessen einen Döner-Imbiss anzugreifen, wo er einen Gast erschoss (siehe Artikel aus der q.rage S. 63).

Zum besonderen Charakter des Antisemitismus gegenüber anderen Formen der Abwertung, Menschenfeindlichkeit oder Diskriminierung gehört: Judenfeindschaft kann sich zu einem umfassenden System der Weltdeutung entwickeln, zu einer bestimmten Wahrnehmung des Judentums. Ein solches ist heute der charakteristische Ausdruck von Antisemitismus: Eingebettet in Erzählungen, Fantasien und Gerüchte über weltumspannende Verschwörungen werden gesellschaftliche Fehlentwicklungen manchmal unbewusst, allzu häufig, aber auch ganz offen „den Juden“ angelastet.

Antisemitismus richtet sich zuerst tatsächlich gegen Menschen, die Jüdinnen und Juden sind oder als solche wahrgenommen werden – er betrifft sie am stärksten, schränkt sie real ein, zieht Gewalttaten nach sich und wirkt sich häufig lebensbedrohlich aus. Aber es wäre falsch, Antisemitismus auf Feindschaft „gegen Juden als Juden“ zu reduzieren. Er kann auch Menschen, Unternehmen, Institutionen, Bewegungen und Verhaltensweisen treffen, die als Teil des bekämpften „Judentums“ betrachtet werden.

Dies geschieht etwa wenn, wie in den USA, eine demokratisch gewählte Administration als „Zionistische Besatzungsregierung“ bekämpft wird. Oder wie im Iran

Massenproteste gegen ein autoritäres theokratisches und frauenfeindliches Regime von der Regierung als Zersetzungsstrategie des israelischen Geheimdienstes diffamiert werden. Oder wenn eine Gewalt-, Kolonial- oder Diktaturerfahrung in manchen Gesellschaften des globalen Südens dem geheimen Wirken jüdischer (oder neuerdings: israelischer) Kräfte zugeschrieben wird. Oder wenn Kapitalismus nicht als gesellschaftliches System der Ausbeutung betrachtet, sondern der Gier jüdischer Finanzeliten zugeschrieben wird. Aber auch, wenn ein Kultur- und Sittenverfall durch die gesellschaftliche Emanzipation von Frauen und von queeren Menschen behauptet und in einen Zusammenhang mit dem „Judentum“ gestellt wird. In diesen und vielen anderen Fällen muss Antisemitismus gar nicht direkt gegen Jüdinnen und Juden adressiert sein. Es genügt, dass in den Köpfen vieler Menschen ein negatives Bild vom „Judentum“ herumspukt, das durch Symbole, Bilder und Codes leicht abgerufen werden kann.

Auf eine ähnliche Weise kann Antisemitismus rassistische Taten motivieren. Dies gilt etwa für die Täter*innen des rechtsterroristischen Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU), deren Vorstellung von einem „Rassenbürgerkrieg“ antisemitisch geprägt war. Auch unter sogenannten Neuen Rechten wird immer wieder betont, die Abwehr von Zuwanderung richte sich nicht gegen einzelne Migrant*innen. Sondern Einwanderung sei ein geplanter, gesteuerter Prozess, mit dem „volksfremde Eliten“ das eigene Volk „zersetzen“ und zerstören wollten; die eigentliche Bedrohung gehe von geheimen Mächten aus, die mit dem „Judentum“ assoziiert werden. Durch das Angebot einer antisemitischen Aufladung wird dieser Rassismus besonders bedrohlich: Wenn eine monströse geheime Macht die „Umvolkung“ steuert, kann das dazu führen, dass sich eine einst vage Xenophobie bis hin zu Mordanschlägen und Massakern radikalisiert – gerechtfertigt als Akte des Selbstschutzes.

Seit rund 20 Jahren begegnen uns unter dem Stichwort „Neue Judenfeindschaft“ einige neue Facetten. Dazu gehört ein „Entlastungsantisemitismus“, der Jüdinnen und Juden „nicht trotz, sondern wegen Auschwitz“ zum Hassobjekt macht. Immer wieder taucht die Behauptung auf, eine überbordende Beschäftigung mit der nationalsozialistischen Judenverfolgung, mit der Shoah, rufe judenfeindliche „Reaktionen“ hervor.

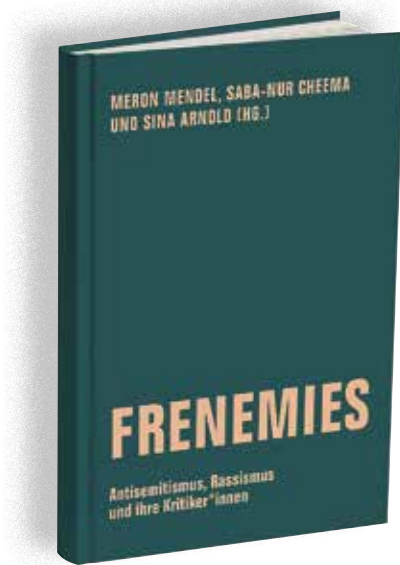
In den zurückliegenden Jahren wird diese Debatte nicht nur in Deutschland überlagert von der Unterstellung, eine „jüdische“ Erinnerungskultur habe durch die Betonung der „Singularität der Shoah“ bewirkt, dass die Erinnerung an andere Genozide, Menschheitsverbrechen und Gewaltakte marginalisiert werde. Empirisch dürfte das Gegenteil der Fall sein – und die Erinnerungskultur an die Shoah die kritische Aufarbeitung anderer Verbrechenkomplexe, einschließlich der Kolonialverbrechen, entschieden vorangebracht haben. Aber im Streit um „Opferkonkurrenz“ und „hegemoniale“ Gedenkkulturen verbirgt sich auch der Wunsch, historische Schuld loszuwerden.

Ein weiterer Aspekt, der erst in den zurückliegenden Jahrzehnten zur Judenfeindschaft hinzukam, ist der sogenannte israelbezogene Antisemitismus. Die ihn ansprechen gehen davon aus, dass die überbordende Thematisierung von Menschenrechtsverletzungen seitens Israels über die berechnete und normale Kritik an einem Staat weit hinausgeht. Der Staat Israel werde „dämonisiert“, und seine Gesellschaft als rassistisches Kollektiv diffamiert. Dies könne nur mit antisemitischen Denkstrukturen erklärt werden.

Israelbezogener Antisemitismus ist vor allem dann gegeben, wenn klassische Stereotype über Juden bzw. das Judentum auf den Staat Israel übertragen werden, der so als „kollektiver Jude“ ausgegrenzt wird. Auch wenn die Existenz eines solchen israelbezogenen Antisemitismus häufig vehement geleugnet wird, dürfte kaum bestreitbar sein, dass es antisemitisch ist, Jüdinnen und Juden kollektiv für die Politik Israels verantwortlich zu machen. Mit der pauschalen Rede von der „Verzweiflung“ der vermeintlichen oder tatsächlichen Opfer israelischer Politik werden selbst schwerste Übergriffe verharmlost, die sich nicht nur gegen israelische Zivilist*innen richten, sondern häufig auch gegen Jüdinnen und Juden außerhalb Israels, gegen ihre Gemeinden und religiösen Einrichtungen, einschließlich Friedhöfen und Synagogen.

Antisemitismus, so zeigt sich, ist ein Querschnittsthema. Er kann rassistisch motiviert sein oder mit rassistischen Praktiken und Ideologien einhergehen. Doch er muss als eigenständiges Phänomen ernstgenommen und bekämpft werden.

Gideon Botsch



Frenemies

Meron Mendel, Saba-Nur Cheema, Sina Arnold

Freunde, die zugleich Feinde sind; Friends ebenso wie Enemies. Ein passender Titel für einen Band, der rund 40 Stimmen vereint, von denen viele entweder für den Kampf gegen Rassismus oder den Kampf gegen Antisemitismus stehen. So kommt ein vielstimmiger Diskurs zustande, der unter einem Buchdeckel Fraktionen vereint, die oft unversöhnlich scheinen, vor allem wenn es um Postkolonialismus und Israel geht. Einige Stimmen kommen indes nicht zu Wort: Weil andere Autor*innen sie als BDS-nah ablehnten, wurden zwei Autoren, die für die palästinensische Seite sprechen sollten, wieder ausgelassen. Die Boykottbewegung BDS (Boycott, Divestments and Sanctions) wird von vielen in Deutschland als antisemitisch eingestuft.

*Edition Bildungsstätte Anne Frank,
Verbrecher Verlag, Berlin 2022, 350 Seiten*



Rassismus gegen Sinti und Roma

*Seit dem Mittelalter leben Sinti*zze und Rom*nja in Europa. Vorurteile gegen sie sind weit verbreitet – und kommen sowohl als romantisierende wie als abwertende Bilder daher. Zu den Besonderheiten dieser Form des Rassismus gehört, dass die Traumata, die Sinti*zze und Rom*nja im Nationalsozialismus erlebten, die nachfolgenden Generationen oft bis heute prägen. Der Völkermord an ihnen ist im Schulunterricht kaum präsent.*

Die meisten Sinti und Roma lehnen nicht nur das Z*-Wort ab, weil mit ihm von jeher negative Assoziationen verbunden sind. Diskriminierend sind auch Bezeichnungen wie „Landfahrer“ oder „fahrendes Volk“, die ihnen eine nicht sesshafte Lebensweise als „angeboren“ unterstellen. Ihre früher oft mobile Lebensweise war meist erzwungen. Eine dauerhafte Niederlassung in Städten und Gemeinden sowie die Ausübung vieler Berufe wurde ihnen lange Zeit verweigert. Daher sind diese Zuschreibungen nicht nur falsch, sondern dienen oft auch der gesellschaftlichen Abwertung. Nahezu alle deutschen Sinti und Roma haben heute einen festen Wohnsitz, sind heimatverbunden und üben ortsgebundene Berufe aus.

Vorurteile, rassistische Diskriminierung und Ausgrenzung gehören jedoch immer noch zum Alltag von Sinti und Roma. Die Ressentiments werden nur selten kritisch hinterfragt. Bedauerlicherweise tragen auch die Medien durch eine teils vorurteilsgeleitete Berichterstattung zur Fortschreibung alter Klischeevorstellungen bei. Auch sind Sinti und Roma keine homogene Gruppe. Die kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Sinti wie der Roma sind so heterogen wie die der Mehrheitsgesellschaft. Sie unterscheiden sich familiär und individuell, nach regionalen Gegebenheiten, sozialer Schicht und Bildung.

Sinti leben seit etwa 600 Jahren in Deutschland; Roma seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Die Nachfahren dieser Menschen gehören zur anerkannten nationalen Minderheit der deutschen Sinti und Roma. Darüber hinaus leben in Deutschland Roma, die später kamen, etwa weil sie in den 1960er-Jahren als „Gastarbeiter“ einreisten. Die Situation und der aufenthaltsrechtliche Status der in Deutschland lebenden Roma aus Südosteuropa und dem Balkan sind sehr unterschiedlich: Roma aus Rumänien und Bulgarien haben als EU-Bürger das Recht, sich in der Europäischen

Union frei zu bewegen und zu arbeiten. Die meisten Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien hingegen leben als Nicht-EU-Bürger in rechtlicher Unsicherheit in Deutschland. Sie wie ihre in Deutschland geborenen Kinder sind von Abschiebungen in Staaten bedroht, die als „sichere Herkunftsstaaten“ eingestuft werden, in denen sie jedoch nach wie vor von Ausgrenzung und Gewalt betroffen sind.

Die in Deutschland beheimateten Sinti sahen sich schon Ende des 15. Jahrhunderts mit Ausgrenzung und Verfolgung konfrontiert. Damals erklärte der Reichstag in Freiburg sie als erster für „vogelfrei“, also rechtlos – was in Pogromen mündete. In Brandenburg erließ Kurfürst Johann Georg wenig später ein „Mandat wider die Zigeuner“, in dem ihre Vertreibung angeordnet wurde. Im Deutschen Reich wurde die Unterdrückung und Vertreibung von Sinti und Roma 1899 politisches Ziel: Ein polizeilicher „Nachrichtendienst für Zigeuner“ wurde in München gegründet, um Sinti und Roma im ganzen Reich zu erfassen. 1929 – also immer noch vor der NS-Zeit – wurde die „Zigeunerpolizeistelle“ mit der Koordination der Aktionen gegen Sinti und Roma beauftragt.

Ab 1933 verschärfte sich die Situation drastisch. Viele der gegen Juden gerichteten Verordnungen und Gesetze galten auch für Sinti und Roma, etwa was den Schulausschluss, Ausbildungs- und Berufsverbote und die Aberkennung von Sozialleistungen betraf. Selbstständige Tätigkeiten wurden als unproduktiv und betrügerisch diffamiert, Wandergewerbescheine entzogen, die Aufnahme in Berufsverbände wegen „nichtarischer Abstammung“ verweigert und Musiker aus der Reichsmusikkammer ausgeschlossen. Man zwang Sinti und Roma zur Untätigkeit und unterstellte ihnen Arbeitsunwillen. Ihr Versuch, sich zu widersetzen, drängte sie in die Illegalität und führte zu weiterer Verfolgung.



Im Mai 1940 wurden Sinti und Roma erstmals in größerer Zahl in das von den Deutschen besetzte Polen deportiert. Am 16. Dezember 1942 ordnete der Reichsführer SS Heinrich Himmler die Deportation aller Sinti und Roma aus dem Deutschen Reich und den besetzten Gebieten in das Konzentrationslager Auschwitz an. Viele starben an den grausamen Lebensbedingungen, gingen an brutalen medizinischen Versuchen des SS-Arzt Josef Mengele zugrunde oder fielen der mörderischen Zwangsarbeit und der Gewalt der SS-Mannschaften zum Opfer. Am 16. Mai 1944 wollte die SS das „Zigeunerlager“ Auschwitz-Birkenau „liquidieren“ – scheiterte aber am unerwarteten Widerstand der Häftlinge. Etwa 3.000 als „arbeitsfähig“ selektierte Häftlinge wurden in andere Konzentrationslager, unter anderem nach Buchenwald und Mittelbau-Dora, überstellt. Die Verbliebenen, überwiegend Alte, Kranke und Kinder, wurden in der Nacht zum 3. August 1944 in den Gaskammern ermordet – unter ihnen meine Urgroßmutter sowie ein Teil ihrer Enkelkinder. Zu den wenigen Überlebenden gehörte mein Vater Otto Rosenberg. Insgesamt fielen rund 500.000 Sinti und Roma dem Rassenwahn zum Opfer.

Nach 1945 wurde der Völkermord an Sinti und Roma in der Bundesrepublik jahrzehntelang geleugnet. Es gab weder eine öffentliche Auseinandersetzung mit den an ihnen verübten Verbrechen noch ein Unrechtsbewusstsein dafür. Die Täter blieben oft von Strafverfolgung verschont. Die Überlebenden fanden erst nach Jahrzehnten die Kraft, in der Öffentlichkeit über die eigene Familiengeschichte zu sprechen, die bis dahin nur im Schutz der eigenen Gemeinschaft und in ihrer Sprache tradiert wurde. Nicht einmal die eigenen Kinder wollten sie mit den Traumata ihrer Entwürdigung und der Trauer um die ermordeten Verwandten belasten.

Sieben Jahre nach Auschwitz wurde ich geboren. Ich erinnere mich noch gut an meine Kindheit in den 1950er-Jahren. Eine meiner Erinnerungen ist diese:

Es ist Nacht, ich werde wach, ich höre meinen Vater laut weinen und nach seinen Geschwistern und nach seiner Mutter, meiner Großmutter, rufen. Schlaftrunken laufe ich in die Küche. Dort sitzt mein Vater. Er fragt: „Warum mussten sie sterben? Warum musste ich als Einziger überleben? Diese Nazis, diese Deutschen, die haben meine ganze Familie umgebracht. Ich habe keinen Menschen mehr auf der Welt!“ Ich stelle mich zu meinem Vater, nehme seine Hand und weine mit ihm. „Tata, ich bin doch bei dir!“ Barfuß stehe ich neben meinem Vater, ich friere, aber ich will ihn nicht allein lassen.

„Ach, mein großes Mädchel– weinst du? Warum weinst du denn?“

Ich weine still und bin nicht in der Lage zu antworten.

Ich konnte nicht begreifen: Wer waren diese Nazis, die unsere Familie umgebracht hatten? Wer waren die Deutschen, die uns nur Böses wollten? Und warum, was haben wir getan, warum müssen wir auf der Hut sein? Warum durften wir ihnen nicht vertrauen? Waren wir nicht auch Deutsche?

Damals verstand ich nicht! Was wusste ich schon?! Früher erzählte mein Vater kaum etwas über sein Leben in den Konzentrationslagern. Nie habe ich gefragt! Ich wollte ihn nicht verletzen.

Mehr als fünfzig Jahre hat es gedauert, bis mein Vater die Kraft fand, seine Erinnerungen aufzuzeichnen. Vieles von dem, was ich darin lese, beginne ich erst

jetzt zu verstehen. Erst heute habe ich eine vage Vorstellung von den unsäglichen Qualen der Opfer. Jetzt, da mein Vater nicht mehr lebt. So unfassbar ist das, was da stattgefunden hat. Er schreibt: „Ich könnte es auch jetzt nicht so erzählen, wenn es nicht schon so lange her wäre. Ich konnte von meinen Eltern und von meinen Geschwistern überhaupt nichts erzählen. An den Feiertagen saß ich entweder in der Ecke, oder ich weinte und trank, und dann wurde es noch schlimmer.“

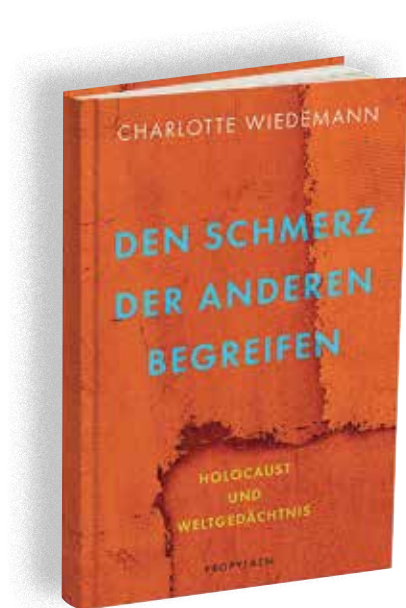
Immer und immer wieder hat mein Vater sich gefragt: „Warum habe ich überlebt? Ich weiß nicht, wie es möglich war, dass ich Auschwitz überstanden habe. Ich kann mir selbst die Antwort darauf nicht geben. Man sagt: Jetzt hast du die Freiheit, freu' dich darüber. Ich habe mich keineswegs so riesig freuen können, denn meine Geschwister fehlten mir, immer bis heute.“ Später – in all den Jahren danach – stand er der jungen Generation als Zeitzeuge dieser Verbrechen Rede und Antwort.

Manchmal habe ich mich gefragt, wie er diese traumatischen Erlebnisse und Erinnerungen in sein Leben integrieren konnte. Was hat ihm die Kraft gegeben, nach der Befreiung ein neues Leben zu beginnen, eine Familie zu gründen und sich als Mitbegründer und langjähriger Vorsitzender des Landesverbandes Deutscher Sinti und Roma Berlin-Brandenburg für die gesellschaftliche Gleichstellung unseres Volkes einzusetzen? Es war wohl sein Glaube an das Gute im Menschen und es war sein Glaube an Gott.

Das wohl dunkelste Kapitel in der deutschen Geschichte ist in tragischer Hinsicht auch ein Teil unserer Geschichte. Es ist für alle in Europa lebenden Sinti und Roma Bestandteil in der Wahrnehmung der Gegenwart und prägt bis zum heutigen Tag auf nachhaltige Weise nicht nur das Bewusstsein der Überlebenden, sondern auch das der sogenannten zweiten Generation, meiner Generation.

Petra Rosenberg

Zum Weiterlesen: Otto Rosenberg: „Das Brennglas. Aufgezeichnet von Ulrich Enzensberger. Mit einem Vorwort von Klaus Schütz“, Wagenbach Verlag, Berlin 2012, 160 Seiten



Den Schmerz der Anderen begreifen

Charlotte Wiedemann

Seit einigen Jahren wird in Deutschland darüber debattiert, was zu einer angemessenen Erinnerungskultur gehört: Der Holocaust natürlich, aber auch koloniale Verbrechen, Genozide in Osteuropa oder im globalen Süden, Opfer rassistischer Ausschreitungen. Die Journalistin und Auslandsreporterin Charlotte Wiedemann hat sich entschieden: Wir müssen auch den Schmerz der Anderen begreifen. Wer sie bei ihren Reisen, die von Marokko bis Indonesien und von Mali bis nach Kambodscha reichen, begleitet, versteht warum.

Propyläen Verlag, Berlin 2022, 288 Seiten



Antiasiatischer Rassismus

Bereits in der DDR wurden VertragsarbeiterInnen aus Vietnam und anderen Ländern zu Sündenböcken erklärt. Nach dem Fall der Mauer brach sich offener Rassismus bis hin zu massiver rechtsextremer Gewalt Bahn. In jüngerer Zeit befeuerte das Corona-Virus antiasiatischen Rassismus. Und: Auch das Bild von den angeblichen „Bildungsvorbildern“ hat zwei Seiten.

1991. Mein (damaliger) vietnamesischer Mann und ich hatten soeben einen Kinderwagen gekauft. Ich hochschwanger, fuhren wir ihn mit der S-Bahn nach Hause. Ein betrunkenere Sitznachbar pöbelte etwas von „Fidschis“, die hier Kinder in die Welt setzen würden, und trat immer wieder gegen unseren – glücklicherweise noch leeren – Kinderwagen. Die Zeit, bis wir an der nächsten Station ausstiegen, schien mir unendlich lang. Für mich als „Biodeutsche“ war dieses Erlebnis singulär – sieht man einmal davon ab, dass sich ein paar Jahre später ein Taxifahrer im Sachsen weigerte, mich und meine „halbvietnamesische“ Tochter mitzunehmen.

Viele VietnamesInnen, die in die DDR eingewandert waren, erlebten hingegen in der Nachwendezeit massiven Rassismus. Im August 1992 richteten sich pogromartige Ausschreitungen in Rostock-Lichtenhagen zunächst gegen rumänische AsylbewerberInnen, dann gegen ein

Wohnheim, in dem vietnamesische VertragsarbeiterInnen lebten. Unter dem Beifall von AnwohnerInnen griffen aus dem ganzen Bundesgebiet zugereiste Neonazis und ortsansässige Rechte das Sonnenblumenhaus mit Steinen und Brandflaschen an. Bereits im April 1992 wurde in Berlin-Marzahn der vietnamesische Zigarettenhändler Nguyễn Văn Tú durch einen rassistisch motivierten Täter ermordet. Viele weitere Übergriffe wurden nicht so bekannt.

Ende 1989 lebten laut amtlicher Statistik 192.000 AusländerInnen in der DDR, unter ihnen 60.000 VertragsarbeiterInnen aus Vietnam sowie 30.000 aus Mosambik, Angola und Kuba. Sie arbeiteten vor allem dort, wo sich keine einheimischen Arbeitskräfte fanden, übten körperlich schwere und monotone Tätigkeiten im Bergbau, in der Fleischproduktion oder der Textilindustrie aus. Ihre Integration in die DDR-Gesellschaft war nicht vorgesehen. Außerdem kamen aus Vietnam



© Miki Jourdan

und anderen asiatischen Staaten mit sozialistischer Orientierung – Mongolei, Laos, Kambodscha und Nordkorea – Studierende und Auszubildende in die DDR.

Schon dort erlebten sie Rassismus, wenn auch unterschwelliger als in der Nachwendezeit. Das äußerte sich beispielsweise, wenn sie ihre Kaufkraft auf ohnehin knappe Produkte konzentrierten: Reis, Nähmaschinen, Fotozubehör oder Fahrräder. Reis war ihr Hauptnahrungsmittel; die anderen Güter schickten sie zur Unterstützung ihre Familien nach Vietnam. Die DDR-Währung war nicht konvertierbar, Geld konnten sie nicht schicken. Es gab VerkäuferInnen, die ihnen diese Waren verweigerten, und KundInnen, die sie wegen ihres Kaufverhaltens beschimpften. Als ab 1987 wegen personeller Engpässe in der DDR-Produktion weit mehr VertragsarbeiterInnen angeworben wurden als zuvor, verschärften sich die Konflikte. Obwohl ihnen nur sechs Quadratmeter Wohnraum in einem Mehrbettzimmer zustanden, gaben viele DDR-BürgerInnen ihnen eine Schuld oder Mitschuld am Wohnungsmangel.

Die Potsdamer Sozialwissenschaftlerin Karin Weiss hat sich nach der Wende umfassend mit der Geschichte der VietnamesInnen in der DDR sowie im vereinten Deutschland befasst. Im Jahr 2005 fasste sie das Ergebnis narrativer Interviews mit ZeitzeugInnen so zusammen: Auch wenn die rassistischen Übergriffe im Zuge der Wende für die Menschen völlig überraschend gekommen waren, bleibe offen, inwieweit die massive Ausländerfeindlichkeit „Ausdruck bereits früher vorhandener latenter Ablehnungen war, die erst durch die relative Regel- und Gesetzlosigkeit der Umbruchphase

zur Eruption kamen, oder ob eher die aktuelle Notlage und Unsicherheiten im Zuge des Zusammenbruchs der DDR-Gesellschaft diese Ausschreitungen verursachten“.

Zu Beginn des neuen Jahrtausends berichteten die GesprächspartnerInnen Karin Weiss für einen Buchbeitrag („Nach der Wende: Vietnamesische Vertragsarbeiter und Vertragsarbeiterinnen in Ostdeutschland heute“) von einem starken Rückgang rassistischer Übergriffe. Die Sozialwissenschaftlerin reflektiert das allerdings auch vor dem Hintergrund von Selbsthilfemaßnahmen: Viele VietnamesInnen erzählten ihr, abends bestimmte Orte zu meiden und lieber das Auto als öffentliche Verkehrsmittel zu nehmen. Hatte man kein Auto, fuhr man sich gegenseitig nach Hause.

VietnamesInnen waren nicht mehr die größte Gruppe Zugewanderter in den neuen Bundesländern. Es gab mehr und mehr Russlanddeutsche, in einigen Regionen auch eine große Zahl polnischer Zuwanderer und Zuwanderinnen. Auch zogen AsylbewerberInnen und StudentInnen aus vielen Staaten sowie beispielsweise türkische Menschen aus den alten Bundesländern zu. Rassismus erlebten diese unterschiedlichen Gruppen durchaus verschieden. Liest man Polizeiberichte über rassistische Vorfälle oder spricht mit VietnamesInnen wie Deutschen, drängt sich der Eindruck auf: Etwa Ende der 1990er-Jahre waren die einstigen VertragsarbeiterInnen nicht mehr die wichtigsten Adressaten von Übergriffen; mehr als andere wurden sie als der Gesellschaft zugehörig empfunden. „Die waren doch schon zu DDR-Zeiten hier. Sie können sich benehmen“; „Sie arbeiten und leben nicht von Sozialleistungen“;

„Die Kinder sind ja so gut in der Schule“ – derlei Äußerungen hörte man immer wieder. Die Zuschreibung übertrug sich auch auf Zugewanderte aus anderen asiatischen Ländern, die etwa zum Studium nach Deutschland gekommen waren. Neben der Aussage, dass VietnamesInnen „hierher gehören“, weil sie schon lange in Ostdeutschland leben, enthalten solche Aussagen eine Reihe Stereotype: AsiatInnen gelten als unauffällig, ruhig, fügsam, fleißig, lernwillig, arbeitsam, anpassungswillig.

Nach der Jahrtausendwende machten Studien auf den großen Bildungserfolg der zweiten Generation von Vietnamesinnen und Vietnamesen aufmerksam. Nicht nur waren diese im deutschen Schulsystem weit erfolgreicher als andere Zuwanderergruppen; sie machten sogar öfter das Abitur als Biodeutsche. So entstand, nicht zuletzt in den Medien, ein neues Bild: das der vietnamesischen – und anderen ostasiatischen – VorzeigemigrantInnen.

Trat das rassistischen Ressentiments an Schulen entgegen? Nicht unbedingt, wie ein Beitrag der Sozialpädagogin NhuMi in dem Buch „Ist Zuhause da, wo die Sternfrüchte süß sind? Viet-deutsche Lebensrealitäten im Wandel“ 2020 deutlich macht. Darin erinnert sie sich an Versagensängste seit ihrem Schulbeginn, „weil Leistungen die einzige Pforte zu sein schienen, sich ein gutes Leben zu verdienen und das harte und schmerzvolle Leben meiner Eltern zu beantworten“.

Der Erziehungswissenschaftler Nguyen Minh Hoang wertet in derselben Publikation das Stereotyp der strebsamen vietnamesischen Kinder kritisch – vor allem wenn diese nicht als entsprechend sozialisiert, sondern als „naturegegeben“ so dargestellt werden. Was positiv klinge, arbeite letztlich „mit der gleichen Logik rassistischer Zuschreibungen“. Das füge „auch denen

Gewalt zu, die von einer Norm abweichen und z. B. nicht überdurchschnittlich produktiv und erfolgreich auf dem deutschen Arbeitsmarkt sind“. Ein anderer wichtiger Aspekt: Politische Akteure wie der langjährige Berliner Finanzsenator und Autor mehrerer umstrittener Bücher, Thilo Sarrazin, missbrauchen das Bild der ostasiatischen „Bildungswunderkinder“ als Gegenentwurf zu vermeintlichen „Integrationsverweigerern“ aus anderen Regionen.

Die Sozialwissenschaftler Kimiko Suda, Sabrina J. Mayer, Christoph Nguyen konstatieren, Menschen mit asiatischen Wurzeln wären „in widersprüchlicher Weise sowohl von positivem als auch negativem Rassismus“ betroffen. Einerseits würden sie vielfach als „Vorzeigemigrant*innen“ beschrieben und gegen andere (post) migrantische Gruppen ausgespielt; andererseits als homogene Masse dargestellt, von der eine Gefahr für die weiße Mehrheitsgesellschaft ausgehe, schreiben sie 2020 in einem Beitrag über „Antiasiaten Rassismus in Deutschland“ für die Bundeszentrale für politische Bildung. Und: „An Kitas und Schulen werden Kinder in Lehrbüchern und bei Festen mit rassifizierten Missrepräsentationen von ‚asiatischen Körpern‘ und ‚asiatischer Kultur‘ konfrontiert. Dabei unterscheiden sich die in Populärkultur und medialer Berichterstattung weit verbreiteten rassifizierten Zuschreibungen auch nach Geschlecht: So werden asiatisch gelesene Frauen sexualisiert, exotisiert und infantilisiert, Männer dagegen desexualisiert und feminisiert.“

Als 2020 das SARS-CoV-2-Virus vom chinesischen Wuhan aus eine weltweite Pandemie auslöste, bekam der antiasiaten Rassismus in ganz Deutschland einen neuen Schub. Die Journalistin Lin Hierse erzählt in der taz von einer Chinesin in Deutschland, der aus Angst vor Ansteckung die Routineuntersuchung bei einer Gynäkologin verwehrt wurde. Ein vietnamesischstämm-

miger Schüler berichtete in derselben Zeitung, dass seine Mitschüler sich wegzusetzen, als er im Unterricht niesen musste. Eine asiatischstämmige Altenpflegerin beschrieb, dass Mitfahrende in der S-Bahn Abstand zu ihr hielten, was sie als zutiefst diskriminierend empfand. Drei Erfahrungen von vielen, die Menschen mit asiatischen Wurzeln machten.

Eine nicht repräsentative Befragung von Berliner Forschungseinrichtungen zeigte 2022: Rund die Hälfte der befragten asiatisch gelesenen Personen erlebte während der Pandemie Rassismus. Ein Vergleich mit der Zeit vor der Pandemie ist nicht möglich, weil es solche Studien zuvor nicht gab. Zumeist handelte es sich um verbale Angriffe. 27 Prozent wurden sozial ausgeschlossen wie beispielsweise die Chinesin, die keinen Termin bei der Gynäkologin erhielt. Elf Prozent berichteten von körperlicher Gewalt.

Historisch ist die Verknüpfung von asiatischen Menschen mit der Entstehung und Verbreitung von Infektionskrankheiten nichts Neues. Bereits zu Kolonialzeiten wurden sie für die Pest verantwortlich erklärt; aus dieser Zeit stammt der Begriff „Die gelbe Gefahr“. Und schon als 2002/2003 SARS-CoV-1 in China auftrat, schloss die Moskauer Stadtverwaltung, sobald an einem Grenzübergang zu China ein Infektionsfall festgestellt worden war, alle Asiamärkte in der Stadt. Essgewohnheiten von asiatischen Menschen wurden lange vor der Pandemie sowohl für die Entstehung von Krankheiten verantwortlich gemacht als auch in rassistische Klischees verzerrt. So hören vietnamesische Familien immer wieder, in ihren Wohnungen würde es übel riechen, weil sie Hunde und Katzen essen würden. Hinter dem Klischee stecken fernöstliche Gewürze, die für europäische Nasen ungewöhnlich sind, Fischsoße zum Beispiel.

Marina Mai



Die Schönheit der Differenz

Hadija Haruna-Oelker

Wer das Buch liest, erfährt nicht nur etwas über ganz verschiedene Diskriminierungsformen in Deutschland: von anti-Schwarzem Rassismus über Ableismus bis zu Klassismus und Muslimfeindlichkeit. Die Journalistin Hadija Haruna-Oelker führt auch in die jüngere Geschichte rassistischer Entwicklungen in Deutschland ein, von dem umstrittenen Buch „Nicht ohne meine Tochter“ in den 1980er-Jahren über die rassistischen Ausfälle von Thilo Sarrazin bis zu den Anschlägen von Hanau. Mit vielen Tipps zum Weiterlesen, Hinweisen auf Initiativen und engagierte Menschen.

btb Verlag, München 2022, 560 Seiten

„Nicht wie Menschen behandelt“

Europa schottet sich ab, und zwar mit Gewalt. Doch wer die Asyl- und Flüchtlingspolitik in der Europäischen Union genauer betrachtet, stellt fest: Wer mehr und weniger unwillkommen ist, sortiert sich auch entlang von „Kultur“, Religion – und der Hautfarbe.

Menschen, die den Umgang mit Flüchtlingen an Europas Außengrenzen seit langem beobachten, bietet sich wenige Tage nach Russlands Angriff auf die Ukraine an deren Grenze zur Slowakei ein ungewohntes Bild: Am Grenzübergang Vyšné Nemecké sitzen zwei junge Frauen und ein Mann an einem Tapeziertisch. Die Mitarbeiter:innen des größten slowakischen Mobilfunkanbieters verbringen freiwillig ihr Wochenende hier und verteilen kostenlose SIM-Karten. Auf ihrem Tisch klebt ein Schild: „Wir haben großes Mitgefühl für Ihre schwierige Situation und wollen Ihnen helfen, damit Sie mit Ihren Lieben in Kontakt bleiben können.“

Ein Stand gegenüber vermittelt Unterkünfte. Massenhaft Plätze hätten sie, sagt Alizbeta, eine junge Frau mit brauner Cordweste. Alte Leute aus der Gegend, Hotelbesitzer aus anderen Teilen des Landes hätten sich gemeldet. Freiwillige

stehen Schlange, um die Ankommenden zu den Quartieren zu fahren. „Man muss doch etwas tun“, sagt Alizbeta. Auch der slowakische Verteidigungsminister Jaroslav Nad' hatte erklärt, sein Land sei bereit, „unbegrenzt“ Flüchtlinge aus der Ukraine aufzunehmen. Dem „Brudervolk“ begegne man „menschlich und verantwortungsvoll. Wenn Hunderttausende kommen, dann kümmern wir uns eben um Hunderttausende.“

Die Slowakei gehört zur Visegrád-Gruppe, jenem Viererblock osteuropäischer Staaten, die sich in der Europäischen Union (EU) stets für eine äußerst restriktive Flüchtlingspolitik eingesetzt haben. Alle vier sind nun ganz vorn mit dabei, die ukrainischen Flüchtlinge zu versorgen. Dabei hatte die Regierung in Polen – ebenfalls Visegrád-Mitglied – nur kurz zuvor Menschen unter anderem aus dem Irak und Afghanistan, die über das Nachbar-



© Kevin McElvaney

land Belarus kamen, mit voller Absicht dem Kältetod im Wald überlassen. Ukrainer:innen hingegen können nun schon vor ihrer Ankunft über eine Website eine Unterkunft in Polen reservieren. Nach ihrer Einreise fahren sie direkt dorthin – kostenlose Nutzung der Bahn inklusive.

Auf EU-Ebene aktivieren die Innenminister:innen nach dem russischen Angriff die sogenannte „Massenzustrom-Richtlinie“: Statt individuelle, langwierige Asylverfahren durchlaufen zu müssen, erhalten Ukrainer:innen automatisch einen zunächst zeitlich befristeten Schutzstatus, Zugang zu Sozialleistungen und zum Arbeitsmarkt. Sie müssen nicht in Asylaufnahmeeinrichtungen, sondern dürfen bei ihren Familien und Freund:innen leben. Eine „starke Antwort Europas“ auf Putins verbrecherischen Angriffskrieg, so nennt Deutschlands Innenministerin Nancy Faeser (SPD) im Februar 2022 die im Vergleich sehr großzügigen Regelungen.

An einer anderen EU-Grenze bietet sich auf den Tag genau vier Monate nach dem russischen Angriff auf die Ukraine ein völlig anderes Bild. Am Morgen des 24. Juni 2022 machen sich rund 1.800 Menschen, die meisten aus dem Sudan und Südsudan, zu Fuß auf den Weg zu dem Grenzzaun, der die spanischen Exklave Melilla in Marokko umschließt. Am Abend sind mindestens 27 Menschen tot, 73 vermisst, Hunderte verletzt. Der Tag wird als „Massaker von Melilla“ bekannt; die Bilder sind verstörend: Vor dem Zaun liegen Hunderte menschliche Körper; Leichen wie Schwerverletzte, unversorgt, verwundet; umringt von Soldaten. Abdul Rais Mohamed aus dem Tschad hat überlebt. „Sie haben uns nicht wie Menschen behandelt“, sagt er bei einer Befragung der Nichtregierungsorganisation (NGO) Mouvement Uplifted Africa. „Sie haben alle geschlagen, immer wieder, selbst die Menschen mit Kopfverletzungen. Ich lag zwischen den Leichen und es war die Gnade Gottes, dass ich noch lebe. Drei andere neben mir waren tot.“ Die marokkanische Regierung

erklärt später, die Menschen seien von anderen Migrant:innen zu Tode getrampelt worden oder vom Grenzzaun gestürzt.

Die NGO Caminando Fronteras, die auf die Lage an der spanisch-marokkanischen Grenzen blickt, nennt aufgrund von Zeug:innen-aussagen weitere Ursachen für Tod und Verletzungen: Atemnot durch exzessiven Einsatz von Tränengas, Schläge mit einfachen wie elektrischen Schlagstöcken, durch scharfe Munition, verweigerte medizinische Hilfe, Abtransport Verwundeter ohne medizinische Versorgung. Belegen lässt sich das nicht, eine Autopsie an den Leichen lässt Marokko nicht durchführen.

Das „Massaker von Melilla“ wirft nur ein Schlaglicht auf die Lage an den europäischen Außengrenzen. An vielen Orten werden Menschen, die Schutz oder eine Arbeit in Europa suchen, mit brutaler Gewalt abgewehrt. Teils mit Stockschlägen, und ohne Asylverfahren werden sie zurück über die Grenze nach Serbien oder in die Türkei geprügelt, von der libyschen Küstenwache auf dem Meer eingefangen und zurückgebracht in Folterlager oder in neue High-Tech-Internierungslager gesperrt und abgeschoben, wie auf den Ägäis-Inseln.

Warum ist das so?

Der formale Grund lautet: Es gibt keine legalen, sicheren Wege für Flüchtlinge.

Alle EU-Staaten haben zwar ein Recht auf Asyl. Es ist in der Genfer Flüchtlingskonvention festgeschrieben und Teil des nationalen und des EU-Rechts. Doch wie Flüchtlinge dieses Recht in Anspruch nehmen können, steht nirgends. Und weder die Botschaften in den Herkunftsländern noch jene in den Transitregionen nehmen Asylanträge an. Für die EU-Staaten bekommen Schutzsuchende regelmäßig kein Visum und die irreguläre Einreise wird mit aller Macht verhindert. Von Tunis in Tunesien nach Palermo in Italien etwa fahren mehrmals wöchentlich Fähren. Ein Ticket



© Kevin McElvaney

gibt es für 33 Euro, die Reisenden sind zehn Stunden unterwegs, eine komfortable Überfahrt. Doch Flüchtlinge mitzunehmen hat die EU den Fährgesellschaften verboten. Gleiches gilt für Fluggesellschaften. Bei Zuwiderhandlung müssen die Transportunternehmen Bußgelder und etwaige Abschiebekosten tragen.

Den meisten Flüchtlingen steht also nur die lebensgefährliche illegale Einreise offen. Seit 2014 hat die UN-Organisation für Migration (IOM) auf Migrationsrouten in aller Welt mehr als 50.000 Todesfälle dokumentiert. Die mit großem Abstand gefährlichsten Routen sind die von Afrika nach Europa. Im zentralen Mittelmeer, zwischen Libyen und Italien/Malta, starb seit 2017 im Schnitt einer von 38 Menschen – also rund 2,5 Prozent –, die die Überfahrt versuchten.

Dass es keine sicheren, legalen Wege gibt, ist eine politische Entscheidung. Es ist das Ergebnis eines gesellschaftlichen Aushandlungsprozesses, an dessen Ende man entschied, manche Menschen lieber sterben als in die EU kommen zu lassen. Am Asylrecht will man dabei zwar festhalten, aber gleichzeitig dafür sorgen, dass möglichst wenige Menschen davon Gebrauch machen können.

Marokko etwa bekam in den vergangenen Jahren Hunderte Millionen Euro von Spanien, damit es die Grenzzäune von Melilla bewacht. Auch andere Staaten Westafrikas bekommen Geld von Spanien, damit sie Flüchtlinge daran hindern, auf die Kanarischen Inseln zu fahren. Die EU insgesamt verfolgt vor allem seit 2016 die gleiche Politik gegenüber vielen Staaten Afrikas: Die Länder dort werden zunehmend dafür bezahlt, Migrant:innen auf dem Weg nach Europa aufzuhalten.

Carlos Lopes, einst UN-Chefökonom für Afrika, zog im Interview mit der taz 2017 eine Parallele zwischen Hunderttausenden Arbeitsmigrant:innen aus Bolivien, Ecuador, Kolumbien und Peru, die in Spanien durchaus willkommen sind – und den Menschen aus Afrika, die es nicht sind: Das sei eine „kulturelle Wahl“, erklärte Lopes: „Es gab keine Angst vor Migrant:innen, sondern vor Afrikanern.“

Die Angst vor der Zuwanderung von Schwarzen und muslimischen Menschen zieht sich durch alle europäischen Gesellschaften, auch durch die deutsche. Kurz vor dem Bundestagswahlkampf 2017 warnte der

damalige Entwicklungsminister Gerd Müller (CSU): „Bis zu 100 Millionen Menschen“ könnten sich angesichts des Klimawandels in Afrika auf den Weg nach Norden machen. Er konnte die Zahl nicht belegen; niemand weiß, welche Wanderungsbewegungen die Klimakrise auslösen wird. Doch die Angst vor zunehmenden Flüchtlingszahlen ist da. Und sie ist einer der Nährstoffe für den Rechtsruck, der das politische Gefüge in vielen Ländern Europas erschüttert hat.

Treiben lassen sich die Parteien der Mitte von einem aggressiven Populismus am rechten Rand. Die AfD-Politikerin Alice Weidel diffamierte Flüchtlinge und Migrant:innen als „barbarische, muslimische, gruppenvergewaltigende Männerhorden“, als „alimentierte Messermänner“ und „Kopftuchmädchen“. Der CSU-Politiker Horst Seehofer sagte 2011, er wolle sich wehren „bis zur letzten Patrone und niemals nachgeben, dass wir eine Zuwanderung in die deutschen Sozialsysteme bekommen – das wollen wir nicht“. Als Innenminister nannte er 2018 Migration die „Mutter aller Probleme“.

Solche Aussagen von Politiker:innen stehen in einer engen Wechselwirkung zu Einstellungen im Land. Laut der „Mitte-Studie“ der Universität Leipzig von 2022 stimmen 7,4 Prozent überwiegend oder voll und ganz der Aussage zu, Ausländer kämen nur nach Deutschland, „um den Sozialstaat auszunutzen“. Jede:r vierte – 26 Prozent – hält das Land für „in einem gefährlichen Maße überfremdet“; in den östlichen Bundesländern mehr als jede:r Dritte (38 Prozent).

Hinter dem Begriff der „Überfremdung“ steht der Wunsch nach einer geschlossenen nationalen Identität, nach einem einheitlichen, weißen, „deutschen“ Volk. Das gab es so noch nie. Die deutsche ist wie jede andere europäische Gesellschaft seit jeher stark von Migration geprägt. Trotzdem gibt es die Vorstellung einer „rein deutschen“ Nation. In den 1990er-Jahren kam der Begriff der „ethnischen Absorptionsfähigkeit“ auf. Gemeint ist: Übersteigt die Zuwanderung ein bestimmtes Maß, wird die angebliche Identität einer Gesellschaft zerstört. „Es ist kein verächtlicher Wunsch, sich nicht auch zu Hause als Ausländer vorkommen zu müssen“, schrieb im Jahr 1993 etwa der Zeit-Redakteur Dieter E. Zimmer, der den Begriff verbreitete. Noch 1998 wollte die CSU „Deutschland ist kein Einwanderungsland“ in das gemeinsame Wahlprogramm von CDU und CSU schreiben.

Migrationspolitik als Migrationsverhinderungspolitik, Ausländerbehörden, deren Hauptaufgabe ist, Ausländer:innen zu entfernen – die Asylpolitik prägt diese Haltung in Deutschland wie Europa bis heute, seit dem Erstarken der populistischen Parteien um das Jahr 2015 sogar in gesteigertem Maße. Dabei nimmt schon die bloße Existenz rechter Parteien starken Einfluss auf die Asylpolitik der Mitte. „Wenn wir das und das jetzt nicht machen, werden nur die Rechten stärker“, so lautet ein regelmäßiges Argument, in vorauseilemdem Gehorsam die Agenda rechter Parteien stückweise umzusetzen. Bei dem EU-Ratspräsidenten Charles Michel hörte sich das nach dem Massaker von Melilla so an: „Wir unterstützen Spanien und alle Länder, die an vorderster Front die Grenzen der EU schützen, voll und ganz. Die Migration ist eine schwierige Herausforderung für alle. Ich sage den spanischen Behörden meine Unterstützung zu.“

In Osteuropa, an der Grenze von Belarus nach Polen, wurden nur kurz vor dem russischen Angriff auf die Ukraine vor allem arabische und kurdische Flüchtlinge mit äußerster Gewalt abgewehrt. Weil Belarus kurz zuvor die Visa-Vergabe in ihren Herkunftsländern erleichtert hatte, warf Brandenburgs Innenminister Michael Stübgen (CDU) dem Land „hybride Kriegsführung“ vor; ähnlich äußerte sich Polen. So betrachtet werden Menschen von Opfern zur Waffe – gegen die jedes Mittel der Selbstverteidigung legitim ist.

Angesichts all dessen empörte die ganz andere Behandlung der weißen Flüchtenden aus der Ukraine nur kurze Zeit später viele Menschen. „Das ist wirklich emotional für mich, weil ich sehe, wie Europäer mit blauen Augen und blonden Haaren und Kinder täglich von Putins Raketen getötet werden“, sagte der frühere stellvertretende ukrainische Generalstaatsanwalt David Sakvarelidze in einem Interview mit dem Sender BBC. Damit offenbarte er einen wichtigen Grund, warum das Leid Millionen anderer, nicht-weißer Kriegsoffer in anderen Teilen der Welt in Europa nicht Empathie, sondern den Willen zur Abschottung hervorruft. Sie werden als „fremd“, uns nicht zugehörig, wahrgenommen.

Christian Jakob

Zum Weiterlesen: Christian Jakob, Simone Schlindwein: „Diktatoren als Türsteher Europas: Wie die EU ihre Grenzen nach Afrika verlagert“, Ch. Links Verlag, Berlin 2017, 320 Seiten



Was weiße Menschen nicht über Rassismus hören wollen, aber wissen sollten

Alice Hasters

Alice Hasters schreibt, arbeitet für das Fernsehen, produziert Podcasts. In ihrem Buch begleitet man sie auf ihren Wegen durch Schule und Hochschule, durch ihre erste Beziehung mit einem weißen Freund, unterwegs in Köln. Vor allem erfährt man dabei von ihren unzähligen Begegnungen mit – bewussten wie unbewussten – rassistischen Stereotypen. Und dem allgegenwärtigen inneren Konflikt: „Sage ich jetzt etwas? Oder nicht?“

hanserblau, München 2021 (2. Aufl.), 224 Seiten

„Deutschland ist kein rassismustreies Land“

*Die schleswig-holsteinische Jugendministerin Aminata Touré und der SPD-Bundestagsabgeordnete Karamba Diaby sind Pat*innen des Netzwerks Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage. In diesem Gespräch mit dem Tagesspiegel – das Touré noch als Landtagsabgeordnete der Grünen führte – sind sie sich einig: In Sachen Rassismus bleibt viel zu tun.*

Ist Deutschland ein rassistisches Land?

Aminata Touré: Ich halte nichts von Konfrontation. Was bringt es zu sagen: Ihr seid alle Rassisten. Ich benenne lieber das Problem direkt: Deutschland ist kein rassismustreies Land. Wir haben ein ernsthaftes Problem mit Rassismus, und daran müssen wir arbeiten.

Karamba Diaby: Deutschland ist nicht durch und durch rassistisch, aber es gibt gefährliche rassistische Tendenzen, wie in vielen anderen Ländern auch. Allerdings sollte man nicht alle Menschen hierzulande unter Generalverdacht stellen.

Warum wird in Deutschland erst nach dem gewaltsamen Tod von George Floyd in den USA über Rassismus diskutiert?

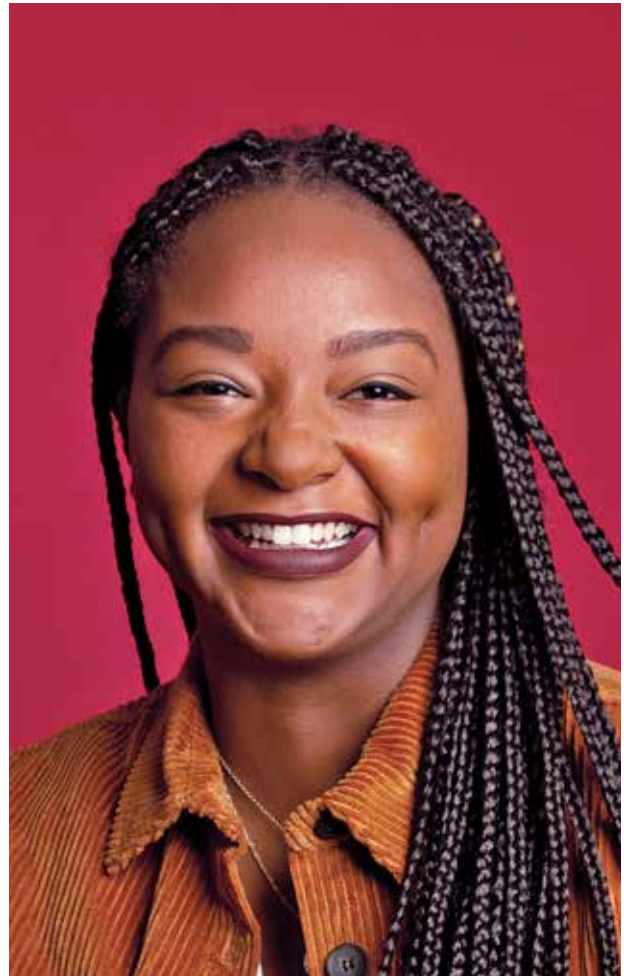
Touré: Leider fehlt in der Gesellschaft das Bewusstsein oder Interesse, sich jenseits von solchen krassen Ereignissen mit Rassismus auseinanderzusetzen. Ich bin seit

drei Jahren Sprecherin für Antirassismus, ich rede jeden Tag darüber. Wir brauchen mehr Bereitschaft zuzuhören. Dieses Thema geht nicht nur Minderheiten etwas an.

Diaby: Viele tun sich schwer, Ausgrenzungen wegen der Herkunft oder des Aussehens als rassistisch zu bezeichnen. Stattdessen wird von Ausländerfeindlichkeit oder Fremdenfeindlichkeit gesprochen. Das sind falsche Begriffe, die das Problem verniedlichen. Wenn Aminata aufgrund ihrer Hautfarbe ausgegrenzt wird, ist sie deshalb doch keine Ausländerin und auch keine Fremde in diesem Land. Sie ist Volksvertreterin, Deutsche, wie ich auch.

Herr Diaby, Sie selbst haben erlebt, dass Sie nur wegen Ihrer Hautfarbe von der Polizei kontrolliert wurden ...

Diaby: Das war 2012. Ich bin mit einem anderen Schwarzen, den ich nicht kannte, am Bahnhof in Halle aus dem Zug gestiegen. Als wir uns zufällig zum gleichen Aus-



gang begaben, wurden wir von zwei Bundespolizisten kontrolliert. Zu dem Zeitpunkt lebte ich fast schon 30 Jahre in der Stadt. Das tat weh. Ich fühlte mich erniedrigt, gedemütigt. Schließlich sahen viele Pendler zu, mit denen ich jeden Tag im Zug saß. Aber ich will nicht jammern. Ich habe damals keine Anzeige erstattet, aber ich habe später von diesem Erlebnis erzählt, als ich an Polizeischulen und auf Polizeirevieren interkulturelle Trainings gab.

Frau Touré, Sie sind Patin der Polizeischule in Eutin, die in der Vergangenheit auch wegen rechtsextremer Umtriebe aufgefallen ist. Ein Schüler hat mit Hakenkreuz posiert, Jugendliche wurden schikaniert. Was sagen Sie denen, wenn Sie heute die Schule besuchen?

Touré: Ich war erstmal überrascht, dass die Polizeischüler und Ausbilder auf mich zugekommen sind, und dann froh, dass wir das gemeinsam besprechen. Ich habe ihnen sehr offen von Fällen von Racial Profiling

in Schleswig-Holstein berichtet und die Erwartung formuliert, dass es in der Ausbildung eine stärkere Sensibilisierung für Rassismus und einen professionelleren Umgang damit geben muss.

Sind Sie auf offene Ohren gestoßen?

Touré: Ja. Die Schüler haben sogar angesprochen, dass es nicht nur während der Ausbildung ein solches Training geben müsse, sondern auch begleitend zum Beruf. Ich fand es gut, dass die so selbstkritisch waren. Mir geht es ja auch nicht darum, jeden Polizisten in Deutschland zum Neonazi abzustempeln. Im Gegenteil.

Diaby: Grundsätzlich gilt: Die Polizei muss sich stärker mit unserer vielfältigen Gesellschaft auseinandersetzen. Wir brauchen viel mehr interkulturelles Training, für die Polizei und den öffentlichen Dienst generell. In Sachsen-Anhalt beschäftigt sich gerade ein Untersuchungsausschuss mit der Frage, warum die Polizei

in Halle am 9. Oktober 2019 die Synagoge nicht geschützt hat, als dort der Anschlag verübt wurde. Eine Zeugin sagte aus, dass der hohe jüdische Feiertag nicht bekannt gewesen sei. Wenn das stimmt, muss sich das ändern.

In der Politik finden wir heute nur wenige Menschen mit Migrationsgeschichte, das gleiche gilt für Zeitungsredaktionen. Auch jetzt sitzen Ihnen eine weiße Journalistin und ein weißer Journalist gegenüber. Was macht das mit der politischen Debatte, was bedeutet das für die Meinungsbildung im Land?

Touré: Wir haben ein grundsätzliches Problem mit der Repräsentanz in Deutschland. Im Bundestag beträgt der Frauenanteil 30 Prozent, nur acht Prozent können eine Migrationsgeschichte aufweisen. Zu viele Menschen in Deutschland werden nicht vertreten. Deren Perspektive fehlt in der politischen Debatte. Es ist wie in einem Freundeskreis aus Akademikern, die am Küchentisch über das Ausbildungssystem sprechen, aber keiner hat selbst eine betriebliche Berufsausbildung durchlaufen und weiß, wie das ist.

Gibt es Rassismus gegen Weiße?

Touré: Nein. Weiße Menschen machen vielleicht auch mal die Erfahrung, dass sie aufgrund ihrer Hautfarbe Vorurteile erleben. Weiße erzählen mir oft: Ich war in Afrika im Urlaub, da hat mir auch jemand ungefragt in mein blondes Haar gefasst. Das ist kein Rassismus, du bist im Urlaub und stichst zufällig heraus. Wir aber leben in diesem Land und werden trotzdem nicht als Teil der deutschen Gesellschaft behandelt. Die rassistische Tradition weltweit, 400 Jahre Versklavung, Ausbeutung, kulturelle Beraubung und systematische Benachteiligung sind nun mal etwas völlig anderes als eine einmalige Urlaubserfahrung.

Diaby: Jeder Mensch kommt in Situationen, in denen er sich ungerecht behandelt fühlt. Für mich ist es nicht so wichtig, wie man das nennt. Entscheidend ist, dass die Gesellschaft in diesen Fällen etwas dagegen tut. Egal ob es Schwarze trifft oder Menschen mit türkischen Wurzeln.

Frau Touré, Sie wollen den Begriff „Rasse“ aus dem Grundgesetz streichen. Was würde sich dadurch verbessern?

Touré: Der Begriff dient einzig und allein dazu, Menschen zu unterteilen. Dabei gibt es keine menschlichen Rassen, das ist eine Erfindung aus der Kolonialzeit. Mir ist wichtig, den Begriff „Rasse“ mit rassistischer Zuschreibung zu ersetzen. Der Begriff „Rasse“ ist genau die Ursache des Problems, weil er falsche Tatsachen vortäuscht - nämlich, dass es mehrere und nicht eine menschliche Rasse gibt.

Diaby: Das Land Sachsen-Anhalt hat den Begriff vor kurzem aus der Verfassung gestrichen. Ich hoffe, dass andere Bundesländer und auch der Bund bald nachziehen. Das Wort müsste im Grundgesetz durch das Konstrukt rassistische Benachteiligung ersetzt werden. Das heißt: „Niemand darf rassistisch oder wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden.“

Sie haben die Kolonialzeit angesprochen. In den USA und Großbritannien werden im Rahmen von „Black Lives Matter“ gerade Statuen von Kolonialisten oder Sklavenhändlern vom Sockel gestoßen. Endlich?

Touré: Wir müssen viel mehr über die Kolonialgeschichte reden. In vielen deutschen Städten gibt es postkoloniale Straßenrundgänge, bei denen Menschen viel über die historischen Überreste aus jener Zeit lernen können. Und wenn Kolonialgeschichte und Sklaverei ausführlicher im Geschichtsunterricht vorkämen, wäre viel mehr Menschen klar, dass das N-Wort ein rassistischer Begriff ist, der aus dieser Zeit stammt. Dann hört vielleicht auch endlich die Verwirrung auf, welche Bezeichnungen für Schwarze man verwenden sollte und welche nicht.

Diaby: Kolonialismus muss zeitgemäß behandelt werden. Dazu gehört auch, dass in den Schulbüchern Schwarze Menschen nicht so entwürdigend dargestellt werden, wie es bis heute oft der Fall ist.

Cordula Eubel, Paul Starzmann

Das Gespräch ist die gekürzte Fassung eines Interviews im Tagesspiegel vom 15.6.2020.



Ethik der Appropriation

Jens Balzer

Weißer Hip-Hopper, Musiker*innen mit Rasta-Locken, Karl-May-Festspiele: Kulturelle Aneignung ist eines der Buzz-Words der derzeitigen Debatte. Doch was ist neokolonialistisch, was gute, was schlechte Aneignung? Der Kulturjournalist Jens Balzer findet einen intelligenten Weg durch komplexe wie hochpolitisierte Fragen. Sein Resümee: Entscheidend sei nicht ob, sondern wie man sich etwas aneignet; wichtig, dass die angeeigneten Kulturen „sichtbar bleiben und eure Perspektiven darauf deutlich sind, dass ihr verstanden habt, wo das politisch-historisch herkommt“.

Verlag Matthes & Seitz, Berlin 2022, 87 Seiten



Die Diversität der Ausbeutung

Eleonora Roldán Mendivil, Bafta Sarbo (Hrsg.)

Vielen gängigen Erzählungen über Rassismus setzt das Buch handfeste Kapitalismuskritik entgegen. Eindrücklich, obgleich sehr akademisch, beschreibt es, dass Rassismus seit Kolonialzeiten einer Verwertungslogik dient. Dabei bestreitet es auch, dass Klasse in Form von Klassendiskriminierung eine Diskriminierungsform unter vielen ist, die sich wie andere durch Vorurteilspädagogik bearbeiten lässt. Ein Beitrag zu Rassismus in der Polizei macht darauf aufmerksam, dass deren Fokus schon seit Gründung auf der Vertreibung armer Schichten lag.

Dietz Verlag, Berlin 2023 (3. Aufl.), 195 Seiten

"Rassismus spaltet"



*Die Autorin Canan Topçu wirft antirassistischen Aktivist*innen vor, zu polarisieren statt zu überzeugen. Der Rassismusforscher Cihan Sinanoğlu vom Deutschen Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM) in Berlin widerspricht: Es braucht eine solidarische Sprache im Kampf gegen Rassismus.*

Frau Topçu, Ihr Buch heißt „Nicht mein Antirassismus“. Was stört Sie?

Canan Topçu: Ich verfolge diese Debatte seit Jahren. Mich stört, dass sie die Bevölkerung spaltet: Hier die „People of Color“ – dort die Weißen. Wir, die Benachteiligten, dort die Privilegierten. Das ist viel zu einseitig. Und es verhindert, dass alle miteinander ins Gespräch kommen.

Cihan Sinanoğlu: Ja, wir müssen ins Gespräch kommen, aber Sie drehen die gesellschaftlichen Verhältnisse um. Nicht die Menschen, die sich gegen Rassismus aussprechen, spalten. Sondern Rassismus spaltet. Sie können nicht jene verdammen, die darauf aufmerksam machen.

Topçu: Aber es kommt auf die Form an. Allein das Vokabular, das inzwischen in der Debatte verwendet wird, ist unglaublich.

Welche Begriffe meinen Sie genau?

Topçu: Zum Beispiel dieses abfällige Reden über „alte weiße Männer“. Das ist doch Bashing! Ich war vor zwei Jahren bei einer Veranstaltung, zwei Menschen mit Migrationshintergrund lasen aus ihrem Buch. Die haben das Publikum als „Almans“ und „Kartoffeln“ beschimpft – und die Zuhörer, vor allem junge Leute aus der Mehrheitsgesellschaft, haben sich bedankt. Die freuten sich und applaudierten. Es war skurril, ich dachte, ich bin im falschen Film.

Sinanoğlu: Über solche Begriffe kann man streiten, aber das ist ein Nebenschauplatz. Ich denke lieber darüber nach, wer von Rassismus profitiert. Kein „Alman“ und keine „Kartoffel“ haben wegen ihrer Herkunft Probleme auf dem Arbeits- oder Wohnungsmarkt. Und sehen Sie sich die Entscheidungsträger in der Gesellschaft an: Von „alten weißen Männern“ zu sprechen, ist nur ein Versuch, die Norm zu benennen.

Topçu: Die verändert sich aber. Ich lebe seit 50 Jahren in Deutschland. Die Menschen in diesem Land sind viel sensibler und die Bevölkerung ist diverser geworden. Der Bundestag sieht inzwischen ganz anders aus, Cem Özdemir ist heute Minister. Auf meinem Lebensweg habe ich viele „alte weiße Deutsche“ getroffen, die sich mir gegenüber sehr reflektiert, verantwortlich

und warmherzig verhalten und so zu meinem Werden beigetragen haben.

Frau Topçu ist Kind einer Gastarbeiterin und inzwischen Dozentin an einer Hochschule und Autorin. Herr Sinanoğlu, Sie haben die Liebe der Deutschen zu solchen Aufstiegs geschichten auf Twitter als Vielfaltspaternalismus verspottet.

Sinanoğlu: Solche individualisierten Erfolgsgeschichten suggerieren: Du musst dich nur ordentlich anstrengen, dann kannst auch du erfolgreich sein. Das heißt doch im Umkehrschluss: Wer es nicht schafft, ist selbst schuld. So werden gesellschaftliche Machtverhältnisse kaschiert. Dabei ist der Bildungserfolg in wenigen anderen Ländern Europas so stark mit der sozialen Herkunft verbunden wie in Deutschland.

Topçu: Die soziale Herkunft als Ausschlussmechanismus betrifft aber nicht nur die, die sich als „People of Color“ zu Wort melden. Immer nur andere verantwortlich zu machen, dass man nicht vorankommt, oder alle Schuld der Gesellschaft zuzuschieben, das stört mich. Der persönliche Fleiß ist auch ein entscheidender Faktor.

Ist das Vokabular der Akteure zu abgehoben? Den Begriff „People of Color“ kennen ja oft selbst jene nicht, die gemeint sind.

Sinanoğlu: Das ist ein Import aus dem Ausland, der deswegen in der Tat umstritten ist. Inwiefern er nach Deutschland passt, wird viel diskutiert. Als „People of Color“ bezeichnen sich Menschen, die von Rassismus betroffen sind – sei es aufgrund ihrer Hautfarbe, ihrer Religion oder ihrer Herkunft. Der Begriff ermöglicht Allianzen. Zu betonen, dass man ähnliche Erfahrungen macht, kann solidarisiert wirken.

Topçu: Diese Solidarität erlebe ich nicht. Ich wurde mal von einer Diskussion ausgeschlossen, weil mir eine schwarze Frau vorwarf, ich sei eine „weiß gelesene Person of Color“ und sabotiere mit meinen Positionen den Diskurs. Seitdem reizt mich die Formulierung „weiß gelesene“. Was soll das?

Herr Sinanoğlu, wer wird „weiß gelesene“ und warum?

Sinanoğlu: Der Begriff „weiß gelesene“ ist umstritten und hängt vom Kontext ab. Bei diesem Begriff geht es nicht

um die Hautfarbe im biologischen Sinne, sondern um ein gesellschaftliches Machtverhältnis. Hautfarbe ist aber auch nie unschuldig. Sie wird mit Bedeutung aufgeladen – darauf weist die Formulierung hin. Eine als „weiß gelesene“ Person gehört dieser Auffassung nach zur Mehrheitsgesellschaft und ist damit im Verhältnis zu anderen privilegiert.

Topçu: Ich habe damit große Probleme: Letztlich nimmt sich eine Minderheit heraus, für sich selbst einen kritikfreien Schonraum zu fordern. Wer sich kritisch äußert, so wie ich, wird zur „Weißen“ erklärt, und damit zu einer Person, die angeblich von Rassismus profitiert.

Sie werfen Aktivisten vor, das „Opfersein“ zu zelebrieren. Das heißt?

Topçu: Ich bin als achtjähriges Mädchen aus einem türkischen Städtchen nach Deutschland gekommen und kenne die Kränkungen, Verletzungen und Defizite, denen man als Einwanderin ausgesetzt sein kann. Das kann mit psychischen Deformationen einhergehen, ich habe selbst fünf Jahre Psychotherapie hinter mir. Aber bei manchen führt es dazu, dass sie alles, was ihnen passiert, auf ihren Namen oder ihre Hautfarbe zurückführen. Sie erleben eine Art „confirmation bias“ – finden also dauernd Dinge, die sie in ihrer Weltsicht bestätigen, bis sie glauben, um sie herum wären alle Rassisten.

Sinanoğlu: Ich finde, wenn jemand von rassistischer Diskriminierung erzählt, sollten wir das nicht infrage stellen, sondern zuhören. Ich würde das nicht psychologisieren.

Herr Sinanoğlu, ist Rassismus in Deutschland alltäglich?

Sinanoğlu: Er ist Alltag für Leute, die davon betroffen sind ...

Topçu: ... Moment: Was ist Rassismus eigentlich? Für mich ist das ein Totschlagargument, ein inflationär gebrauchter Begriff. Alles Mögliche soll inzwischen rassistisch sein.

Sinanoğlu: Ich wundere mich, dass gerade Sie das sagen. In Ihrem Buch erklären Sie an keiner Stelle, was Sie darunter verstehen. Es ist überhaupt nicht klar, wovon Sie sprechen.

Topçu: Dann erklären Sie es mal.

Sinanoğlu: Rassismus ist eine Ideologie und eine soziale Praxis, aufgrund derer Menschen mittels zugeschriebener Merkmale in Gruppen eingeteilt werden. Dadurch ist vielen der Zugang zu Ressourcen versperrt. Auch Menschen, die keine Rassisten sind, können sich rassistisch verhalten. Ein Beispiel: Es gibt etliche Studien, die zeigen, dass für Gymnasialempfehlungen die Herkunft eine Rolle spielt. Da steckt oft gar kein böser Wille dahinter, sondern etwa der Gedanke, dass ein Kind mit Migrationshintergrund auf dem Gymnasium überfordert sein könnte. Es geht da nicht um Schuld oder Moral. Sondern es geht um verfestigte gesellschaftliche Strukturen und um ein soziales Verhältnis, das Ungleichheit schafft.

Topçu: Das mag aus wissenschaftlicher Sicht alles richtig sein. Aber im Alltag kann ich mit dem Satz „Rassismus ist eine Ideologie“ nichts anfangen. Diese Formulierung hilft nicht, konkrete Benachteiligungen zu beseitigen, sondern sie schreckt Menschen ab, die wir überzeugen müssen, in einen Dialog zu treten.

Als Kind türkischer Einwanderer haben Sie selbst Zurückweisung erlebt. Ein Mitschüler nannte sie „Kümmeltürkin“, schreiben Sie in Ihrem Buch. Wenn das kein Rassismus war, was dann?

Topçu: Das war Diskriminierung.

Sinanoğlu: Aufgrund von was?

Topçu: Aus vielen Gründen. Wir waren Kinder von Arbeitsmigranten. Wir waren Fremde, die eine andere Sprache gesprochen haben, andere Gewohnheiten hatten und als Minderheit in ein neues Umfeld gekommen sind.

Sinanoğlu: Und deswegen wurden Ihnen bestimmte Eigenschaften verliehen – diese Zuschreibung ist rassistisch. Sie führt dazu, dass Sie ausgeschlossen wurden.

Topçu: Wenn wir bei jedem Anlass gleich „Rassismus“ rufen, dann verharmlosen wir den Begriff. Für mich ist entscheidend, ob eine Handlung tatsächlich rassistisch gemeint oder vielleicht einfach ein Missverständnis ist. Wenn schon die Frage „Woher kommst du?“ rassistisch

sein soll, was ist es dann, wenn ein Schwarzer im Bus angespuckt wird?

Sinanoğlu: In Deutschland hat es doch eher Tradition, Rassismus zu verdrängen und zu leugnen. Nach der Zeit des Nationalsozialismus hieß es, das gebe es bei uns nicht mehr, weil das ja in der Verfassung jetzt verboten sei. Später behauptete man, Rassismus existiere nur an den Rändern. Er wurde meist mit Rechtsextremismus und Gewalt gleichgesetzt. Das suggerieren Sie ja auch mit Ihrem Beispiel. Ich dagegen würde sagen: Rassismus durchdringt auch unsere alltäglichen Interaktionen.

Ist die Frage „Woher kommst du eigentlich?“ also rassistisch?

Sinanoğlu: Im persönlichen Gespräch berichte ich gern von meiner Herkunft. Der Widerstand richtet sich nicht gegen die Frage, sondern gegen die Vorstellung von „Deutschsein“, die dahintersteckt. Die Idee, dass es ein homogenes „Wir“ gäbe, dem bestimmte Menschen nicht angehören. Als Rassismusforscher hinterfrage ich solche Kategorien.

Topçu: Wegen Debatten wie dieser sind viele Leute mittlerweile total verunsichert. Ich merke das häufig. Die trauen sich gar nicht mehr zu fragen: Wo bist du geboren, was hat dich geprägt? Dadurch entgeht uns die Chance, uns voneinander zu erzählen und Verständnis für ein Anderssein zu entwickeln.

Ist das ein Fortschritt, Herr Sinanoğlu?

Sinanoğlu: Sich mit Rassismus auseinanderzusetzen, bereitet Unbehagen, das ist so. Das ist aber grundsätzlich keine schlechte Sache, das gilt auch bei dieser Frage. Es zeigt, dass die Leute anfangen nachzudenken.

Matthias Bartsch, Jean-Pierre Ziegler

Das Gespräch ist eine gekürzte Fassung eines im Nachrichtenmagazin Der Spiegel 5/22 erschienenen Interviews.

Zum Weiterlesen: Canan Topçu: „Nicht mein Antirassismus: Warum wir einander zuhören sollten, statt uns gegenseitig den Mund zu verbieten. Eine Ermutigung“, Quadriga Verlag, Köln 2021, 224 Seiten



Das ist auch unser Land

Cigdem Toprak

„Das war ein Anschlag auf uns“ – so kommentiert Cigdem Toprak die rassistischen Anschläge von Hanau 2020. Entlang ihrer eigenen Geschichte und vielen Gesprächen mit Menschen aus seit Jahrzehnten in Deutschland lebenden Familien lässt sie Erfahrungen von Ausgrenzung und Diskriminierung zu Wort kommen, erzählt aber auch von Erfolgsgeschichten und Alltag in migrantischen Communities. So gelingt, gleichsam nebenbei, ein Blick auf Themen wie Identität, Zugehörigkeit, Heimat.

Ch. Links Verlag, Berlin 2020, 256 Seiten

Das Buch ist auch in der Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung erschienen und dort bestellbar.



© Agattha Powa

Lest Geschichten von People of Color!

Auch Kinder und Jugendliche sollen BIPOC-Literatur lesen, um die Welt nicht mehr nur aus einer rein weißen Perspektive sehen zu können. Die Schülerin Lisa schreibt, warum das wichtig ist.

In ihrer Rede „Die Gefahr einer einzigen Geschichte“ erzählt die Autorin und Frauenrechtsaktivistin Chiamanda Ngozi Adichie aus ihrem eigenen Leben. Sie ist fünf Jahre alt, als sie sich an Literatur versucht, eine erste Geschichte schreibt. In der essen weiße, blauäugige Kinder Äpfel. Dabei stammt Adichie aus Nigeria, sie ist eine Woman of Color. Weiße Kinder mit blauen Augen kannte sie damals nur aus Geschichten, die sie selbst gelesen hatte. Ein Schwarzes Mädchen schreibt über weiße Kinder: Die Absurdität dieser Episode, erzählt Adichie, habe sie sehr lange gar nicht erkannt.

Die Bilder in unseren Köpfen werden geformt von den Geschichten, die wir kennen. Geschichten prägen, beeinflussen uns von Kind an. Durch Lesen bilden wir uns, lernen dazu. Ideale, Vorstellungen, Weltbilder entstehen. Meine liebste Geschichte von den vielen Geschichten, die mir als kleines Kind vorgelesen wurden, handelte von der Hexe Trixi und ihren Besen Fegerlein und Besinchen. Ich habe mir oft in der Nacht, vor dem Einschlafen vorgestellt, ich wäre Trixi. Eine kleine Hexe, natürlich weiß, die des Nachts auf ihrem Hexenbesen die Welt erkundet. Eine Welt, die auch weiß ist.

Irgendwann beginne ich selbst zu lesen. Mein Regal wächst von meinem zwölften Lebensjahr an stetig, ich verbringe immer mehr Zeit mit der Nase zwischen den raschelnden Seiten. Ich liebe Jugendromane, Abenteuer-Geschichten und später Kitsch mit verliebten Teenies. Wenn ich meinem 14-jährigen Ich heute etwas sagen könnte, dann, es sollte sich weniger damit beschäftigen, welche gut aussehenden und in der Regel weißen Charaktere sich bald in der nächsten Dreiecksbeziehung verfangen. Lieber sollte es diesen Schnulzenkram zur Seite legen und sich etwas vornehmen, das gesellschaftspolitisch relevant ist.

Aber es gab niemanden, der das meinem 14-jährigen Ich hätte sagen können. Vielleicht hätte ein Buch diese Aufgabe übernehmen können. Durch Zufall entdeckte ich in meiner liebsten Halberstädter Buchhandlung die 500 gebundenen Seiten – schön dick, genau mein damaliges Beuteschema. Auf dem sonst weißen Umschlag war ein Schwarzes Mädchen zu sehen, in der Hand ein Schild haltend mit der Aufschrift: „The Hate U Give“. Cooler Titel, dachte ich, mal was Englisches, obwohl es ins Deutsche übersetzt worden ist. Autorin: Angie Thomas – noch nie gehört, noch nie gelesen, kann man ja mal ausprobieren.

Die Geschichte handelt von einem Mädchen und ihrem Freund, beide BIPOC (Black, Indigenous and People of Color), die eines Abends von der Polizei angehalten werden. Starr, die Protagonistin, muss mitansehen, wie ihr Freund Khalil von einem Polizisten erschossen wird. „The Hate U Give“ erzählt vom Leben eines Teenagers in den USA, aber eben auch von Polizeigewalt gegen BIPOC, vom Rassismus und dessen Folgen für die Schwarze Gesellschaft.

Ich hatte also, ohne es zu wissen, mein erstes Buch einer Schwarzen Autorin gekauft. Gelesen aber habe ich es damals nicht, das Thema Rassismus ist noch weit weg von meinem eigenen Teenie-Leben. Ich habe das Buch ins Regal gestellt neben all die anderen Bücher von weißen Autor*innen. Dort stand es bis vor kurzem und staubte ein. Aber einige Jahre, ein paar gute Podcastfolgen, Zeitungsartikel, Instagram-Profile und sehr viel Aufklärung später fragt sich mein heutiges Ich: Was wäre geschehen, hätte ich „The Hate U Give“ damals mit 14 Jahren schon gelesen? Wie hätte mich eine solche Leseerfahrung verändert? Hätte ich mich viel früher sensibilisieren lassen und wäre verantwortungsvoller mit dem Thema umgegangen? Oder wäre ich zu jung gewesen, hätte ich das Buch nur als eine weitere New-Adult-Erzählung gelesen und die komplexen Hintergründe gar nicht verstanden?

Im Fach Deutsch haben wir uns vor einigen Monaten mit der Bedeutung von Literatur beschäftigt. Ich habe gelernt, dass Literatur Macht besitzt, auch wenn sie für viele Menschen nichts weiter ist als aneinander gereihte Buchstaben. Eine Wirkmacht, die vielleicht schwer in Worte zu fassen ist, aber, so hat es der Autor und Arzt Friedrich Wolf beschrieben, dennoch als Waffe eingesetzt werden kann. Christoph Hein, ein anderer deutscher Schriftsteller, sagt, dass die allein aufs Papier geschriebenen Worte zwar wirkungslos seien, aber sobald sie gelesen und verstanden werden, sehr mächtig werden können. So ist es natürlich auch mit den Worten, Sätzen, Büchern von BIPOC: Irgendwo, irgendwann niedergeschrieben erzielen diese Texte keine Wirkung. Aber wenn wir diese Texte lesen, dann hören wir die Menschen, die sie geschrieben haben, dann werden diese Menschen sichtbar. Wir, die Leser, sind also Teil dieses Prozesses der Sichtbarmachung, wenn wir uns von Sprache und Worten bewegen lassen. Oder, wie der österreichisch-ungarisch-britische Schriftsteller Arthur Koestler es einmal gesagt hat: „Worte sind Luft.“

Aber die Luft wird zu Wind, und der Wind macht die Schiffe segeln.“

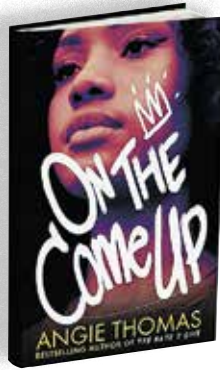
An dieses Zitat muss ich denken, wenn ich an BIPOC denke. Denn sie erfahren nahezu täglich Rassismus, Ausgrenzung und Diskriminierung. Ihre Arbeit wird oft weniger wertgeschätzt, nur weil sie nicht weiß sind. BIPOC-Autor*innen sind oft weniger bekannt, weil sie nicht ins weiße Schema passen. Deshalb sollte jede und jeder ganz bewusst Literatur von BIPOC lesen, ganz gleich ob Belletristik, Kinder- oder Sachbuch. Aus meiner eigenen Geschichte weiß ich: Niemand sollte Angst oder Scheu davor haben, seine Kinder an den niedergeschriebenen Erfahrungen von BIPOC teilhaben zu lassen.

Denn Aufklärung und Sensibilisierung sind unerhört wichtig, wenn wir begreifen wollen, wie Rassismus funktioniert. Und erst recht, wenn wir ihn bekämpfen wollen. Nur so können wir unsere eigenen rassistischen Muster, die wir unserer weißen Sozialisation verdanken, durchbrechen. Auch 13- oder 14-Jährige sind schon alt genug, um sich mit diesem Thema auseinanderzusetzen. Ich wünschte, ich hätte damals schon „The Hate U Give“ gelesen.

Wir alle leben in einer gesellschaftlichen Realität, in der Menschen mit hellerer Haut automatisch Privilegierte sind. Wir Weiße sollten deshalb das tun, was wir tun können: zuhören. Niemand wird die Welt von heute auf morgen auf den Kopf stellen, aber wir können lernen – und ein bisschen zur Seite rutschen. Um Platz zu machen für die, die bisher nicht zu sehen waren. Um Geschichten zu hören, die aus vielen verschiedenen Perspektiven erzählt werden. Um die Welt besser zu verstehen – und sie irgendwann ein wenig besser machen zu können.

Lisa (18)

Der Text erschien zuerst in der q.rage.



LISAS LESETIPPS

On The Come Up

Angie Thomas

Ein Jugendroman, der ebenso wie „The Hate U Give“ von derselben Autorin das Schicksal eines Teenagers, aber auch ihr Leben als Rap-Künstlerin thematisiert. (cbj Verlag)



Was es bedeutet, wenn ein Mann aus dem Himmel fällt

Lesley Nneka Arimah

Eine bewegende Geschichte über Familie, Liebe und Freundschaft. (CulturBooks Verlag)



Die Falle

Melanie Raabe

Ein sehr spannender und geheimnisvoller, aber auch blutiger Krimi. (BTB Verlag)



Americanah

Chimamanda Ngozi Adichie

Der Roman setzt sich – angelehnt an die nigerianische Geschichte – mit Rassismus und emotionaler Bindung an Heimat auseinander. Liebesgeschichte inklusive! (Fischer Verlag)

Halle – Der Tag danach

Am 9. Oktober 2019 starben in Halle Jana L. und Kevin S. durch die Schüsse eines Attentäters, der zuvor versucht hatte, in die Hallenser Synagoge einzudringen. Dort feierten Jüdinnen und Juden Jom Kippur, den Tag der Versöhnung. Am Tag darauf notierte die Schülerin Lotte, die neben der Synagoge wohnt, was sie erlebt hat.

Ich liege im Bett, gucke „Gilmore Girls“ und höre einen Knall. Ich schaue aus dem Fenster, mache meiner Freundin ein Audio. Noch denke ich mir nichts dabei. Doch es knallt weiter. Ich renne ins Wohnzimmer, von dort aus hat man den besten Blick auf die Straße.

Das, was ich dort sehe, kann ich jetzt, 36 Stunden später, immer noch nicht begreifen. Die Erinnerungen verschwimmen. Und noch ein Knall. Ich sehe einen Menschen, der wie ein Irrer herumrennt und gegen die Tür der Synagoge tritt. Ich sehe, dass er einer Frau in den Rücken schießt. Weinend und schreiend laufe ich durch die Wohnung. Der Täter steigt in sein Auto und biegt in die Schillerstraße ab. Wie ein Roboter öffne ich die Kamera meines Telefons und fotografiere das Auto, um später das Kennzeichen zu erkennen.

Ich schaue mich um. In den Gesichtern an den Fenstern: Angst und Ungewissheit. In den nächsten Stunden kommen einige Polizisten in unsere Wohnung. Sie nehmen auch mein Handy mit, um die Bilder des Autos zu sichern. Mein Vater darf nach einigen Stunden dann auch endlich in unsere Wohnung. Ich bin froh, ihn in meine Arme schließen zu können. In der Nacht schlafe ich bei ihm. Ich wache am nächsten Morgen auf und bin erstaunt, wie gut ich einschlafen konnte. Das erste, was ich tue, ist aus dem Fenster zu schauen. Das war kein Traum.

Mama und Papa haben sich frei genommen und wir gehen zusammen zur Mahnwache an der Synagoge. Dort treffe ich einige meiner Freunde. Sie geben mir viel Kraft. Der Gehweg füllt sich mit Kerzen und Blumen und es kommen immer mehr Reporter und Kamerteams. Die Polizei sperrt den Gehweg ab. Wir sollen

unsere „Versammlung“, wie sie der Polizist nennt, auf den Bereich vor der Kreuzung verschieben. Der Grund sind die Politiker und deren Personenschutz. Mich macht das wütend. Hätten sie nur die Kosten für diesen Einsatz in einen Polizeiwagen vor der Synagoge am höchsten Feiertag der Juden gesteckt, vielleicht wäre das alles nicht passiert. Aber ich will gar nicht darüber nachdenken, auch wenn es mir schwerfällt.

Wenige Stunden später bin ich auf dem Weg zur Gedenkveranstaltung auf dem Marktplatz. Wir holen Blumensträuße und Kerzen. Unausgesprochene Wut und Trauer umwehen uns. Auf dem Marktplatz angekommen, treffen wir auf viele Bekannte. Großartige Worte werden gesagt und ich verspüre für einen kurzen Moment Hoffnung.

Nie zuvor habe ich so einen Zusammenhalt erlebt. Vom Marktplatz aus geht es zur Pauluskirche. Ich habe wieder ein mulmiges Gefühl, jedoch bin ich der Meinung, es sei die richtige Entscheidung, weiter zu machen, unter Menschen zu bleiben und nicht nach Hause zu gehen.

An der Kirche angekommen, ist schon der ganze Berg mit Menschen gefüllt und wir kommen auch nicht mehr in die Kirche hinein. Wir verbringen draußen einige ruhige Minuten, in denen wir gedenken können. Aber auch dort sind wieder viele Reporter. Ich rege mich über sie auf, spreche einen der Fotografen an, die an diesem Ort Unruhe verursachen. Er ignoriert mich und ich habe keine Kraft mehr, mich weiter aufzuregen. Nach der Andacht stehen auf einmal meine Großeltern vor mir. Bis gestern waren sie auf Zypern und ich hatte nicht damit gerechnet, sie hier zu sehen. Ich breche in Tränen aus.



© picture-alliance, Jan Woitas



© picture-alliance, Hendrik Schmidt

Ich halte sie lange in meinen Armen und sehe meinen Opa das erste Mal weinen. Noch nie zuvor war ich dankbarer für meine Familie. Dank, aber auch Stolz verspüre ich gerade auch meinen Freunden gegenüber. Wir sind füreinander da. Jeder unterstützt jeden. Ich habe das Gefühl, dass uns das alles, so schrecklich es ist, ein Stück zusammengebracht hat. Das Gefühl auf dem Schweigeweg zur Synagoge und zum Dönerladen ist unbeschreiblich. Die ganze Humboldtstraße ist voll. Überall kleine Lichter, ein Meer voller Hoffnung. Leise Friedenslieder erklingen, auch ich stimme mit ein. Die Hand meiner Oma lasse ich erst los, als wir an der Synagoge ankommen und unsere Kerzen und Blumen ablegen.

Vor dem Dönerladen sind Freunde von Kevin S. Er war Fußballfan. Den Angehörigen sind Trauer und Verzweiflung ins Gesicht geschrieben und sie sagen „Nichts ist los ohne Kevin“. Sie weinen. Auch ich fange wieder an. Über die Tat an sich kann ich noch nicht nachdenken. Ein Warnsignal war das sicher nicht. Dafür ist es zu spät. Dieses Ereignis ist das Ergebnis von vielen, viel zu vielen Warnsignalen auf dieser Welt in den letzten Jahren und Jahrzehnten.

Lotte (17)

Der Text erschien zuerst in der Netzwerkzeitung q.rage.

So weiß und so schön wie Barbie sein ...

Rassismus ist ein großes Thema, das aber oft nur abstrakt diskutiert wird. Unsere Autorin Miriam erzählt aus eigener Erfahrung, wie schon Kinder in ihrem Alltag belastet werden.

Als ich klein war, habe ich nie bemerkt, dass ich „anders“ bin. Ich spielte und malte genauso wie alle anderen Kinder in meinem Kindergarten. Ich war Miriam und ich konnte einfach „nur“ Miriam sein. Ich habe mit meinen Freunden Barbie gespielt, und wir haben Sandkuchen aus Sand und Wasser gemacht. Miriam war ein abenteuerlustiger Mensch und sie liebte es, mit ihrer Mutter zu backen und zu kochen. Miriam war sehr glücklich.

Ich war fünf Jahre alt, als ich zum ersten Mal bemerkte, dass ich anders war. Eine alte Frau griff mich und meine Mutter rassistisch an. Wir sollten „ihr“ Land verlassen, weil „wir“ hier nichts zu suchen hätten, sagte sie – und benutzte das N-Wort. Dieses Ereignis war traumatisierend und hat mich sehr geprägt. Ich fühlte mich zum ersten Mal anders. Seitdem habe ich immer wieder das Gefühl, als würde ich nicht hierher gehören, und war immer sehr sensibel, wenn es um meine Hautfarbe ging.

Als ich in die Grundschule kam, war ich das einzige Kind in meiner Klasse, das Schwarz war. Im Kindergarten ist mir so etwas zwar aufgefallen, aber es hat mir nichts ausgemacht. Das hier aber war die Grundschule, und plötzlich war ich nicht mehr Miriam aus dem Kindergarten. Es war hart für mich, Freunde zu finden, und ich glaube, einer der Gründe war meine Hautfarbe. Damals passierte sehr viel in meinem Kopf. Die Diskriminierungen, die ich im Laufe meines Lebens erlebt habe, haben mich sehr verändert. Meine Hautfarbe nahm sehr viel Platz in meinem Leben ein: Ich war das Schwarze Mädchen Miriam und nicht einfach nur Miriam.

Ich erinnere mich noch sehr genau daran, wie ich in unser Badezimmer ging, als ich ungefähr sieben Jahre alt war, und eine Flasche Seife nahm und mich so sauber schrubben wollte, bis ich so weiß und schön war wie Barbie. Letztens erzählte ich meiner Mutter von diesem Vorfall, und sie fragte mich, warum ich so

wie Barbie sein wollte und nicht wie all die anderen weißen Persönlichkeiten, die ich kannte.

Ganz einfach: Seit ich klein war, spiele ich mit Barbie-Puppen und sehe mir Barbie-Filme an. Barbie ist das hübsche, weiße, blonde Mädchen mit langen Haaren und schönen blauen Augen. Sie ist alles, was wir in der westlichen Welt als schön empfinden – aber Barbie ist das komplette Gegenteil von mir. Miriam, so habe ich das damals empfunden, war das hässliche Schwarze Mädchen mit kurzen schwarzen Haaren und langweiligen braunen Augen. Ich wollte Barbie sein. Nicht weil ich meine Hautfarbe nicht mochte, sondern weil ich so behandelt werden wollte wie eine Person, die aussieht wie Barbie.

Heute bin ich vierzehn Jahre alt und komme immer noch nicht so ganz mit meiner Hautfarbe zurecht. Aber ich habe gelernt, sie zu akzeptieren. Trotzdem ist Rassismus für mich immer noch anstrengend, er macht mich – ehrlich gesagt – nicht einmal mehr wütend, sondern nur noch sehr müde. Immer wieder möchte ich eine Pause von meinem Äußeren bekommen und mich lieber auf mein Inneres konzentrieren. Aber das ist schwer, wenn man von anderen Menschen vermittelt bekommt, dass man nicht dazu gehört, weil man eine andere Hautfarbe hat.

Entweder ich bin zu Schwarz für die nichtschwarzen Menschen in meinem Leben. Oder zu weiß für die Schwarzen Menschen. Ich werde wahrscheinlich nie wieder Miriam aus dem Kindergarten sein können, aber das habe ich akzeptieren gelernt. In diesem Moment, kann ich Miriam sein, die diesen Text verfasst und ihr Leben reflektiert. Miriam, die weiß, dass sie zwar „anders“, aber doch wie alle anderen Menschen ist. Oder auch Miriam, die ihr Leben einfach genießen möchte.

Miriam (14)

Der Text erschien zuerst in der Netzwerkzeitung q.rage.



Es gibt keine Schule ohne Rassismus

*Ist die Aufnahme in das Netzwerk Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage ein Gütesiegel?
Nein, sie ist das klare Signal: Wir machen uns auf den Weg zu einer rassismussensiblen Schulkultur!*

Mit dem Leitsatz „Schule ohne Rassismus“ ist es wie mit Artikel 1 des Grundgesetzes, in dem es heißt „Die Würde des Menschen ist unantastbar“. Tagtäglich wird in Deutschland gegen diesen Grundsatz verstoßen, im Alltagsleben, in den Behörden, Betrieben oder an den Schulen. Dennoch ist der seit dem Jahr 1949 geltende Satz keinesfalls wertlos. Er formuliert einen Anspruch, den mit Leben zu füllen alle aufgefordert sind: Bürger*innen, Politik, die Gesetzgebung und die Exekutive. Vielerlei Maßnahmen sind notwendig. Wieder und wieder, weil auch in unserer Gesellschaft stets neue Generationen heranwachsen, die sich auf den in Artikel 1 formulierten Anspruch verständigen und ihn gegen Angriffe verteidigen müssen. Die Geschichte lehrt: Es gibt keine Garantie, dass das gelingt. Es bleibt also eine Herausforderung, die niemals endet. Der Weg ist in diesem Fall tatsächlich das Ziel.

Immer wieder wird kritisiert, das an den Courage-Schulen angebrachte Schild *Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage* erwecke den Anschein, die Schule ist ein Ort frei von Rassismus. Oft werden eigene Erfahrungen angeführt, die belegen, dass es an Courage-Schulen eben doch Rassismus gibt. Manche, die sich zu Wort melden, sind selbst von Rassismus in Courage-Schulen betroffen. Andere haben ihn in ihrem Schulalltag ertragen müssen. Es geht darum, dass Lehrer*innen, die rassistische Sprüche machen, trotz Beschwerden bei der Schulleitung unbehelligt weiterhin unterrichten. Oder dass so wenig geschieht, wenn sie sich bei der Klassenlehrerin über die homophoben Sprüche der Schüler*innen aus der Parallelklasse beschweren. Es gibt an allen Schulen, ob mit oder ohne Schild Rassismus, Antisemitismus und andere Formen der Diskriminierung wie Klassismus, Homo- und Transfeindlichkeit oder Sexismus.

Deshalb ist das Herzstück der Selbstverpflichtung von Courage-Schulen das Versprechen, nicht wegzuschauen, wenn an der Schule Gewalt, Diskriminierungen, insbesondere Rassismus, stattfinden. Dort heißt es: „Wenn an meiner Schule Gewalt, diskriminierende

Äußerungen oder Handlungen ausgeübt werden, dann wende ich mich dagegen, spreche dies an und unterstütze eine offene Auseinandersetzung, damit wir gemeinsam Wege finden, einander respektvoll zu begegnen.“ Dies zeigt: Es wird davon ausgegangen, dass es an Courage-Schulen Diskriminierung und Rassismus auch dann noch geben wird, wenn ein Schild von einer „Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage“ spricht.

Wie könnte es auch anders sein? Die Zusammensetzung der Schulgemeinschaft ändert sich ständig. Das Schild erinnert an ein Ziel – und daran, dass es darum geht, sich immer wieder aufs Neue dafür einzusetzen. Rassismus- und Diskriminierungserfahrungen an Schulen nicht beschweigen, Missstände offen ansprechen – das ist das Ziel und der Anspruch.

An inzwischen mehr als 4.000 Netzwerkschulen werden Wege für ein besseres Miteinander leidenschaftlich und mit unterschiedlichen Ergebnissen debattiert. Das zeigt: Immer mehr Menschen setzen sich kritisch mit dem eigenen Anspruch auseinander. Zugleich helfen diese Debatten bei der Entwicklung einer rassismussensiblen Schulkultur. Der kritische Blick, die kontroverse Diskussion und gemeinsames Engagement; all das gibt Anstöße und ermöglicht Veränderungen an den diskriminierenden Verhältnissen. Mehr als 125 Landes- und Regionalkoordinationen begleiten, beraten und unterstützen die Courage-Schulen bei ihrem Engagement.

Eine Schule ohne Rassismus entsteht nicht durch ein Schild. Immer wieder aufs Neue und mühsam muss an ihr gearbeitet werden. Insofern beschreibt auch *Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage* vor allem einen Weg, den wir gemeinsam gehen wollen: hin zu einer rassismusfreien Schulkultur, in der die Gleichwertigkeit aller Menschen geachtet wird. Selbst wenn das Ziel noch weit in der Zukunft liegt: Wir sollten es weder aufgeben, noch die Messlatte tiefer hängen.

Sanem Kleff



20 Empfehlungen, um weniger rassistisch zu sein

*Man kann sich rassistisch verhalten, ohne dass man es will. Und dann?
Ein paar Punkte zum Weiterdenken.*

- 1 Wenn du Menschen beim Small Talk fragst, woher sie kommen, und sie antworten München – dann ist das vermutlich einfach so. Frag bitte nicht (sofort) nach ihren Eltern, Großeltern und Urgroßeltern. Frag lieber dich: Warum ist dir das so wichtig? Kann das weg?
- 2 War nur ´n Witz und nicht böse gemeint? Vielleicht für dich. Bei Betroffenen kommt das oft nicht so rüber. Viele verbinden rassistische Witze mit gewaltvollen Erfahrungen. Und ganz ehrlich: Wer Witze auf Kosten ohnehin benachteiligter Menschen macht, ist einfach nicht lustig.
- 3 Wenn du miterlebst, dass Menschen rassistisch behandelt werden: Frag die Betroffenen diskret, was du für sie tun kannst. Tu nichts, was Betroffene nicht wollen.
- 4 Ein kluger Mensch namens Vernā Myers sagte in einem TED-Talk: „Diversität ist, zu einer Party eingeladen zu werden. Inklusion ist, wenn man gefragt wird, ob man tanzen will.“ Gemeinsames Essen geht auch.
- 5 Deine Freunde oder Verwandte machen rassistische Bemerkungen oder sie posten rassistische Inhalte? Du kannst dich ausloggen, andere können es nicht. Überlasse deshalb die Reaktion nicht jenen, die sich ständig damit herumschlagen müssen. Sich immer wehren zu müssen, ist sehr anstrengend.
- 6 Wenn du andere Menschen im Kampf gegen Rassismus unterstützen willst, dann geht es um die anderen – nicht um dich.

7

Die Frage nach Rassismuserfahrungen ist sehr persönlich. Viele haben schlechte Erfahrungen in sich vergraben. Respektiere die Tatsache, dass nicht jeder und zu jeder Zeit mit dir darüber sprechen möchte.

8

Nicht alle Menschen mit Migrationshintergrund sind Expertinnen für Einwanderung, Integration, Islam oder fremde Länder. Wenn sie offensichtlich keine Ahnung davon haben, dann behandle sie so wie alle Menschen, die keine Ahnung davon haben.

9

Umgekehrt haben Experten für Migration oder Diskriminierung oft langjährige eigene Erfahrung mit diesen Themen. Wenn du von ihnen lernen willst, hör ihnen zu wie allen Experten oder stelle Fragen. Belehre sie bitte nicht mit privaten Anekdoten.

10

Wenn du die Möglichkeit hast, jemandem eine Stimme zu geben (in einem Aufsatz, bei einer Veranstaltung), dann suche auch nach Autoren und Sprecherinnen mit Migrationshintergrund. Wenn du selbst absagst, gib eine Empfehlung. Gib dein Rampenlicht an Menschen ab, die wenig gehört werden.

11

Menschen, die Rassismuserfahrungen gemacht haben und sie anprangern, sind nicht pauschal dumm, hysterisch oder verrückt. Ihre Erfahrungen sind vielleicht kein Allgemeinwissen. Aber sie sind deswegen nicht falsch.

12

Du findest schwarze Männer oder Asiatinnen besonders heiß? Es gibt eine lange Geschichte der Sexualisierung von Fremden. Betroffene empfinden diese vermeintlich positiven Zuschreibungen manchmal als entwürdigend.

13

Es gilt grundsätzlich, bei diesem Thema aber umso mehr: Eigne dir das Wissen fremder Leute nicht so an, als wäre es dein eigenes. Wenn du etwas Interessantes gehört oder gelesen hast, zitiere die Urheberin oder den Urheber.

- 14 Als Frau oder Ossi machst du ähnliche Erfahrungen wie Migranten? Setze Rassismus nicht mit anderen Diskriminierungsformen wie Sexismus gleich. Manchmal wird es noch komplizierter: Diskriminierungsformen können sich überlappen und verstärken, wenn eine Person mehrfach diskriminiert wird. Manche sind schwarz, weiblich, homosexuell und haben körperliche Einschränkungen – und sind in Ostdeutschland groß geworden.
- 15 Es gibt für dich keine Hautfarben, weil alle Menschen gleich sind? Menschen, denen eine dunkle Hautfarbe zugeschrieben wird, machen wegen dieser zugeschriebenen Hautfarbe andere Erfahrungen. Das kann man einfach so akzeptieren.
- 16 Wenn dich jemand darauf hinweist, dass eine Bemerkung verletzend war, atme tief durch und zähle im Kopf bis mindestens zehn, am besten bis 100, bevor du zum Gegenangriff übergehst. Vielleicht hat sich der Gegenangriff bis dahin verflüchtigt. Dann hättest du nur einmal verbal verletzt, das reicht.
- 17 Fühl dich bei Debatten über Rassismus oder Weiße nicht persönlich angegriffen. Es geht um einen gesellschaftlichen Missstand, nicht um dich.
- 18 Trenne die analytische Kritik am Rassismus von deinem individuellen Handeln. Manche Phänomene muss man auch analysieren können, ohne in eine Gut-oder-böse-Diskussion zu verfallen.
- 19 Nur weil du niemanden mit Rassismuserfahrungen kennst, heißt das nicht, dass es keinen Rassismus gibt.
- 20 Es geht nicht um Schuld, sondern um Verantwortung.

Ein Beitrag von Vanessa Vu, Amna Franzke und Hasan Gökkaya. Die 20 Tipps erschienen zuerst bei Zeit Online.



Was ist was?

Einige Begriffe aus Rassismusdebatten

Über Rassismus, Antirassismus und Postkolonialismus wird oft kontrovers und konfrontativ debattiert. Dahinter stehen akademische Schulen und soziale und politische Strömungen, die sich zum Teil unversöhnlich gegenüberstehen. In den zurückliegenden Jahren flossen eine Reihe Begriffe ins Deutsche ein, die in US-amerikanischen Diskussionen vor einem anderen historischen Hintergrund geprägt wurden. Inwieweit sie für die deutsche Debatte hilfreich sind, ist umstritten. Um nur ein Beispiel zu nennen: Viele Begriffe legen nahe, Rassismus gäbe es nur gegen People of Color (PoC). Dies entspricht nicht der Erfahrung in Deutschland, wo Millionen Menschen auf Grundlage eines antislawischen Rassismus sowie eines rassistisch begründeten Antisemitismus ermordet wurden. Weil einige Begriffe jedoch eine wichtige Rolle spielen, erläutern wir sie hier, ohne auf ihre Komplexität und Kontroversität näher einzugehen.


Critical Whiteness

Der Ansatz des „Kritischen Weißseins“ will weiße Menschen darauf aufmerksam machen, dass sie eben das sind: weiße Menschen. Er fordert sie auf, sich damit zu beschäftigen, welche Privilegien mit ihrer Hautfarbe einhergehen und wo ihre eigenen Verstrickungen in rassistische Verhältnisse liegen. Weiß beschreibt dabei keinen Hautton, sondern Machtverhältnisse, also dass mit dem Weißsein Privilegien und rassistische Verhältnisse einhergehen. Vertreter*innen des Konzepts der Critical Whiteness, das in den 1990er-Jah-

ren als Antwort auf Kämpfe der Schwarzen Amerikaner*innen um Freiheit und Gleichberechtigung in den USA entstand, wollen der Vorstellung ein Ende bereiten, Weißsein sei die Norm und der Maßstab.

Identitätspolitik

Identitätspolitik wird für Menschen gemacht, die sich benachteiligt fühlen; etwa wegen ihres Geschlechts, ihrer Abstammung oder ihrer sexuellen Orientierung. Geprägt wurde der Begriff in den 1990er-Jahren in den USA,

A circular graphic with a central sign and a multi-colored background. The background is divided into eight segments of different colors: red, yellow, blue, brown, tan, blue, yellow, and red. In the center is a rectangular sign with a light brown, textured background, resembling aged paper or cardboard. The sign has a horizontal crease across its middle. The text on the sign is in a bold, black, sans-serif font, arranged in four lines.

**HONOR
KING:
END
RACISM!**

unter Betonung des „Wir“ als Gruppe, deren Mitglieder struktureller Diskriminierung ausgesetzt sind. Heute ist „Identitätspolitik“ vielleicht das Buzzword im Kampf um Deutungshoheiten in der Migrationsgesellschaft. Verwendet wird es nur sehr selten zur Selbstbeschreibung, dafür fast ausschließlich als Vorwurf an Gruppen, die auf Diskriminierung, Rassismus und/oder historische Benachteiligungen aufmerksam machen. Dabei ist auch Identitätspolitik nichts Neues: Schon Frantz Fanons berühmtes Buch „Die Verdammten dieser Erde“ (1961) aus Zeiten des Kolonialismus ist im Grunde ein identitätspolitisches Manifest.

Intersektionalität

Als die Juristin Kimberlé Crenshaw Mitte der 1980er-Jahre die Überschneidung von Rassismus und Sexismus mit „Intersektionalität“ beschrieb, erklärte sie dazu: Wie an einer Straßenkreuzung – intersection – drohe Schwarzen Frauen aus mehreren Richtungen Unfallgefahr; die Diskriminierung, der sie ausgesetzt sind, könne sowohl sexistisch wie rassistisch sein. Dem folgend gilt: Je mehr Straßen sich treffen, desto mehr Diskriminierungsgefahren gibt es; aufgrund von Geschlecht, Herkunft, Klasse, Alter, Behinderung etc. Mit der Weiterentwicklung des Konzepts geriet zudem in den Blick, dass eine Mehrfachdiskriminierung nicht nur die Summe einzelner Diskriminierungen ist. Es bilden sich eigenständige, spezifische Diskriminierungsformen.

Kulturelle Aneignung

Kulturelle Aneignung soll Prozesse beschreiben, in denen eine dominante Gruppe Symbole fremder Kulturen übernimmt oder imitiert und sie für sich vereinnahmt; Dreadlocks zum Beispiel oder Musikstile. Wo die Grenzen zwischen kultureller Aneignung und (pop-)kulturellem Austausch verlaufen, ist dabei immer wieder Gegenstand von teils

sehr aufgeheizten Debatten. Naheliegender ist, in dem Diskurs darauf zu achten, ob und wann Aneignung in Enteignung umschlägt. Das ist der Fall, wenn eine Kultur mit mehr Zugang zu Macht Objekte und Praktiken einer anderen – oft einst kolonialisierten – kopiert, ausstellt und womöglich noch Gewinn damit macht. Dann könnte noch entscheidend sein, ob viele Mitglieder einer Kultur deutlich gemacht haben, die Übernahme nicht zu wollen.

Othering

„Woher kommst du?“ An Menschen, die als weiß betrachtet werden, wird die Frage in Deutschland kaum gerichtet. Für andere erklärt werden jene, die nicht die stereotypen Merkmale verkörpern, die sich Angehörige der Mehrheit in ihrer Umgebung als normal vorstellen. Othering soll also einen Prozess beschreiben, der die „Anderen“ als anders definiert – und damit zugleich ein „Wir“ konstruiert, als die Gruppe, der Normalität und Überlegenheit attestiert werden. Othering-Prozesse können sich auf race, Klasse, Religion, Geschlechteridentitäten und vieles mehr beziehen. Die Literaturwissenschaftlerin Gayatri Spivak beschrieb Othering 1985 als die Kreation des „ausgeschlossenen Anderen im Machtdiskurs imperialen Denkens“.

PoC

In der Einzahl steht PoC für eine „Person“, in der Mehrzahl für People of Color. Kaum übersetzbar, fließt der Begriff zunehmend in die deutsche Debatte ein. Verwendet wird er als Selbstbezeichnung sowie von Unterstützer*innen und in akademischen Diskursen. Der Begriff stellt eine Verbundenheit durch gemeinsame Rassismuserfahrungen ins Zentrum; damit kritisiert er zugleich die strukturelle Dominanz von Weißsein in Politik und Alltag. Wird von BPoC gesprochen, ist Black and People of Color gemeint. BIPOC bedeutet Black, Indigenous and People of Color und bezieht explizit indigene Menschen mit ein.

Postkolonialismus

„Nach dem Kolonialismus“ heißt Postkolonialismus wörtlich. Er befasst sich mit sichtbaren wie unsichtbaren Spuren und Hinterlassenschaften des Kolonialen. Postkoloniale Initiativen schauen auf Museen, Stadtbilder und Straßennamen ebenso kritisch wie auf die Frage, wer wie viel Macht hat in der jeweiligen Gesellschaft wie global. Als Forschungsrichtung entstanden in den 1980er-Jahren die Postcolonial Studies; eines ihrer ersten Dokumente war das Buch „Orientalism“ von Edward Said (1978). Postkoloniale Perspektiven spielten indes schon im Kampf gegen die Kolonialmächte eine wichtige Rolle. Manche Initiativen sprechen auch von Dekolonialisierung statt Postkolonialismus. Damit wollen sie ausdrücken: Der Zustand des „Danach“ ist noch nicht erreicht; eine Überwindung kolonialer Verhältnisse muss weiter erkämpft werden.

Rassismuskritisch vs. antirassistisch

Bis vor einigen Jahren bezeichneten sich nahezu alle, die gegen von Rassismus geprägte Verhältnisse und Einstellungen kämpften, als antirassistisch. Inzwischen hört man häufiger die (Selbst-)Bezeichnung „rassismuskritisch“. Mit ihr soll deutlich gemacht werden, dass die Welt nicht rassismustfrei ist. Diesem Zustand soll eine Perspektive entgegengesetzt werden, die den Einfluss von Rassismus auf die gesellschaftlichen Institutionen, Diskurse und Werte machtkritisch beleuchtet. Es sollen Strategien entwickelt werden, um Betroffene von rassistischer Diskriminierung zu stärken. Indes: Wer sich als antirassistisch bezeichnet, hat in aller Regel dieselben Ziele.

Race

Menschliche Rassen sind eine Erfindung des Rassismus. Wer von race spricht, verwendet Rasse nicht im (pseudo)biologischen Sinn,

sondern als Begriff, der die mit der angeblichen Existenz von Menschenrassen einhergehende Bewertung in den Blick nimmt. Ähnlich wie Gender ist race also ein Analysekonzept, das nicht biologische Unterschiede beschreibt, sondern den Blick auf Praktiken und Diskriminierungen richtet. Im Englischen gibt es mit race für die biologische wie die soziologische Beschreibung nur einen Begriff.

weiß/Schwarz

Schwarz bezeichnet keine Hautfarbe, sondern eine gesellschaftliche Position und soziale Kategorie. Um das deutlich zu machen, wird es immer häufiger groß geschrieben. Damit soll deutlich werden: Schwarzsein ist damit verbunden, in einer Gesellschaft zu leben, in der Weißsein die Norm ist. Deswegen wird weiß – das ebenfalls keine Hautfarbe markiert – gelegentlich kursiv geschrieben: Das soll ausdrücken, dass Weißsein die normgebende und privilegierte Position innerhalb des gesellschaftlichen Machtverhältnisses ist.

(White) Passing

Zu Zeiten der Sklaverei und der historischen Rassentrennung in den USA gab es Afroamerikaner*innen, denen es aufgrund ihrer Haarstruktur oder relativ heller Haut gelang, als Weiße unter Weißen zu leben. Dieses Phänomen nannte man „racial passing“. Der Preis dafür war die Isolation von der eigenen Community. Heute wird von (White) Passing gesprochen, wenn BIPOC als weiß wahrgenommen („gelesen“) werden. Es beschreibt nicht das aktive Verstecken, sondern eine – teils ungewollte – Fremdwahrnehmung als weiß. In manchen Situationen kann diese vor Gewalt und Diskriminierung schützen; jedoch kann sich die Wahrnehmung, etwa durch das Herausfinden des Namens, von Familienzugehörigkeiten etc. jederzeit verändern. Passing wird auch in anderen Zusammenhängen verwendet, etwa wenn trans* Personen als cis gelesen werden.



Rassismus in Deutschland

2023 legte die Bundesregierung, genauer die 2022 erstmals ernannte Staatsministerin für Antirassismus Reem Alabali-Radovan, den ersten Lagebericht zu Rassismus in Deutschland vor. Er trägt Daten zusammen und führt in die Erscheinungsformen von Rassismus gegen unterschiedliche Gruppen ein. Und er definiert Handlungsfelder, zu denen die Schule gehört: Für den professionellen Umgang mit Rassismus und Diskriminierung brauche es verbindliche Aus- und Fortbildungsangebote für Pädagog*innen.

Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration und Beauftragte für Antirassismus: „Lagebericht Rassismus in Deutschland. Ausgangslage, Handlungsfelder, Maßnahmen“, Berlin 2023, 97 Seiten. Kurzfassung und Download: www.integrationsbeauftragte.de/ib-de/staatsministerin/antirassismus



Themenheft Kolonialismus

Der heutige Rassismus, vor allem der gegen Schwarze Menschen, ist ohne den Kolonialismus nicht zu verstehen. Das koloniale Erbe Deutschlands und Europas wurde aber über viele Jahrzehnte in Deutschland verdrängt. Erst seit Kurzem rückt ins Bewusstsein, welche tiefen Spuren er in unserem Denken und Fühlen, in unserer Erinnerungskultur, in der Kunst, der Sprache und unserem Alltagsbewusstsein hinterlassen hat.

Dieses Themenheft bietet einen Einstieg in das Thema: Zu Wort kommen Schüler*innen, Wissenschaftler*innen, Pädagog*innen, Journalist*innen und Aktivist*innen – in und aus Deutschland, Kenia, Mali und Syrien. Zudem werden Persönlichkeiten der antikolonialen Bewegungen und Akteur*innen der heutigen Postkolonialismus-Debatte vorgestellt.

*DIN-A4-Format, 84 Seiten, ca. 30 Abbildungen
Erscheinungsjahr: 2022*

Zu beziehen unter schule-ohne-rassismus.org

Die Autor*innen

Prof. Dr. Gideon Botsch leitet die Emil Julius Gumbel Forschungsstelle Antisemitismus und Rechtsextremismus am Moses Mendelssohn Zentrum für europäisch-jüdische Studien und ist apl. Professor für Politikwissenschaft an der Universität Potsdam. Er ist Mitglied des Beirats von *Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage*.

Christian Jakob studierte in Bremen und Mailand und arbeitet seit 2006 als Reporter und Redakteur für die taz. Er ist Autor verschiedener Bücher, zuletzt erschien 2022 der von ihm mitherausgegebene „Atlas der Migration“ der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Katharina Oguntoye ist eine afrodeutsche Schriftstellerin, Historikerin, Aktivistin und Unternehmerin. Seit Jahrzehnten prägt sie die afrodeutsche Bewegung wie die Frauen- und Lesbenbewegung. Über 25 Jahre leitete sie das von ihr gegründete Joliba - Interkulturelles Netzwerk in Berlin e.V.

Petra Rosenberg ist Vorsitzende des Landesverbandes Deutscher Sinti und Roma Berlin-Brandenburg und Initiatorin und Leiterin der Gedenkstätte Zwangslager Berlin-Marzahn, die u.a. Seminare mit Schüler*innen und Studierenden anbietet. Sie hat Bildungsmaterialien zur Verfolgungsgeschichte von Sinti und Roma entwickelt, auch in leichter Sprache.

Katharina Warda ist Soziologin, Literaturwissenschaftlerin und Autorin; ihre Schwerpunkte sind Ostdeutschland, Rassismus, Klassismus, Punk. Sie lebt in Berlin und erzählt in ihrem Projekt „Dunkeldeutschland“ auch multimedial von sozialen Verwerfungen in der Nachwendzeit.

Dr.in Isabell Diekmann ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Bereich Transnationale Beziehungen, Entwicklungs- und Migrationssoziologie an der Universität Bielefeld. Die Soziologin forscht und lehrt zu Vorurteilen, Diskriminierung und Rassismus – insbesondere gegenüber Muslim*innen –, Migration und sozialer Ungleichheit.

Sanem Kleff ist seit dem Jahr 2000 Direktorin der Bundeskoordination *Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage*. Nach ihrem Studium der Deutschen Sprache und Literatur in Ankara arbeitete sie in den 1980er- und 1990er-Jahren als Lehrerin an Berliner Hauptschulen sowie als Dozentin in der Lehrer*innenfortbildung. Sie ist auch Vorsitzende des Trägervereins Aktion Courage e. V.

Ronya Othmann schreibt für die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung die Kolumne „Import Export“ über deutsche Außenpolitik im Nahen Osten, Migration und Feminismus. Zuletzt erschienen bei Hanser ihr Gedichtband „die verbrechen“ und ihr Roman „Die Sommer“.

Eberhard Seidel arbeitete viele Jahre als freier Journalist sowie als Meinungsredakteur und Leiter des Inlandsressorts der taz. Seit 2002 ist er Geschäftsführer der Bundeskoordination *Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage*. Er ist Autor von Büchern über Migration, Islamismus, Rechtsextremismus und jugendliche Subkulturen.

Jeannette Goddar arbeitet seit mehr als zwei Jahrzehnten als freie Journalistin in Berlin. Noch länger begleiten sie Fragen von Bildung und Wissenschaft in einem diversen Land und einer diversen Welt. Im Jahr 2019 erschien „Pädagogik neu denken. Die Migrationsgesellschaft und ihre Lehrer_innen“ mit Yasemin Karakaşoğlu und Paul Mecheril (Beltz Verlag).

Marina Mai, Diplom-Soziologin, lebt seit 1997 als freie Journalistin in Berlin. Ihre Themen sind Flucht und Migration, dabei insbesondere die vietnamesische Community, Auslandsberichterstattung Vietnam sowie lokale Themen Berlin.

Lisa (18), **Lotte** (17) und **Miriam** (14) haben als Schüler*innen von Courage-Schulen Beiträge für die Netzwerkzeitung q.rage geschrieben. Die meisten Beiträge finden sich in einer längeren Fassung hier: <https://qrage.org>

Anastasia Tikhomirova ist Journalistin, Kulturwissenschaftlerin und Moderatorin. Sie schreibt für Zeit Online, taz, Jungle World u. a. und hält Vorträge. Ende 2021 absolvierte sie ein Stipendium der Internationalen Journalistenprogramme bei der Novaya Gazeta in Moskau. Sie studiert Osteuropastudien und Antisemitismusforschung im Master in Berlin.

”

In einer rassistischen Gesellschaft ist es nicht genug, nicht rassistisch zu sein. Wir müssen Antirassisten sein.“

Angela Davis

US-amerikanische Bürgerrechtlerin und Philosophin

Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage
ist Mitglied im



Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**